

Erfolgreich und eigenständig

Jahresbericht 2010
des Bundesverbandes der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken



Die genossenschaftliche Bankengruppe auf einen Blick

Über 30 Millionen Kunden, 16,7 Millionen Mitglieder, 13.474 Bankstellen, rund 160.000 Mitarbeiter – das sind die Merkmale der deutschlandweit 1.138 Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Diese Zahlen zeigen eindeutig: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken bekennen sich zu einer jeden Region. Sie stehen für diese ein, gestalten diese mit und übernehmen Verantwortung. Das ist gelebte Nähe – und dies flächendeckend in ganz Deutschland. Davon profitieren nicht nur die vielen Privatkunden, sondern vor allem auch die zahlreichen mittelständischen Kunden und Mitglieder. Ihnen gegenüber fühlen sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken traditionell besonders verpflichtet. Sie zu fördern bestimmt die Geschäftspolitik jedes Instituts. Um als Allfinanzdienstleister sämtlichen Kunden alle Finanzdienstleistungen aus einer Hand anbieten zu können, arbeiten die Volksbanken und Raiffeisenbanken eng mit den leistungsstarken Spezialinstituten der genossenschaftlichen FinanzGruppe zusammen. Die Kombination aus regionaler Nähe, Verbundenheit und Spezialistentum ist die besondere Stärke des genossenschaftlichen Geschäftsmodells.

Ratings	FitchRatings (Verbundrating)	Standard & Poor's
Long-Term Issuer Default Rating (Langfristige Kreditbewertung)	A+	A+
Short-Term Issuer Default Rating (Kurzfristige Kreditbewertung)	F1+	A-1
Outlook (Ausblick)	Stable	Stable
Individual Rating (Einzelbewertung)	B	*)
Support Rating (Unter- stützungsbewertung)	1	*)

*) S&P führt hier keine Einstufung durch.

Volksbanken und Raiffeisenbanken	Anzahl
Kreditgenossenschaften	1.138
Bankstellen	13.474
Mitglieder in Millionen	16,7

Zahlen 2010*	Änderungen in Prozent gegen- über 2009	Bestand in Milliarden Euro
Bilanzsumme	2,3	707
Kundenkredite	4,1	406
– Kurzfristige Kredite und Wechsel	–5,2	32
– Mittelfristige Kredite	–0,7	26
– Langfristige Kredite	5,4	348
Kundeneinlagen	5,1	507
– Sichteinlagen	10,6	225
– Termineinlagen	–8,2	77
– Spareinlagen	6,7	186
– Sparbriefe	–8,7	19

* Differenzen durch Runden

Erfolgreich
und
eigenständig





Inhalt

6

Interview

mit BVR-Präsident Uwe Fröhlich

9

Themen 2010

Schwerpunkte der genossenschaftlichen Bankengruppe

Wie viel Staat? Wie viel Bank?

Das Jahr 2010 war das Jahr der Fragen nach Zuständigkeiten

Innere Sicherheit

Etablierter Institutsschutz versus einheitliche Einlagensicherung

„Es schnackelt“

Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen durch ihre Werte für gelebten Verbraucherschutz

19

Ergebnisse 2010

Geschäftsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Wirtschaft in Zahlen

Höchstes Wachstum seit der Wiedervereinigung

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010

Schulden und Schutzschirme

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010: Finanzmärkte

Unser Jahr in Zahlen

Spitzenjahr!

Geschäftsentwicklung 2010:

Kreditgenossenschaften auf Erfolgskurs

77

Gremien und Mitarbeiter

Organe, Fachräte und Organigramm des BVR
Vorstand

Verbandsrat

Verwaltungsrat

Fachrat Markt

Fachrat Informationstechnologie

Fachrat Produkte

Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss

Fachrat Steuerung

Fachrat Personal

Fachrat Bankrecht

Organigramm des BVR

115

Statistik 2010

Die deutschen Kreditgenossenschaften in Zahlen

Regionale Struktur: Kreditgenossenschaften insgesamt

Regionale Struktur: Kreditgenossenschaften mit

Warengeschäft

Regionale Statistik: Dreijahresvergleich

124

Aktivitäten 2010

Berichte aus der BVR-Facharbeit

Erfolgreich und eigenständig

„Erfolgreich und eigenständig“ – für die Genossenschaftsbanken waren dies nicht nur zwei Eigenschaften, die das Geschäftsjahr 2010 prägten, es sind vor allen Dingen auch zwei Begriffe, die für die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken in einer ganz besonderen Verbindung zueinander stehen.

Die Erfolgsgeschichte des Jahres 2010 ist eindrucksvoll. Die Zahlen sprechen für sich: Das Kreditvolumen der Genossenschaftsbanken wuchs – gegen den Markttrend – um 4,1 Prozent, die Kundeneinlagen legten sogar um 5,1 Prozent zu, der Jahresüberschuss wies gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 27,0 Prozent aus. Nicht zuletzt können sich die Genossenschaftsbanken über 300.000 neue Mitglieder freuen. 16,7 Millionen Menschen sind es nun insgesamt.

Dass diese Erfolge eigenständig, ohne jegliche staatliche Hilfe, ohne Schönrechnerei und allein ausgehend vom genossenschaftlichen Geschäftsmodell erzielt wurden, ist eine besondere Erwähnung wert. Zugleich – und das ist noch wichtiger – ist die Eigenständigkeit ein Garant für den Erfolg.

Auf die vielen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise aufdrängten, gab die genossenschaftliche FinanzGruppe im vergangenen Geschäftsjahr eindeutige, eigenständige Antworten. Es sind Fragen nach dem Vertrauen in finanzielle Angelegenheiten, Fragen nach Transparenz, nach Sicherheit. Auch die Frage nach der Herkunft gewann an Relevanz. Und sie tut dies auch weiterhin. Woher stammt die Leistung, die ich beziehe? Welche Wege geht sie? Welche Menschen stecken dahinter?

Genossenschaftsbanken erwiesen sich für viele Kunden in Zeiten großer Unsicherheit als fassbare Banken und Institute mit einer transparenten Geschäftspolitik. Sie erwiesen sich als Institute, denen die Menschen auch inmitten eines großen gesamtgesellschaftlichen Misstrauens ihr Vertrauen schenkten. Sie erwiesen sich zugleich auch als selbstbewusste Institute. Und dies zu Recht – nicht zuletzt aufgrund ihres bewährten, auf nachhaltigem Wirtschaften basierenden Geschäftsmodells.

Die Zahlen des vorliegenden Jahresberichts zeigen deutlich, dass dieses Geschäftsmodell hohe Wertschätzung erfährt. Hier sprechen dann nicht nur nackte Zahlen, sondern Überzeugungen und Wertvorstellungen, die hinter diesen Zahlen stehen: „Werte schaffen Werte“.

Die Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe haben sich über Jahrzehnte als Unternehmen mit Substanz und klaren Werten erwiesen. Ihre besondere Entwicklung im Jahr 2010 zeigt auch, dass sie damit keine Bewahrer überholter Traditionen sind, sondern vielmehr als Genossenschaftsbanken Werte leben, die eine Renaissance erfahren. Und dies aus gutem Grund.

Uwe Fröhlich
Gerhard Hofmann
Dr. Andreas Martin

„Das Vertrauen in uns ist weiter gestiegen“

Interview mit BVR-Präsident Uwe Fröhlich

Das Geschäftsjahr 2010 war für die Volksbanken und Raiffeisenbanken ausgesprochen gut. Sowohl beim Jahresüberschuss als auch beim Kreditvolumen gab es überzeugende Zuwächse, die jeweils deutlich über dem Marktniveau lagen. Grund genug, nachzufragen, beim Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Uwe Fröhlich: nach den Ursachen für dieses Erfolgsgeschäftsjahr und hinsichtlich der Nachhaltigkeit dieser guten Zahlen.

„Wie aus dem Bilderbuch“, titelte die Börsen-Zeitung bereits vor der offiziellen Veröffentlichung Ihrer Geschäftszahlen – Anfang März – zu den Ergebnissen der Volksbanken und Raiffeisenbanken. „Extrem erfolgreich“ bescheinigte das Handelsblatt. Weitere Zeitungen kamen zu ähnlichen Einschätzungen. Die Ergebnisse der Genossenschaftsbanken waren 2010 – so kurz nach der Finanzmarktkrise – ausgesprochen gut. Wo liegt das Geheimnis des Erfolges?

Uwe Fröhlich: Keine Frage, das Jahr 2010 war für uns ein sehr gutes Jahr. Von einem Geheimnis möchte ich in diesem Zusammenhang allerdings nicht sprechen. Unsere Stärken liegen ja auf der Hand. Die Kunden schätzen unser werteorientiertes Geschäftsmodell, sie vertrauen uns und machen – so zeigt auch die Entwicklung der Marktanteile – gerne Geschäfte mit uns. Wir machen nicht nur Geschäfte mit unseren Kunden, sondern besonders auch für unsere Kunden. Die Kunden würdig-

ten im abgelaufenen Jahr erneut diesen partnerschaftlichen, verbraucherfreundlichen Ansatz. Das Vertrauen in uns ist noch weiter gestiegen. Das zeigt auch der Kreditbereich, dort konnten wir ja ebenfalls erfreulich zulegen.

Als wie langfristig schätzen Sie diese Erfolge ein?

Der positive Trend, der sich anhand dieser Zahlen abzeichnet, ist bestimmt keine Eintagsfliege. Wir sind eine Gruppe, die auf Langfristigkeit und Beständigkeit setzt. Wir bauen auf starke Kundenbeziehungen und eine ausgezeichnete Risikosteuerung. Auch die Anzahl der Mitglieder bei Volksbanken und Raiffeisenbanken konnte ja erneut um 300.000 gesteigert werden, sodass nun 16,7 Millionen Menschen Mitglied einer Genossenschaftsbank sind. Das ist beachtlich. Aus dieser Position der Stärke heraus werden wir die vielen kommenden Herausforderungen, die sich sowohl im Wettbewerb als auch hinsichtlich immer

weitreichenderer Regulierungsabsichten stellen, selbstbewusst angehen.

Apropos Regulierung, die Liste der Themen, die hier auch auf die Mitgliedsinstitute Ihrer Banken zukommen, ist lang. Auf die Bankenabgabe sowie das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz folgen aus Brüssel ja offenbar eine Fülle weiterer Vorhaben – besonders im Bereich der Anlageberatung. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Zunächst einmal waren weitreichende Reaktionen als Antwort auf die Finanzmarktkrise natürlich erwartbar. Das war keine große Überraschung. Die Zielsetzung der aufsichtlichen Aktivitäten ist es ja, ein insgesamt krisenresistenteres Finanzsystem zu schaffen. Dieses Vorhaben unterstützen wir voll und ganz. Allerdings sollte es dabei nicht die Falschen treffen. Es wäre nicht der richtige Schluss, uns als Genossenschaftsbanken, die sich als wichtige Stütze des Finanzplatzes Deutschland erwiesen haben, mit allzu kleinteiligen neuen Regelungen das Geschäft zu erschweren. Hier sehe ich eine große Gefahr. Schließlich will auch der Anleger am Ende nicht in Bergen von Papier versinken, ohne Erkenntnisgewinn. Ich wünsche mir zur Stabilisierung des Finanzsystems einen großen Wurf, der zielgenau an den Ursachen und auch bei den Verursachern der Krise ansetzt. Aktuell sehe ich allerdings eher ein Klein-Klein mit wenig stabilisierender Wirkung für das Gesamtsystem.

Und wie verhält es sich mit dem Wettbewerb? Sehen Sie dort die Nase der Volksbanken und Raiffeisenbanken langfristig vorne?

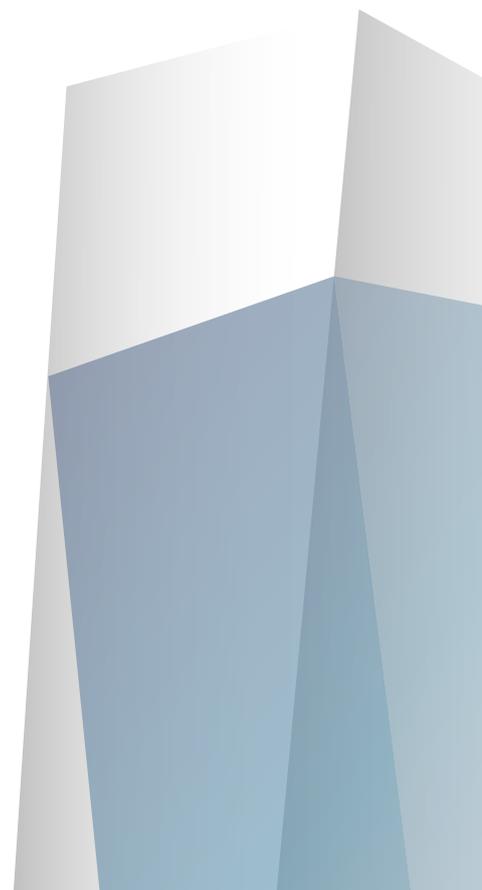
So pauschal kann man das natürlich nie sagen und ich will dies auch nicht tun. Aber: Wir haben guten Grund, selbstbewusst aufzutreten und an wichtigen Stellen auf unsere besondere Rolle hinzuweisen. Dies ist auch auf der politischen Ebene nötig, denn der Wettbewerb wartet nicht. Aktuell sehe ich leider die Entwicklung, dass staatlich gestützte Banken mit Kampfbedingungen wieder in den Markt eingreifen. Staatlich gerettete Banken treten hier in einen offensiven Wettbewerb gegenüber gesunden Instituten – wie die Genossenschaftsbanken –, die noch nie staatliche Hilfen in Anspruch nehmen mussten und die sich stets aus eigener Kraft helfen konnten. Wir betrachten dies sehr kritisch. Denn dabei handelt es sich um keinen ehrlichen Wettbewerb.

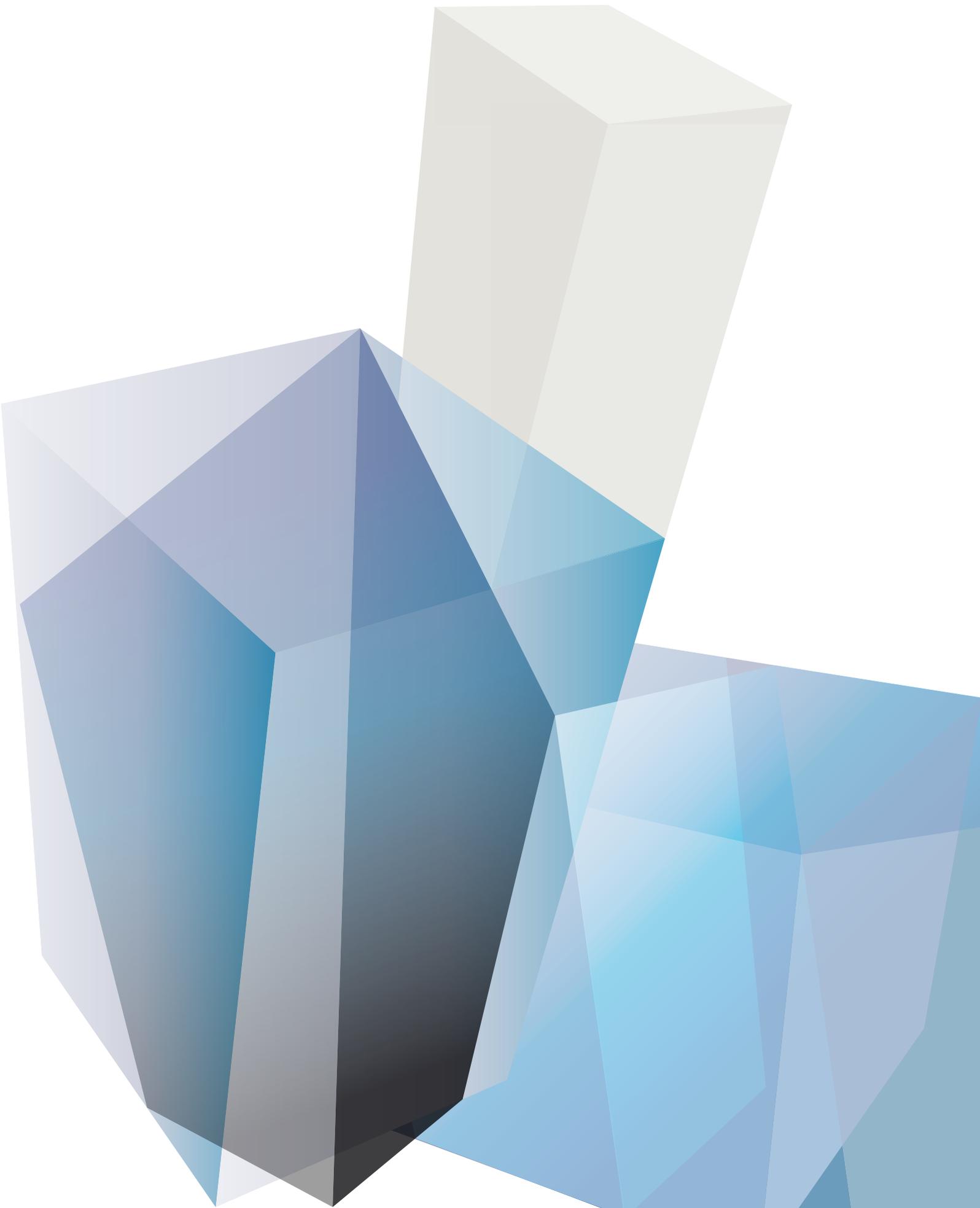
Ein großes und wichtiges Thema war 2010 ja auch das Thema Einlagensicherung. Die Frage nach einem einheitlichen System auf EU-Ebene steht ja weiterhin in der Diskussion. Wie ist Ihre Position dazu?

Es ist ja ein Grundprinzip der genossenschaftlichen FinanzGruppe, dass wir schwächeren Partnern stets helfen und sie begleiten, bis sie wieder auf eigenen Füßen stehen können. Die Prävention ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Sicherungseinrich-

tung, deren System sich über sieben Jahrzehnte voll und ganz bewährt hat. Die Sicherungseinrichtung ist seit ihrem Entstehen eine Erfolgsgeschichte. Ich plädiere ausdrücklich und energisch dafür, dass die Verantwortlichen in Brüssel funktionierende Sicherungssysteme wie die Sicherungseinrichtung des BVR durch eine Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie nicht beeinträchtigen. Wir sind froh, dass wir als BVR bei diesem Thema die Position der genossenschaftlichen FinanzGruppe schon an verschiedenen Stellen erfolgreich einbringen konnten. Und wir bleiben hier auch weiterhin am Ball. Unsere Sicherungseinrichtung ist ein hohes Gut, an dem nicht ohne Not experimentiert werden sollte. Das gilt insbesondere auch im Sinne einer größtmöglichen Sicherheit der Kunden und ihrer Einlagen.

Das Gespräch führte Tim Zuchiatti.





Themen 2010

Schwerpunkte der
genossenschaftlichen Bankengruppe

10

Wie viel Staat? Wie viel Bank?

Das Jahr 2010 war das Jahr der Fragen nach
Zuständigkeiten

12

Innere Sicherheit

Etablierter Institutsschutz versus einheitliche
Einlagensicherung

14

„Es knackelt“

Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen durch
ihre Werte für gelebten Verbraucherschutz

Wie viel Staat? Wie viel Bank?

Das Jahr 2010 war das Jahr der Fragen nach Zuständigkeiten

Das Abklingen der Finanzmarktkrise offenbarte sich als Beginn weitreichender Diskussionen – Diskussionen um Zuständigkeiten, um Verantwortlichkeiten, um Folgen, um Folgerungen. „Wie viel Staat ist nötig – wie viel Bank ist möglich?“ lautete insbesondere im Jahr 2010 eine der zentralen Fragen. „Restrukturierung, Reorganisation, Regulierung“ die Schlagworte, die teils aus Brüssel, teils aus Berlin herüberschallten. Die regional verankerten Genossenschaftsbanken erwiesen sich während der Krise als stark und verlässlich. Nun gilt es, diese besondere Rolle und die bewährten Besonderheiten des genossenschaftlichen Geschäftsmodells zu wahren. Schließlich wäre es eine falsche Folge der Krise, die nachweislich stabilisierenden Faktoren in der Finanzwirtschaft zu schwächen oder zusätzlich zu belasten.

„Regulierung mit Augenmaß“

Regulierung mit Augenmaß ist also nötig. Dies galt im Jahr 2010 vor allem auch für die Frage nach einer Bankenabgabe – gemäß dem neuen Restrukturierungsgesetz, das Ende November vom Bundesrat final verabschiedet wurde.

Erstmals ab dem Jahr 2011 ist nahezu jedes in Deutschland ansässige Kreditinstitut verpflichtet, auf Basis seiner Geschäftszahlen des Vorjahres, in einen Restrukturierungsfonds einzuzahlen. Die darin gesammelten Mittel sollen zur Finanzierung von Sanierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen systemrelevanter Kreditinstitute verwendet werden. Die gestaffelten Abgabesätze und die Bemessungsgrundlage werden in einer separaten Rechtsverordnung geregelt, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Ende Mai 2011 zu erwarten ist (nach Drucklegung dieses Berichts). Genossenschaftsbanken zahlen gemäß der aktuellen Version den untersten Beitragssatz von 0,02 Prozent. Begrenzt wird die jährliche Abgabe durch eine Obergrenze von voraussichtlich 15 Prozent des Jahresüberschusses – die sogenannte Zumutbarkeitsgrenze. Auch eine Mindesthöhe zur Abgabe – zum Beispiel in Verlustjahren – ist vorgesehen. Auch wenn dadurch die Zumutbarkeitsgrenze überschritten werden würde, müssen zumindest 5 Prozent des Regelbeitrages zur Bankenabgabe abgeführt werden. Institute, die in einem Jahr nicht die gesamte Abgabe zahlen können, sollen gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages noch ausstehende Beträge in den Folgejahren nachzahlen. Der Bund rechnet mit jährlichen Zuflüssen von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr in den Fonds. Zielgröße des Fonds sind zunächst 70 Milliarden Euro. Die Beteiligung des Steuerzahlers an künftigen Rettungsmaßnahmen soll durch diesen Mittelaufbau vermieden werden.

Die Genossenschaftsbanken haben sich – auf Bundesebene vertreten durch den BVR, aber auch auf Länderebene über die genossenschaftlichen Regionalverbände sowie in direkten Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten – in der Diskussion um eine Bankenabgabe insbesondere für eine sachgerechte Differenzierung zwischen systemrelevanten und nicht systemrelevanten Banken im Hinblick auf die Beitragspflicht eingesetzt. Letztlich wäre ein Gleichlauf von Leistungsempfängern und Beitragszahlern – nicht zuletzt unter Wettbewerbsgesichtspunkten – nachvollziehbarer



gewesen. Auch wenn sich aus politischen Gründen keine Ausnahmeregelung für die institutsgesicherten Banken durchsetzen ließ, wurde im Laufe der politischen Diskussionen zumindest ein ursprünglicher politischer Vorschlag, die Beitragserhebung ausschließlich an der Bilanzsumme (0,1 Prozent) zu orientieren, abgewandelt und eine gewisse Form der Risikoorientierung in der Bemessungsgrundlage berücksichtigt, indem nunmehr zumindest die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und das Eigenkapital aus der Bemessungsgrundlage herausgerechnet werden können. Nicht zuletzt als tragende Säule des Förderkreditgeschäftes ist es jedoch aus Sicht der Genossenschaftsbanken nicht nachvollziehbar, dass auch Verbindlichkeiten aus dem Förderkreditgeschäft innerhalb der Bemessungsgrundlage verbleiben und solche Förderkredite somit ordnungspolitisch verteuert werden. In den kommenden Jahren gilt es, die Regelungen auf den Prüfstand zu stellen. Dabei ist auch ein Blick über die Landesgrenzen hinweg wünschenswert, um Wettbewerbsverzerrungen gerade für kleine und mittlere Banken zu vermeiden. Eine bereits in der zurückliegenden parlamentarischen Diskussion von den Genossenschaftsbanken geforderte Freibetragsregelung bei der Beitragsstaffel – analog zu Österreich – wäre hier ein sinnvoller Schritt.

„Ja zum Anlegerschutz, nein zu Überregulierung!“

Ein weiteres regulatorisches Schwergewicht waren die neuen Regelungen im Anlegerschutz. Als Reaktion auf die Krise und die daraus resultierende Unsicherheit aufseiten vieler Kunden, soll allen Bürgern staatlicherseits ein größtmöglicher Schutz vor vermeintlich falscher Beratung eingeräumt werden.

Diese Überlegungen mündeten 2010 im sogenannten Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz. Ein solches Gesetz – als Reaktion auf die Krise – ist durchaus nachvollziehbar. Wichtig war es jedoch – im Zuge der parlamentarischen Beratungen –, eine Überbelastung der Banken durch eine zu weit reichende Regulierung zu vermeiden. Dem Gesetzgeber galt es, letztlich auch seine grundsätzliche Absicht, einen Bürokratieabbau voranzutreiben, vor Augen zu halten. Vor diesem Hintergrund galt es, eine sachgerechte Umsetzung zu schaffen, die Verhältnismäßigkeit zu wahren und eine Überregulierung zu verhindern.

Auch wenn die Registrierung aller Anlageberater gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) letztlich ein Mehr an Bürokratie bedeutet, konnte zumindest der Umfang der Registrierungsinhalte und der zu erbringenden formalen Nachweise auf ein Minimum reduziert sowie eine entsprechende Frist zur Umsetzung ab Herbst 2012 erreicht werden.

Ein unverändertes Anliegen bleibt allerdings die Forderung nach einer gleichwertigen Regulierung der Akteure am Grauen Kapitalmarkt und insbesondere auch der freien Finanzvertriebe. Diese Firmen sollen laut aktuellen Planungen nur der unverhältnismäßigen Kontrolle von Gewerbeämtern unterzogen werden, während im Bankbereich die Aufsicht durch die BaFin auf jeden einzelnen Anlageberater ausgedehnt werden soll. Dies ist eine Ungleichbehandlung von besonderem Ausmaß.

Beratungsprotokoll

Seit Anfang 2010 ist es bereits Pflicht, jedem Privatkunden, der in Finanzinstrumenten (z. B. Wertpapieren) beraten worden ist, unverzüglich ein Beratungsprotokoll zur Verfügung zu stellen, in dem die wesentlichen Inhalte des Beratungsgesprächs festgehalten sind. Die Genossenschaftsbanken stellen sich dieser Anforderung. Für sie ist es eine Ergänzung ihrer intensiven Aktivitäten hinsichtlich einer qualitativ hochwertigen Anlageberatung. Diese ist – so die Geschäftsphilosophie – immer an den Zielen und Wünschen der Mitglieder und Kunden auszurichten. Gleichwohl stellen die gesetzlichen Anforderungen an das Beratungsprotokoll auch einen erheblichen administrativen Mehraufwand für die Berater und damit die Institute dar, der auch aufseiten der Kunden nicht immer auf Akzeptanz stößt.

Produktinformationsblatt

Für einen Großteil der Anlageprodukte entwickelte die genossenschaftliche FinanzGruppe 2010 standardisierte Informationsblätter. Diese informieren auf Basis eines einheitlichen Standards transparent und verständlich über die wichtigsten Produktdetails. Die geringfügigen Anpassungen an die Regelungen des Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetzes werden bis zu der Umsetzungsfrist zum 1. Juli 2011 vorgenommen. Die Genossenschaftsbanken erfüllen damit die Forderung nach mehr Transparenz und einer besseren Vergleichbarkeit von Finanzinstrumenten.

Innere Sicherheit

Etablierter Institutsschutz versus einheitliche Einlagensicherung

Die Frage nach einer einheitlichen Einlagensicherungsrichtlinie bestimmte 2010 vor allem auf europäischer Ebene die finanzpolitischen Debatten. Welches System ist das richtige? Wie einheitlich sollte dies sein? Wie viel Flexibilisierung ist möglich, wie viel Flexibilisierung ist nötig? Die genossenschaftliche FinanzGruppe verfügt seit Jahrzehnten über ein funktionierendes System. Es hat gerade auch in der Krise zur Systemstabilität beigetragen. Klar war schnell: Dieses System darf durch eine Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie – gerade auch aus Sicht des Verbraucherschutzes – nicht beeinträchtigt werden.

Beitrag zur Finanzmarktstabilität

Durch den inzwischen seit 75 Jahren praktizierten Institutsschutz der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) wird nicht nur ein wertvoller Beitrag zur Finanzmarktstabilität geleistet. Vielmehr erhalten die Einleger auch einen voll umfassenden Schutz ihrer Einlagen. Das ist gelebter Verbraucherschutz.

Der praktizierte Institutsschutz ist ein durch und durch solidarisches Modell. Sämtliche Mitgliedsinstitute springen bei Schieflagen gegenseitig – über die Sicherungseinrichtung des BVR – füreinander ein und stützen sich gegenseitig, ohne dabei jemals auf externe Mittel wie etwa Steuergelder angewiesen zu sein. Damit wird die Sicherheit jeder einzelnen Bank und somit auch jeder einzelnen Kundeneinlage

gewährleistet. Essenziell für die nachhaltige Funktionsfähigkeit dieses Systems sind die präventiven Maßnahmen.

Deshalb sollte nicht unnötig an dem über Jahrzehnte – und auch inmitten der jüngsten Krise – überaus bewährten Modell experimentiert werden. Die Folge wäre letztendlich, dass Genossenschaftsbanken in Deutschland die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen nicht mehr sicherstellen könnten. Dies würde zu einer Gefährdung der – seitens der EU gesteckten Ziele Verbraucherschutz und Finanzmarktstabilität – führen. Ein Bumerang-Effekt war zu befürchten.

Die Position der genossenschaftlichen FinanzGruppe wurde insbesondere 2010, aber auch noch darüber hinaus vom BVR vehement und an verschiedenen Stellen in die ökonomische und politische Diskussion eingebracht. Erfolgreich, wie es derzeit scheint. Denn: Der Institutsschutz wird wohl weiterhin als eine gleichberechtigte Alternative zur klassischen Einlagensicherung anerkannt bleiben – zumindest wenn den ausgewogenen Empfehlungen des Berichterstatters des Europäischen Parlaments, Peter Simon, gefolgt wird. Die befürchtete substanzielle Schwächung von Funktion und Wirkungsweise der BVR-Sicherungseinrichtung konnte damit deutlich gemindert werden. Und über die via Institutsschutz indirekt bedingte vollständige Absicherung der Kundeneinlagen darf und muss der Kunde natürlich weiterhin informiert werden.

Flexibler Ansatz

Statt eines zunächst diskutierten EU-weit harmonisierten Sicherungssystems wird nun ein flexibler Ansatz bevorzugt, der die Institutssicherung als gleichwertig anerkennt. Parallel dazu sind Systeme mit ausschließlicher Auszahlungsfunktion und auch gemischte Systeme vorgesehen. Deswegen wird hier auch von einem Drei-Säulen-Modell gesprochen.

Die Finanzierung von Einlagensicherungssystemen in Europa soll künftig primär durch vorab zu leistende, dem bankindividuellen Risikogehalt angepasste Beiträge zum Fonds des jeweiligen Systems erfolgen. Hier wird den guten Erfahrungen der Genossenschaftsbanken mit dem Beitragssystem der BVR-Sicherungseinrichtung weitgehend gefolgt. Lediglich für die Ausstattung der jeweiligen Einlagensicherungsfonds konnten die unterschiedlichen Sichtweisen bis-

lang noch nicht in Übereinstimmung gebracht werden. Hier sind Sätze zwischen 1,5 und 1,0 Prozent über einen Zeitraum von 10 bzw. 15 Jahren im Gespräch, wobei die Bemessungsgrundlage wohl vernünftigerweise auf die erstattungsberechtigten Einlagen – 100.000 Euro pro Jahr – ausgerichtet werden soll. Auch wenn es für alle Mitgliedsinstitute eine Mehrbelastung bedeuten dürfte, handelt es sich dabei alles in allem um einen angemessenen und unterstützungswürdigen Ansatz, der die Leistungsfähigkeit der Genossenschaftsbanken vor keine untragbare Herausforderung stellt.

Bindeglied Sicherungseinrichtung

Die Sicherungseinrichtung des BVR erfüllte auch 2010 ihre wichtige Rolle als wirtschaftliches und organisatorisches Bindeglied im Solidarsystem der Kreditgenossenschaften und aller – ihr im Gruppeninteresse – angeschlossenen Institute. Sie hat ihre statuarische Aufgabe als institutsschützendes System uneingeschränkt erfüllt. Erfreulicherweise war im Rechnungsjahr 2010 erneut kein Erstsanierungsfall zu registrieren. Die abzuschirmenden Sanierungsvolumina aus Nachlauftrisiken lagen deutlich unter der ursprünglichen, vorsichtig angesetzten Höhe. Die Substanz der Sicherungseinrichtung konnte somit im Jahr 2010 weiter gestärkt und der Bestand an Mitteln ausgebaut werden.

Um die jederzeitige Leistungsfähigkeit zu garantieren und um potenziell notwendige Stützungsmaßnahmen finanzieren zu können, haben die BVR-Gremien Ende 2010 beschlossen, den Garantiefondssatz für das Beitragsjahr 2011 auf dem Vorjahresniveau von 1,2 Promille beziehungsweise 1,5 Promille der jeweils vom Institut gewählten Bemessungsgrundlagen zu belassen. Die Ermittlung der Bemessungsgrundlage erfolgt dabei auf Basis des zu Jahresbeginn 2010 in Kraft getretenen, modernisierten Statuts der Sicherungseinrichtung anhand der risikogewichteten Aktiva der Institute.

Der Erfolg der Sicherungseinrichtung ist gleich zweifach messbar: Noch nie hat ein Kunde einer Genossenschaftsbank wegen einer Insolvenz Verluste hinnehmen müssen und noch nie mussten seitens der genossenschaftlichen FinanzGruppe staatliche Hilfen in Anspruch genommen werden. Somit ist die Sicherungseinrichtung auch ein

wichtiger Garant für die Stärke der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Nicht zuletzt aufgrund des bewährten Systems des Institutschutzes ist das Thema Sicherheit in der genossenschaftlichen FinanzGruppe ganz tief verankert. Und dies überaus fest, denn der Schutz setzt aufgrund des präventiven Ansatzes bereits vor einer potenziellen Stützungsmaßnahme ein. Dies ist zugleich auch langfristig ein deutlich kostenschonenderer Ansatz. Denn: Erwiesenermaßen ist die Auszahlung an Anleger nach einer Pleite deutlich teurer als eine Sanierung vorher.

Studie des IW bescheinigt Effizienz

Ihr hoher Wert und die besondere Rolle wurde der Institutssicherung 2010 auch von externer Stelle bestätigt: Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat diesen Themenkomplex intensiv analysiert. „Effizient, verlässlich und sachgerecht konstruiert“ sei das System, stellten die Forscher in ihrer Analyse im Spätherbst fest und warnten vor einer Umsetzung des derzeitigen Richtlinienvorschlags der Europäischen Kommission. Dieser würde Fehlanreize erzeugen und stelle eine Überregulierung dar.

„Die Institutssicherung des BVR ist bislang stets in der Lage gewesen, ihre Ziele zu erfüllen, und musste dazu niemals staatliche Hilfen in Anspruch nehmen. Zudem ist der Haftungsverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken in der Finanzmarktkrise stabil geblieben“, stellte Dr. Manfred Jäger-Ambrozewicz vom IW Köln fest.

Auch im internationalen Vergleich erfüllte die Sicherungseinrichtung der deutschen Genossenschaftsbanken schon jetzt die aktuell postulierten Anforderungen, die unter Gesamtverantwortung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und des IWF in Washington erarbeitet wurden und in Kürze in Kraft treten.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass die gut durch die Krise gekommenen Institute wie die Banken der genossenschaftlichen FinanzGruppe nicht vollends für andere weniger solide und deutlich riskanter wirtschaftende Institute in europäisch-harmonisierte Mithaftung gezo- gen werden.

„Es schnackelt“

Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen durch ihre Werte für gelebten Verbraucherschutz

Die Liste der Anforderungen ist lang: Transparenz, Übersicht, Information, Verantwortung, Schutz, Sicherheit ... Das Jahr 2010 war auch ein Jahr, in dem das Thema Verbraucherschutz insbesondere in der Finanzpolitik oft und lautstark gefordert wurde. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen naturgemäß für die Nähe zu ihren Kunden beziehungsweise zu den Verbrauchern. Als Banken der Region verstehen sie sich satzungsgemäß als Unternehmensbürger, denen verantwortungsvolles Handeln sowie der respektvolle Umgang mit Kunden im Bankgeschäft ein wichtiges Gut ist.

Praktizierter Verbraucherschutz

„Zwischenmenschlich muss es schnackeln“, titelte die Börsen-Zeitung im Herbst 2010 in einem Beitrag über das Verhältnis von Bank und Kunde. Die Beratungsgesellschaft buw hatte gemeinsam mit dem Institut für Verbraucherservice untersuchen lassen, worauf es den Bankkunden ankommt. 1.300 Kunden von 39 Retailbanken wurden befragt. Eindeutiger Sieger der Umfrage: die Genossenschaftsbanken. Denn: eine freundliche Ansprache sowie ein großes Engagement der Berater standen bei den Kunden besonders hoch im Kurs. Es „schnackelt“ also sehr bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Zu ähnlichen Ergebnissen kam schließlich auch das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid, das Mitte Oktober – im Auftrag des BVR – über 500 Personen zu ihren Erwartungen an Banken

befragte. Häufigste Nennungen: Kundennähe (61 Prozent), lokales Engagement (56 Prozent), persönlicher Service (55 Prozent), Vertrauenswürdigkeit (54 Prozent).

Das positive Echo kommt nicht von ungefähr, denn der Mensch steht bei den Genossenschaftsbanken klar im Mittelpunkt. Sie sind nah dran, vor Ort, fühlen sich ihren Mitgliedern und Kunden verpflichtet und sind – nicht nur virtuell – jederzeit direkt ansprechbar. Diese klare Orientierung ist gelebter Verbraucherschutz. Er setzt auf Nähe, Transparenz sowie auf ein partnerschaftliches Miteinander. Alle Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken teilen diese Philosophie. Sie fühlen sich ihr verpflichtet.

Werte, die Werte schaffen

Im Jahr 2010 und noch darüber hinaus verschafften sie sich damit Gehör und wiesen auf ihren gemeinsamen Kern hin. „Werte schaffen Werte“ lautet aktuell das gemeinsame Motto der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Unterstützt wird sie dabei von keinem Geringeren als von dem ehemaligen „Mr. Tages-themen“, Buchautor und renommierten Journalisten Ulrich Wickert. Seit Langem beschäftigt sich Wickert als Autor und engagierter Zeitgenosse mit dem Thema Werte. In vielen seiner Bücher geht er der Frage nach, ob Werte zeitgemäß sind, wie sie in unterschiedlichen Epochen interpretiert wurden und werden. Gleichzeitig untersucht er, was es für eine Gesellschaft, ihren Zusammenhalt und jeden Einzelnen bedeutet, wenn Werte verloren gehen. Sein engagiertes Eintreten für eine Gesellschaft, die sich an Werten orientiert und ihr Handeln an ihnen ausrichtet, macht ihn zum Bruder im Geiste für die Volksbanken und Raiffeisenbanken und für ihre Spezialinstitute. Wickert und Werte – das passt. Deswegen passt Ulrich Wickert auch so gut zur genossenschaftlichen FinanzGruppe – zu den Werten, auf die sich alle Partner der Gruppe verständigen.

„Ich finde es wunderbar, dass es eine große Einrichtung, wie die genossenschaftliche FinanzGruppe mit ihren vielen Volksbanken und Raiffeisenbanken gibt, die aus eigener Erkenntnis den Einsatz für gesellschaftliche Normen als sinnvoll erachtet. Das verbindet uns. Unser Werteempfinden basiert auf denselben Einsichten. Deswegen setze ich

mich auch dafür ein“, kommentierte Wickert sein Engagement. Und: „Der Begriff Genossenschaft löst bei mir etwas Positives aus.“

Genossenschaftsbanken stehen zu ihrer Verantwortung in der Region und für die Menschen dort. Dies zeigt ebenfalls das alljährlich immense gesellschaftliche Engagement eines jeden einzelnen Instituts und auch die enorme Höhe an Ertragssteuern, die aus den Instituten jeder einzelnen Region zufließen und von denen die Menschen vor Ort direkt profitieren. 1.600 Millionen Euro waren es im Jahr 2010. Die Genossenschaftsbanken sind damit einer der wichtigsten Steuerzahler in Deutschland.

Keine Einschränkungen

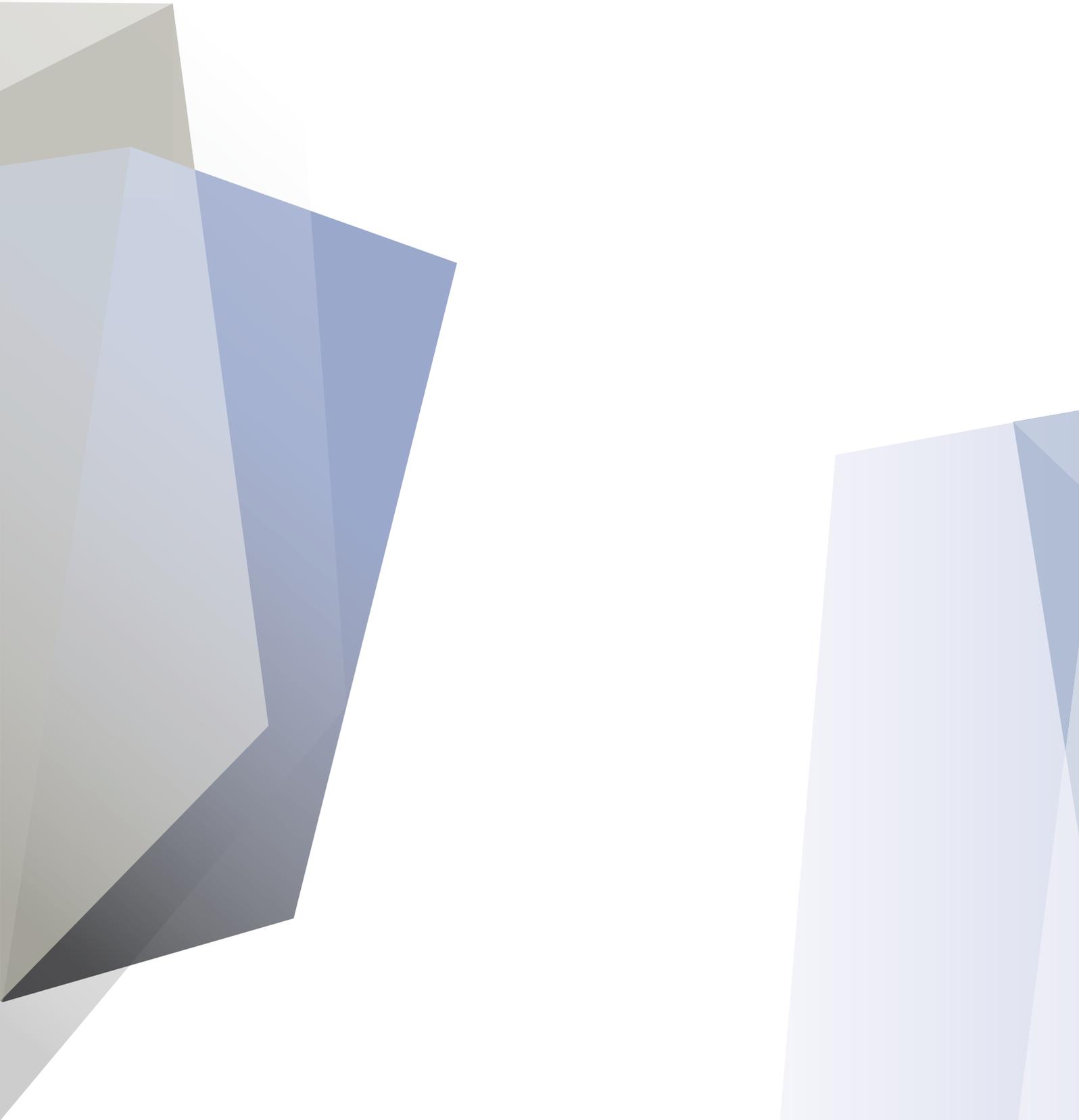
Auch dies macht sie zu einem stabilen, verlässlichen und produktiven Partner. Reaktionen, die aus der verständlichen Forderung nach „mehr Verbraucherschutz“ abgeleitet werden, sollten diese Rolle nicht einschränken. Vielmehr sollte man diese Rolle als beispielhaft würdigen. Ein Mehr an Verbraucherschutz sollte keine Einschränkung des von den Genossenschaftsbanken bereits praktizierten Verbraucherschutzes bedeuten. Dieser sollte – im Sinne der Verbraucher – gestärkt werden. Wobei dies wiederum nicht zu einem, insbesondere für kleine Institute, kaum noch zu bewältigendem Mehr an Bürokratie führen sollte. Dies wäre kontraproduktiv und schränkte die Volksbanken und Raiffeisenbanken in ihrer Bewegungsfreude in jeder Region ein.

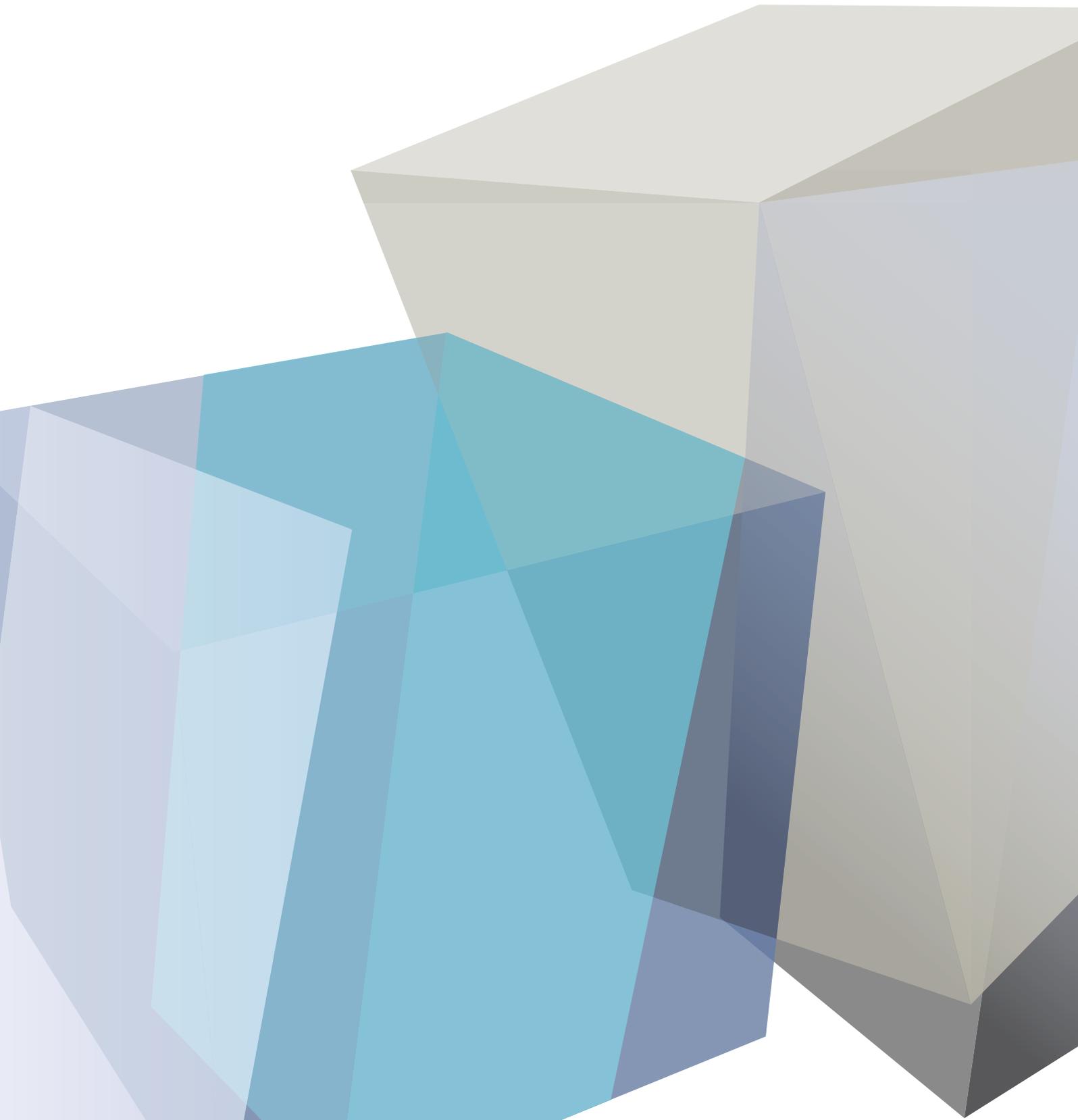
Die Politik stellt in vielen Feldern des Bankgeschäftes höhere Anforderungen. Viele sind nur schwer verständlich und wirken teilweise diskriminierend auf Banken und Bankberater. Mancher Kunde wundert sich, wie viele Daten mittlerweile von seiner Hausbank abgefragt werden und mit wie vielen Formularen er dabei umzugehen hat. Auch dies sind Folgen neuer Regelungen und Folgen des Anspruchs eines höheren Verbraucherschutzes. Überzogene Regulierungen in diesem Bereich schädigen aber am Ende nicht nur Banken. Sie bedeuten auch keinen wirklichen Vorteil für die Verbraucher. Der BVR hat sich für die Genossenschaftsbanken auf vielen Feldern aktiv dafür eingesetzt, einen zu hohen bürokratischen Aufwand aufseiten der Mitgliedsinstitute zu vermeiden und wird dies auch weiterhin tun. Dies ist auch angesichts des eigenen Anspruchs

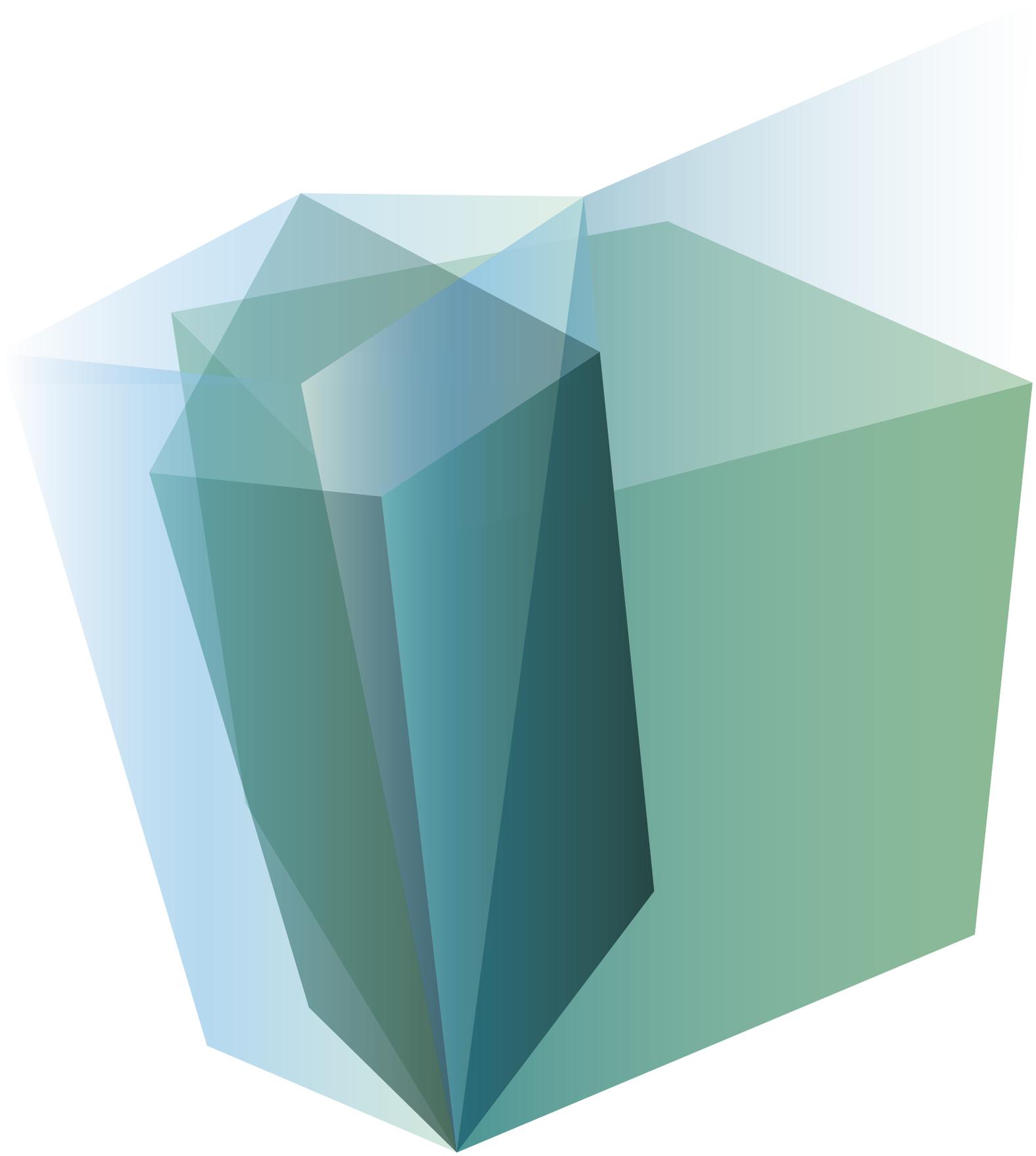
einer möglichst individuellen Betreuung jedes Kunden nötig.

„Werte schaffen Werte“ heißt es ja in der Kampagne. Und diese Werte gilt es – im Sinne der Verbraucher –, bei allen verständlichen Schutzszenarien auch zu wahren, damit am Ende eine Unternehmenskultur erhalten bleibt, bei der die Interessen der Mitglieder und Kunden höchste Priorität haben. Verbraucherschutz heißt vor diesem Hintergrund auch, die individuelle, transparente und persönliche Beratung jedes einzelnen Kunden nicht mit allzu vielen Regelungen zu überfrachten. Hier sollte sinnvoll Maß gehalten werden.









Ergebnisse 2010

Geschäftsentwicklung der
Volksbanken und Raiffeisenbanken

20

Wirtschaft in Zahlen

23

Höchstes Wachstum seit der Wiedervereinigung

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010

31

Schulden und Schutzschirme

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010:
Finanzmärkte

38

Unser Jahr in Zahlen

41

Spitzenjahr!

Geschäftsentwicklung 2010:
Kreditgenossenschaften auf Erfolgskurs

DZ BANK Gruppe

WGZ BANK

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

DG HYP

VR Kreditwerk AG

Münchener Hypothekenbank eG

WL BANK

Union Investment Gruppe

R+V Versicherung

VR-LEASING AG

TeamBank AG

BAG Bankaktiengesellschaft

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Wirtschaft in Zahlen

1,336

US-Dollar kostete der Euro zum Jahresende 2010. Die europäische Gemeinschaftswährung hatte 2010 schwer unter der Schuldenkrise der GIPS-Staaten zu leiden. Sowohl in der ersten Jahreshälfte als auch zum Jahresende belasteten die Turbulenzen um die Staatsfinanzen finanziell angeschlagener Euro-Staaten die Gemeinschaftswährung. Im Jahresvergleich verzeichnete der Euro einen Wertverlust gegenüber dem Greenback von mehr als 10 US-Cent.

73,5

Milliarden Euro hat die Europäische Zentralbank (EZB) bis zum Ende des Jahres 2010 aufgewendet, um Staatspapiere der finanziell angeschlagenen GIPS-Staaten am Sekundärmarkt zu kaufen. Zur besseren Absicherung gegenüber möglichen Abschreibungen der bis dahin gekauften Staatspapiere beschloss der EZB-Rat am Ende des Jahres eine Anhebung des Grundkapitals der EZB um fast das Doppelte auf 10,8 Milliarden Euro.

3,6

Prozent Wirtschaftswachstum waren im Jahr 2010 in Deutschland zu verzeichnen. Die deutsche Wirtschaft hat damit einen großen Teil des Produktionseinbruchs vom Winterhalbjahr 2008/2009 wieder wettgemacht. Maßgeblich für das Rekordwachstum 2010 waren starke Impulse aus dem Außenhandel und eine spürbare Belebung der Binnennachfrage.

1,0

Prozent betrug der europäische Leitzins im Jahr 2010. Die Europäische Zentralbank (EZB) hielt den Refinanzierungssatz damit auf dem im Mai 2009 erreichten historischen Tiefstand. Sie begründete den unverändert lockeren Kurs der Geldpolitik mit den geringen Inflationsrisiken sowie einer sich nur moderat erholenden Konjunktur im Euro-Raum. Die geplante Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen setzten die europäischen Währungshüter – als Folge der zugespitzten Krise um die hoch verschuldeten GIPS-Staaten im Mai – wieder aus. Sie brachten sogar neue Instrumente zur Anwendung, um die Stabilität der Finanzmärkte vor dem Hintergrund der Euro-Schuldenkrise zu gewährleisten.

11,3

Prozent Wertschöpfungszuwachs erzielte das verarbeitende Gewerbe Deutschlands. Der Wirtschaftsbereich, der im Vorjahr für einen großen Teil der Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich war, trug damit maßgeblich zum gesamtwirtschaftlichen Aufschwung 2010 bei. Starke Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Exportgeschäft.

1,1

Prozent betrug die Inflationsrate, gemessen am durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise. Sie fiel somit stärker als im Vorjahr aus, war im längerfristigen Vergleich aber noch immer moderat. Der Anstieg der Verbraucherpreise wurde vor allem durch Preiserhöhungen bei leichtem Heizöl und Kraftstoffen sowie Obst und Gemüse bestimmt.

40,48

Millionen Erwerbstätige waren im Jahresdurchschnitt 2010 in Deutschland tätig. Ihre Zahl hat sich im Vorjahresvergleich um 212.000 erhöht und einen neuen Höchststand erreicht. Spiegelbildlich dazu ist die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt um 179.000 auf 3,24 Millionen Personen zurückgegangen. Dies war der niedrigste Stand seit 1993.

82

Milliarden Euro haben die staatlichen Institutionen Deutschlands mehr ausgegeben als eingenommen. Während Bund, Länder und Gemeinden im Vorjahresvergleich ihr Finanzierungsdefizit nochmals erhöhten, war bei den Sozialversicherungen ein kleiner Überschuss zu verzeichnen. Das Maastricht-Kriterium zur staatlichen Neuverschuldung wurde insgesamt mit einer Defizitquote von 3,3 Prozent verletzt.

16,1

Prozent hat der DAX 2010 zugelegt. Insbesondere im letzten Viertel des Jahres konnte er sich von der 6.000er-Marke abkoppeln und einen dynamischen Jahresendspurt hinlegen, der ihn zeitweise über die Marke von 7.000 Punkten katapultierte. Selbst die erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise gegen Jahresende konnte dem kräftigen Kursanstieg nichts anhaben. Ausschlaggebend dafür: die positiven Konjunkturdaten aus Deutschland. Daneben sendete die Ankündigung und Umsetzung einer zweiten milliarden schweren Geldspritze für die US-Wirtschaft durch die US-Notenbank ein Kaufsignal am DAX aus. Gegen Ende des Jahres stützte zudem die Verabschiedung eines weiteren Konjunkturpakets in den USA die Stimmung unter den Börsianern. Zum Jahresresultimo lag der DAX mit 6.914 Punkten knapp unter der 7.000er-Marke.

110

Milliarden Euro schwer ist das im März vereinbarte Hilfspaket für das in Finanznot geratene Griechenland. Zusätzlich wurde im Mai ein EU-Rettungsschirm mit Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für hoch verschuldete Euro-Staaten eingerichtet. Das Volumen: 750 Milliarden Euro. Zum Jahresende zwang die sich wieder destabilisierende finanzielle Lage ihres Landes die irische Regierung zur Flucht unter den Rettungsschirm. Ein Großteil der im Dezember bewilligten Summe von 85 Milliarden Euro war dabei für die Rettung des stark angeschlagenen irischen Bankensektors vorgesehen.



Höchstes Wachstum seit der Wiedervereinigung

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010

Ein kräftiger Konjunkturaufschwung prägte im Jahr 2010 die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Das Bruttoinlandsprodukt nahm – nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes – preisbereinigt um 3,6 Prozent zu. Das ist das höchste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Damit hat die deutsche Wirtschaft einen Großteil des Einbruchs aus dem Winterhalbjahr 2008/2009 wieder wettgemacht. Im Verlauf des Jahres 2010 zeigte sich dabei eine beeindruckende Wachstumsdynamik. Sie gipfelte in einem sehr starken zweiten Quartal. Die konjunkturelle Erholung gewann zudem seit Jahresbeginn an Breite: Sie wurde – anders als im Vorjahr – nicht allein vom Anstieg der Exporte und der staatlichen Konsumausgaben getrieben. Auch die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen legten spürbar zu.

Belebte Konsumausgaben

2010 stiegen die privaten Konsumausgaben um 0,4 Prozent. Dafür war unter anderem die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Sie führte bei den Verbrauchern zu einer tendenziell höheren Ausgabebereitschaft. Zudem nahmen die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte merklich zu. Gründe dafür waren höhere Bruttolöhne und -gehälter, zunehmende Unternehmens- und Vermögenseinkommen, steuerliche Entlastungen sowie eine insgesamt moderate Entwicklung der Verbraucherpreise. Dies schlug sich allerdings nur teilweise und verzögert in den Konsumausgaben nieder. Schließlich blieben die – aufgrund der Umweltprämie 2009 – vorgezogenen Pkw-Käufe aus. Im dritten Quartal lagen die privaten Konsumausgaben in preis-, saison- und kalenderbereinigter Rechnung aber wieder über dem Niveau, das sie vor dem globalen Konjunkturreinbruch im ersten Quartal 2008 erreichten. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen 2010 um 2,3 Prozent. Staatliche und private Konsumausgaben trugen 2010 insgesamt mit 0,7 Prozentpunkten zum Wirtschaftswachstum bei.

Außenhandel expandiert kräftig

Auch durch die Weltkonjunktur kamen kräftige Wachstumsimpulse. Die deutsche Wirtschaft war 2008/2009 – aufgrund ihrer hohen Exportorientierung und der Spezialisierung der Industrie auf die Erzeugung von Investitionsgütern – besonders stark vom Einbruch des Welthandels betroffen. Entsprechend stark profitierte sie nun von der weltwirtschaftlichen Erholung. Das Exportvolumen legte 2010 kräftig zu. Es hat im vierten Quartal erstmals das Niveau vor dem Ausbruch der Krise übertroffen. Die Einfuhren überschritten das „Vorkrisenniveau“ bereits im zweiten Quartal. Begünstigend dafür: die Erholung des Exportgeschäftes durch eine sehr hohe Nachfrage aus Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien. Der Außenhandel trug mit einem Beitrag von 1,3 Prozentpunkten zum Wirtschaftswachstum bei. Er war somit für rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukt-Zuwachses verantwortlich.

Investitionen als wichtige Wachstumsstütze

Auch die Investitionen leisteten 2010 einen spürbaren Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen um 10,9 Prozent. Dies vor allem, weil Projekte, die infolge der Rezession aufgeschoben worden waren, nun realisiert wurden. Dennoch befanden sich die Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresende noch immer um rund 11 Prozent unter dem Niveau vor der Krise. Die Bauinvestitionen, die während der Krise vergleichsweise stabil geblieben waren, legten nach einem witterungsbedingten Rückgang zu Jahresbeginn im zweiten Quartal merklich zu. Im Wohnungsbau führten die günstigen Hypothekenzinsen, die abnehmende Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit privater Haushalte sowie die vielfach steigenden Mieten zu mehr Investitionen. Projekte, die im Wirtschaftsbau in der Krise zunächst pausieren mussten, wurden nun realisiert. Staatliche Konjunkturprogramme kurbelten den öffentlichen Bau kräftig an. Alles in allem stiegen die Bauinvestitionen preisbereinigt um 2,8 Prozent. Die Bruttoanlageinvestitionen trugen mit den Lagerinvestitionen 1,7 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsproduktes bei.

Staatliche Defizitquote über dem Maastricht-Kriterium

Der Staat tätigte 2010 nach vorläufigen Angaben Ausgaben in Höhe von 1.164,1 Milliarden Euro. Diesen Ausgaben stehen Einnahmen von 1.082,1 Milliarden Euro gegenüber. So schloss der Staat das Jahr mit einem Defizit von 82,0 Milliarden Euro. Während Bund, Länder und Gemeinden gegenüber 2009 das Defizit nochmals erhöhten, verzeichneten die Sozialversicherungen einen kleinen Überschuss. Das Maastricht-Kriterium zur staatlichen Neuverschuldung wurde mit einer Defizitquote von 3,3 Prozent verfehlt.

Verbesserte Arbeitsmarktlage

Der Arbeitsmarkt profitierte 2010 von der starken Konjunktur. Die Zahl der Erwerbstätigen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm zu. Neben Teilzeitstellen – deren Zahl bereits in den Vorjahren stieg – wurden seit dem Frühjahr mehr Vollzeitstellen geschaffen.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	2009	2010	2009	2010
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	in Prozent	Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	in Prozentpunkten
Konsumausgaben	0,5	0,9	0,4	0,7
– Private Konsumausgaben	–0,2	0,4	–0,1	0,2
– Konsumausgaben des Staates	2,9	2,3	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	–10,1	6,0	–1,9	1,1
– Ausrüstungsinvestitionen	–22,6	10,9	–1,8	0,7
– Bauinvestitionen	–1,5	2,8	–0,1	0,3
– Sonstige Anlagen	5,6	6,4	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	–	–	–0,3	0,6
Inländische Verwendung	–1,9	2,5	–1,8	2,4
Exporte	–14,3	14,1	–6,8	5,8
Importe	–9,4	12,6	–3,9	4,5
Außenbeitrag	–	–	–2,9	1,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	–4,7	3,6	–4,7	3,6

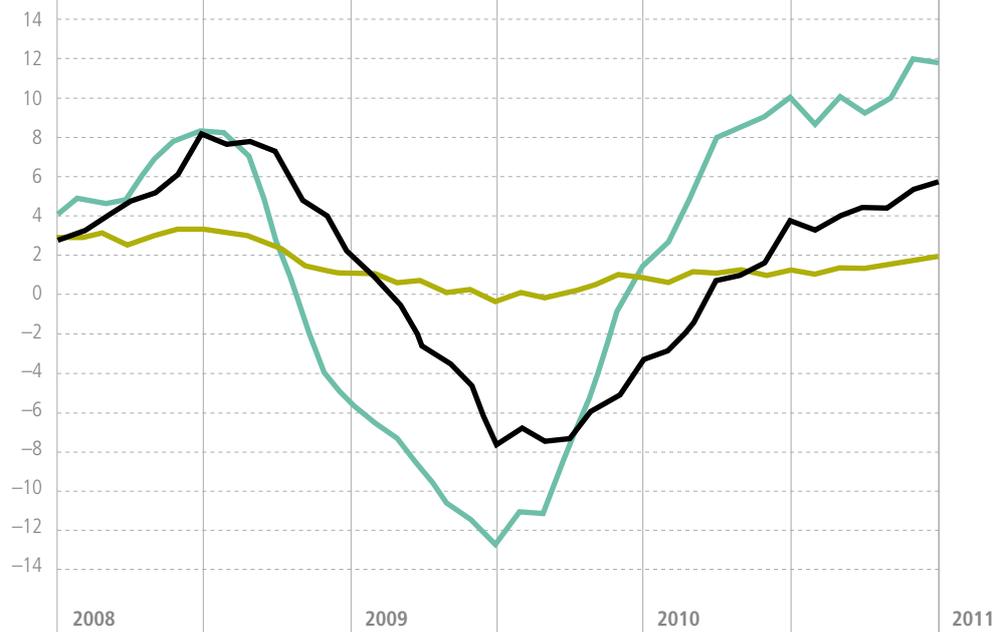
Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 24.02.2011.

Wachstumsbeiträge: Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundungen in den Zahlen.

Preisentwicklung in Deutschland

Veränderung zum Vorjahr in Prozent

- Verbraucherpreise
- Erzeugerpreise
- Importpreise



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Arbeitslosenzahl sank. Parallel dazu ging auch die Zahl der Kurzarbeiter deutlich zurück. Minijobs verloren weiter an Bedeutung. Im Jahresdurchschnitt stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,5 Prozent auf 40,48 Millionen Personen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenzahl lag nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt bei 3,24 Millionen Personen. Dies ist der niedrigste Stand seit 1993. Die Arbeitslosenquote nahm von 8,2 Prozent 2009 auf 7,7 Prozent 2010 ab. Gründe dafür waren die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auch der demografisch bedingte Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte.

Verbraucherpreise stiegen moderat

Als Folge des Aufschwungs zogen die Verbraucherpreise etwas an. Die monatlichen Verlaufsdaten stiegen allmählich. So wuchs die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex von 0,8 Prozent (Januar) auf 1,7 Prozent (Dezember). Im Schnitt legten die Verbraucherpreise 2010 um 1,1 Prozent zu. Das entspricht einem Plus von 0,7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Dies resultierte vor allem aus den Preiserhöhungen bei leichtem Heizöl und Kraftstoffen sowie bei Obst und Gemüse. Auch die Verdienste stiegen moderat an. Die Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer legten im Schnitt preisbereinigt um 1,4 Prozent zu.

Verarbeitendes Gewerbe als Motor des Aufschwungs

Das verarbeitende Gewerbe erwies sich im Jahr 2010 erneut als „Zyklus-Macher“. 2009 musste dieser Wirtschaftsbereich noch krisenbedingt einen sehr starken Wertschöpfungsrückgang hinnehmen. Er ließ das Bruttoinlandsprodukt maßgeblich schrumpfen. 2010 trug er hingegen maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Erholung bei. Die in- und ausländische Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten nahm – nach Überwindung der globalen Wirtschaftskrise – spürbar zu. Sie führte im verarbeitenden Gewerbe zum kräftigen Anstieg der Bruttowertschöpfung. Der Zuwachs von preisbereinigt 11,3 Prozent (2010) reichte jedoch nicht aus, um den

vorherigen Rückgang auszugleichen. Starke Wachstumsimpulse kamen vor allem aus dem Exportgeschäft. So wuchs das Volumen des Auslandsumsatzes im Vorjahresvergleich mit 15,6 Prozent deutlich stärker als der Inlandsumsatz. Er legte preisbereinigt um 7,0 Prozent zu. Im verarbeitenden Gewerbe wiesen die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Fertigung von chemischen Erzeugnissen den höchsten Anstieg im Umsatzvolumen aus. Sie erreichten Steigerungsraten von rund 20 Prozent. Trotz des Wachstums ging die Zahl der Erwerbstätigen hier um 1,8 Prozent zurück. Die Arbeitszeiten, die im Vorjahr vielfach reduziert wurden, um Entlassungen zu vermeiden, nahmen im Pro-Kopf-Durchschnitt allerdings wieder zu. Auch die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde stiegen an – auch wenn der Anstieg niedriger ausfiel als der Zuwachs der Arbeitsproduktivität. Die Lohnstückkosten – die 2009 kräftig gestiegen waren – gingen somit um 8,1 Prozent zurück.

Wachstumsimpulse auch von der Bauwirtschaft

Für das Baugewerbe begann das Jahr 2010 durch den strengen Winter sehr schwach. Die witterungsbedingten Ausfälle konnten im Laufe des Jahres jedoch kompensiert werden. Zum Jahresende beeinträchtigte jedoch erneut ein ungewöhnlich harter Winter die Bauaktivitäten. Im gesamten Jahr nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes um 1,7 Prozent zu. Gründe für den Anstieg: die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, das niedrige Zinsniveau sowie die Ende 2008 und Anfang 2009 zur Konjunkturstützung verabschiedeten staatlichen Maßnahmenpakete. Das Ausbaugewerbe profitierte dabei stärker von den Impulsen der Konjunkturprogramme als das Bauhauptgewerbe. Dies geht aus den nominalen Umsatzdaten der amtlichen Bauberichterstattung hervor. So nahm der baugewerbliche Umsatz binnen Jahresfrist im Bauhauptgewerbe um 0,3 Prozent ab, im Ausbaugewerbe legte der Umsatz hingegen um 7,1 Prozent zu. Im Bauhauptgewerbe standen dem Zuwachs im Wohnungsbau und im öffentlichen Hochbau (6,6 Prozent bzw. 6,8 Prozent) jeweils ein Umsatzrückgang im gewerblichen Bau (–4,3 Prozent), im Straßenbau (–7,5 Prozent) und im sonstigen öffentlichen Tiefbau (–1,4 Prozent) gegenüber.

Verbesserte Situation im Handwerk

Auch für das Handwerk begann das Jahr schwach. Das harte Winterwetter sowie das Auslaufen der staatlichen Umweltprämie sorgten im ersten Quartal im handwerklichen Bauhauptgewerbe und Kraftfahrzeuggewerbe für zweistellige Umsatzeinbußen. Im zweiten Quartal trat dann – laut amtlicher Handwerksberichterstattung – deutliche Besserung ein: Nach sechs aufeinanderfolgenden rückläufigen Quartalen wurde im zulassungspflichtigen Handwerk wieder ein nominaler Umsatzzuwachs registriert. Positive Impulse für das Bau- und Ausbauhandwerk ergaben sich dabei durch die Belebung des Wohnungsbaus, die staatlichen Konjunkturpakete und die weiterhin rege Sanierungsnachfrage. Bei den handwerklichen Industrielieferern verbesserte sich die Lage infolge der gestiegenen Exportnachfrage und Investitionstätigkeit deutlich. In den Lebensmittel- und den Gesundheitshandwerken sowie in den persönlichen Dienstleistungsgewerben belebten die leicht gestiegenen privaten Konsumausgaben das Geschäft. Auf das gesamte Jahr bezogen stieg der nominale Umsatz des Handwerks insgesamt nur um 0,6 Prozent.

Einzelhandel profitiert von der Konsumbelebung

Der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) erzielte 2010 – nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamts – in preisbereinigter Rechnung ein Umsatzplus von 1,2 Prozent. Damit konnte der Absatzrückgang von 2009 jedoch noch nicht ausgeglichen werden. Während der Umsatz mit Textilien, Kleidung, Schuhen sowie kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten preisbereinigt um über 3 Prozent stieg, ging im Handel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren der Umsatz um rund 1 Prozent zurück. Der Handel mit Kraftfahrzeugen schrumpfte um 5,5 Prozent. Ursache dafür: der 2009 durch die staatliche Umweltprämie deutlich gesteigerte vorgezogene Umsatz. Insgesamt tendierte die Geschäftslage des Einzelhandels – laut Unternehmensumfragen – 2010 deutlich nach oben. Maßgeblich hierfür: die gestiegenen verfügbaren Einkommen, die moderate Entwicklung der Verbraucherpreise

und die Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Zum Jahresende sorgten jedoch Schnee und Eis vielerorts für eine geringere Kundenfrequenz. Dies führte zu einem deutlich ruhigeren Verlauf des für den Einzelhandel so wichtigen Weihnachtsgeschäftes.

Großhandel hat sich von der Krise erholt

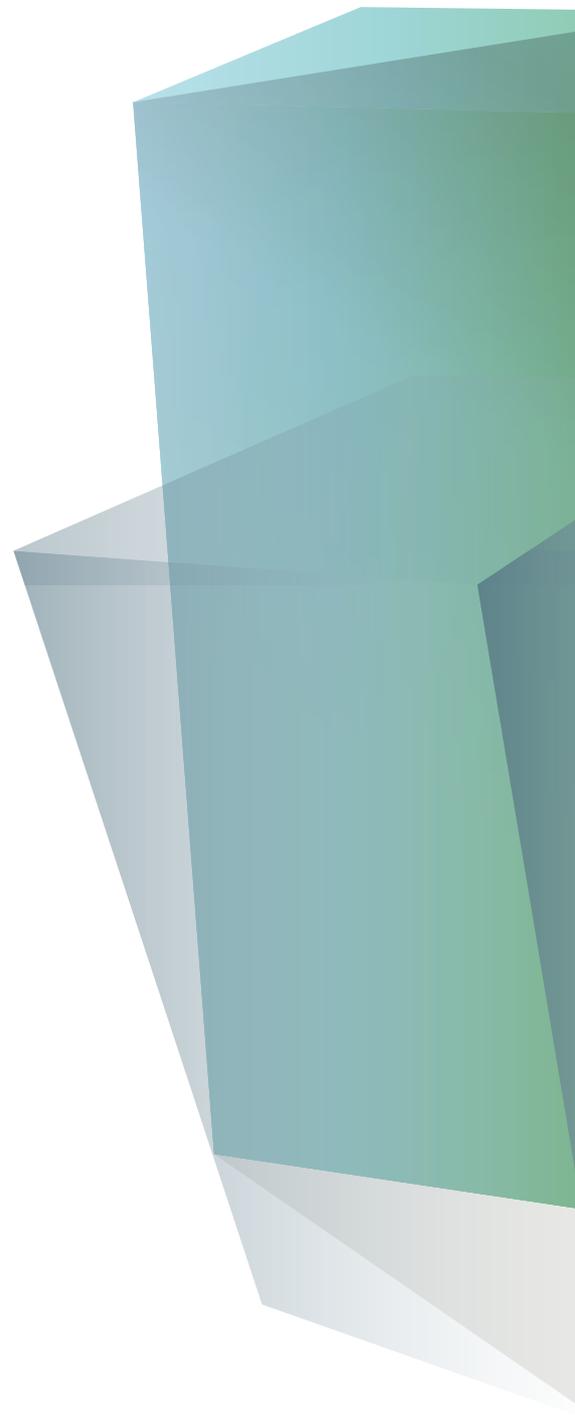
Als Bindeglied zwischen dem produzierenden Gewerbe und Einzelhändlern, Großabnehmern sowie anderen Gewerbetreibenden partizipierte auch der Großhandel am gesamtwirtschaftlichen Aufschwung. Nachdem der preisbereinigte Umsatz 2009 krisenbedingt um rund 10 Prozent eingebrochen war, legte er 2010 um 6,0 Prozent zu. Besonders starken Zuwachs gab es mit 8,2 Prozent im Produktionsverbindungshandel. Dieser wurde vor allem durch die Ausweitung der industriellen Erzeugung beflügelt. Im Konsumtionsverbindungshandel war der Umsatzzuwachs weniger stark. Er lag bei 3,3 Prozent.

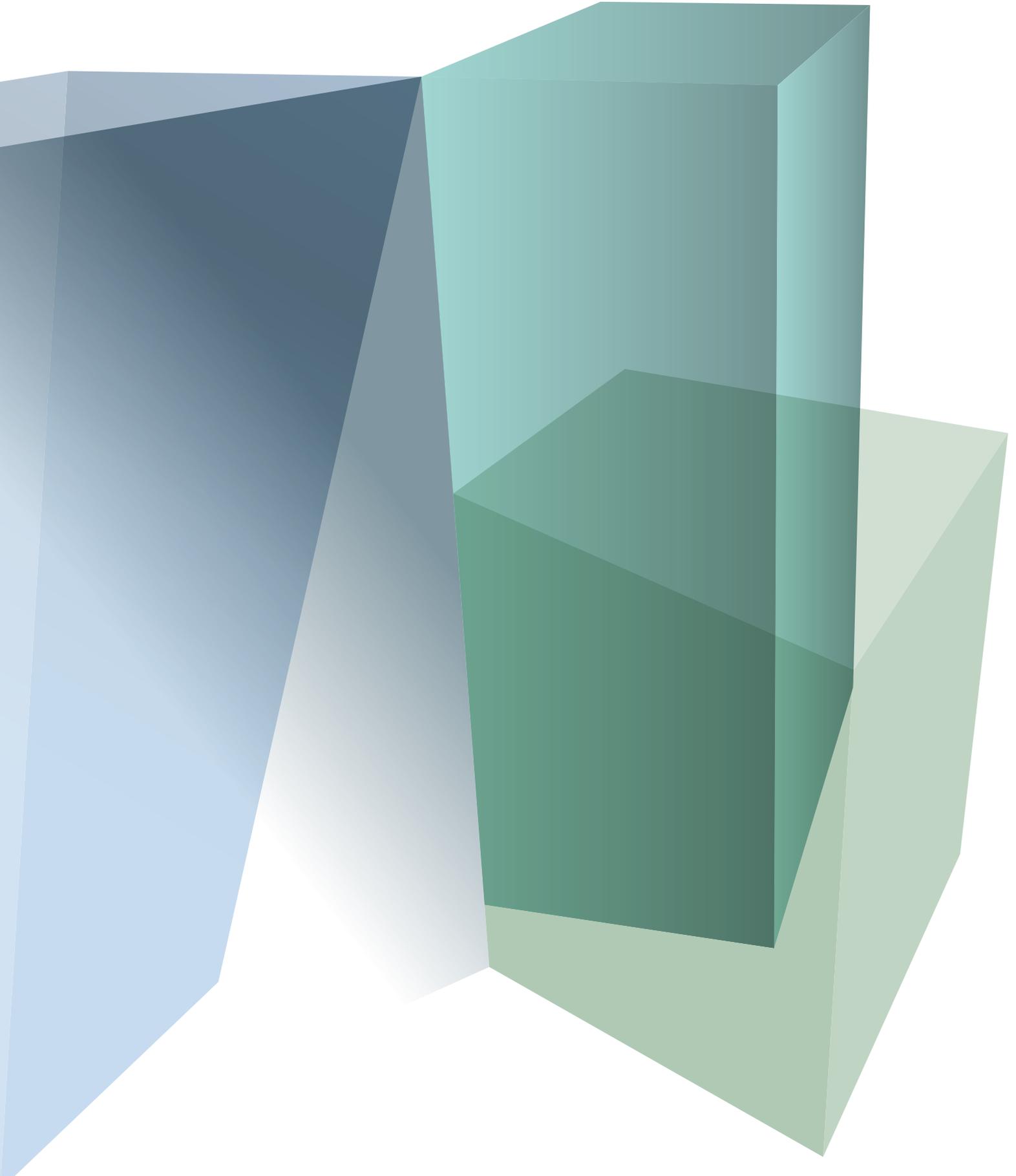
Dienstleistungsbereich wichtigster Job-Motor

Der Dienstleistungsbereich trug mit einem Wachstumsbeitrag von 1,7 Prozent deutlich zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei. Über 70 Prozent der Wertschöpfung Deutschlands werden hier insgesamt erbracht. Innerhalb des Gesamtbereichs wuchs der Teilbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr mit 3,2 Prozent bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung am stärksten. Im Teilbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie im Teilbereich öffentliche und private Dienstleister war der Anstieg mit 1,9 Prozent bzw. 2,1 Prozent schwächer. Im Verlauf des Jahres 2010 verbesserte sich die Geschäftslage des Dienstleistungsbereichs – laut Unternehmensumfragen – kontinuierlich. Der tertiäre Sektor erwies sich dabei erneut als wichtigster Job-Motor. Während die Erwerbstätigenzahl im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie im produzierenden Gewerbe um 1,4 Prozent bzw. 1,7 Prozent zurückging, legte der gesamte Dienstleistungsbereich um 1,1 Prozent zu. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 330.000 Stellen.

Wertschöpfung in der Landwirtschaft zurückgegangen

Die Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ist in Deutschland nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftsbereich. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche betrug im Jahr 2010 zwar lediglich 0,9 Prozent. Im gesamten Agrarbusiness, das neben der Landwirtschaft auch vor- und nachgelagerte Wirtschaftsbereiche umfasst, waren jedoch rund fünf Millionen Menschen beschäftigt. Das Jahr war aus landwirtschaftlicher Sicht durch Wetterextreme gekennzeichnet. Es begann in vielen Regionen mit einem zu kalten Winter und einem nassen Frühjahr. Dies führte zu Wachstumsverzögerungen. Die Haupterntezeit, der Sommermonat Juli, war zu heiß und zu trocken und mündete in einem überdurchschnittlich feuchten und verregneten August. Gemäß des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ hellte sich die Stimmung der Landwirte zum Jahresende allerdings deutlich auf. Begünstigt wurde dies durch die Erzeugerpreise, die stärker zunahmen als die Betriebsmittelpreise. Das Unternehmensergebnis in den landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben verringerte sich nach einem kräftigen Einbruch im Vorjahr im Wirtschaftsjahr 2009/2010 jedoch erneut. Immense Einbußen gab es bei Ackerbau-, Weinbau- und Veredelungsbetrieben. In den Milchviehbetrieben konnte hingegen das Vorjahresniveau so gut wie gehalten werden. Die Bruttowertschöpfung ist im Bereich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 2010 preisbereinigt um 0,3 Prozent gesunken.





Schulden und Schutzschirme

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010: Finanzmärkte

Die zugespitzte Krise um die hoch verschuldeten Länder Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ließ die Europäische Zentralbank ihren expansiven geldpolitischen Kurs 2010 fortsetzen. Nach der milliardenschweren Rettung Griechenlands richtete die Europäische Union gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds einen Schutzschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro ein. Aus diesen Mitteln wurde Irland gegen Ende des Jahres vor dem Staatsbankrott bewahrt. Der Markt für europäische Staatsanleihen stand 2010 ebenfalls ganz im Zeichen der Staatsschuldenkrise. Parallel dazu sorgten jedoch gute Wirtschaftszahlen für einen kräftigen Auftrieb am DAX. Der deutsche Aktienindex entwickelte sich überdurchschnittlich, hob sich deutlich von anderen Indizes ab und drang – zum Jahresbeginn – in nicht möglich geglaubte Sphären vor.

Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes unterbrochen

Zu Beginn des Jahres 2010 begann die Europäische Zentralbank (EZB) wie angekündigt mit der allmählichen Rückführung der geldpolitischen Sondermaßnahmen. Sie ließ Jahres- wie auch Halbjahrestender auslaufen. Auch kehrte sie bei längerfristigen Refinanzierungsgeschäften mit dreimonatiger Laufzeit zwischenzeitlich zur bietungsabhängigen Zuteilung zurück. Die Zuspitzung der Krise um die hoch verschuldeten GIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) veranlasste die europäischen Währungshüter allerdings im Mai, den geplanten Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes wieder auszusetzen und zusätzliche geldpolitische Sondermaßnahmen zu verabschieden. So sollte den Verspannungen an den Finanzmärkten entgegengewirkt werden.

Erstmals Ankäufe von Staatsanleihen durch EZB

Im Mai 2010 kehrte die EZB bei den Langfristendern mit dreimonatiger Laufzeit wieder zur Vollzuteilung zurück. Zudem kaufte sie erstmals in ihrer Geschichte systematisch am Sekundärmarkt Anleihen Griechenlands und anderer GIPS-Staaten. Damit wollte sie die Funktion der Märkte für Anleihen dieser Staaten aufrechterhalten. Kurz zuvor hatten die europäischen Notenbanker beschlossen, die gelockerten Bonitätsstandards über 2010/2011 hinaus beizubehalten. Ziel dieser Maßnahme: Geschäftsbanken im Euro-Raum die Refinanzierung bei der EZB indirekt zu erleichtern. Kreditinstitute können sich nur refinanzieren, wenn sie der EZB Sicherheiten stellen. Dafür hat die EZB die Ratingschwelle von A- auf BBB- verringert. Der Kreis der Sicherheiten wurde so auf alle zugelassenen Finanzinstrumente erweitert, die noch den Standard des „Investment Grade“ erreichen.

Leitzins bleibt unverändert

Im weiteren Jahresverlauf setzte die EZB ihre Anleiheaufkäufe parallel zur akut bleibenden Schuldenkrise fort. Die Aufkäufe erreichten ein hohes Niveau. Sie blieben aber noch weit hinter den Volumina der Aufkaufprogramme der Federal Reserve oder der Bank of England zurück. Bis Ende 2010 kaufte die europäische Notenbank am Sekundärmarkt Papiere der GIPS-Staaten in Höhe von 73,5 Milliar-

den Euro. Zur besseren Absicherung gegenüber möglichen Abschreibungen der bis dahin gekauften Staatspapiere beschloss der EZB-Rat am Jahresende die Anhebung des Grundkapitals der EZB um fast das Doppelte auf 10,8 Milliarden Euro. Im Zuge niedriger Inflationsrisiken und einer sich moderat erholenden Konjunktur im Euro-Raum blieb der Leitzins über das ganze Jahr hinweg erwartungsgemäß auf dem Rekordtief von 1 Prozent.

Federal Reserve setzt ihren Ausstieg ebenfalls aus und ...

Die US-amerikanische Notenbank hat ihre Geldpolitik 2010 weiter gelockert. Erst erhöhte die Federal Reserve durch die verbesserte Lage an den Finanzmärkten noch im Februar den Diskontsatz um 25 Basispunkte auf 0,75 Prozent. Dies wurde als Vorzeichen für eine spätere Erhöhung des geldpolitischen Leitzinses – des Tagesgeldzielsatzes – verstanden. In der zweiten Jahreshälfte änderte sie jedoch ihren Kurs. Gründe dafür waren die zähe konjunkturelle Erholung sowie die ausgesprochen prekäre Lage am US-Arbeitsmarkt.

... startet ein weiteres Anleiheaufkaufprogramm

Statt einer Rückführung der expansiven geldpolitischen Maßnahmen starteten die führenden US-Notenbanker im November ein weiteres milliarden schweres Anleiheaufkaufprogramm im Wert von 600 Milliarden US-Dollar. Es soll bis Mitte 2011 laufen. Zeitgleich teilten die Währungshüter der Vereinigten Staaten mit, Mittel von bis zu 300 Milliarden Euro in US-Staatspapiere reinvestieren zu wollen. Diese Mittel sollten von der Federal Reserve durch die Fälligkeit zuvor erworbener Immobilienpapiere bezogen werden. Die faktische Nullzinspolitik der US-Notenbank blieb 2010 unverändert.

Staatsschuldenkrise lässt Anleger 2010 Sicherheit bevorzugen ...

Bundesanleihen haben 2010 von der hohen Unsicherheit der Marktakteure profitiert. Zweifel an der Finanzkraft der GIPS-Staaten wie auch an einer nachhaltigen Erholung der US-Wirtschaft dominierten dabei das Kaufverhalten. Insbesondere sichere Anlageformen waren 2010 gefragt. Inflationsängste spielten 2010 nur eine untergeordnete Rolle.

Allerdings stieg der Preisdruck in der zweiten Jahreshälfte auf den Rohstoffmärkten.

... und Abstand von Anleihen der GIPS-Staaten nehmen

Staatsanleihen der finanzschwachen Euro-Staaten wurden 2010 gemieden. Dies verlieh den Renditen dieser Papiere deutlichen Auftrieb. Besonders die zum Teil kräftigen Herabstufungen der Schuldnerbonität durch die Ratingagenturen bereiteten den GIPS-Staaten zunehmend Probleme bei der Finanzierung ihrer Staatshaushalte. So strichen besonders institutionelle Anleger Anleihen der betroffenen Staaten aus ihren Portfolios. Weder das vereinbarte Hilfspaket für Griechenland – Höhe: 110 Milliarden Euro – noch der eingerichtete Rettungsschirm für hoch verschuldete Euro-Staaten – Volumen: 750 Milliarden Euro – konnten die Situation nachhaltig entschärfen.

Investoren setzen finanzschwache Euro-Staaten unter Druck und ...

Griechische Papiere waren 2010 nicht gefragt. So stiegen die Renditen griechischer Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit von unter 6 Prozent (Anfang 2010) auf über 12 Prozent (Anfang Mai). Bis zum Ende des Jahres konnten sich diese Renditen nicht nachhaltig von diesem Niveau distanzieren. Irische Papiere standen ebenfalls nicht in der Gunst der Marktakteure. Zunehmende Zweifel an der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sorgten für eine Beschleunigung des Renditewachstums bei Anleihen der irischen Regierung. Aber auch Anleihen portugiesischer und spanischer Staatsanleihen wurden von den Märkten abgestraft. Befürchtungen, dass eine Lösung der Schuldenproblematik in Europa ohne eine Belastung der privaten Gläubiger nicht gelingen kann, verschärften diesen Trend.

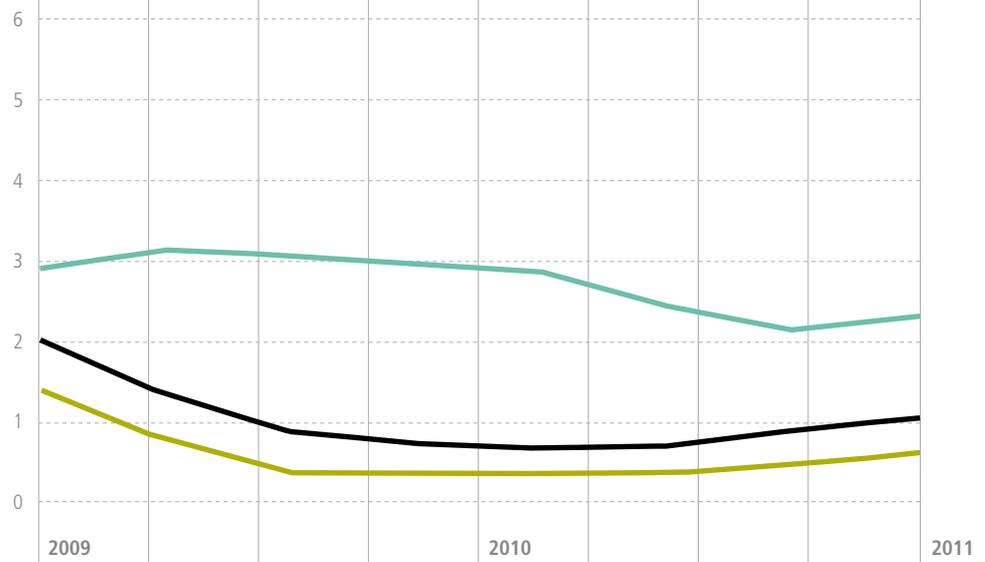
... zwingen Irland unter den Rettungsschirm

Die sich wieder destabilisierende Lage um die Finanzen Irlands zwang schließlich die irische Regierung als erstes Land des Euro-Raums, finanzielle Mittel aus dem Rettungsschirm zu beziehen. Ein Großteil der im Dezember bewilligten Summe von 85 Milliarden Euro war dabei für die Rettung des stark angeschlagenen irischen Bankensektors vorgesehen. Parallel zu diesen Turbulenzen stieg die

Zinsentwicklung

Quartalsdurchschnitt
in Prozent

- Tagesgeldsatz
- 3-Monats-EURIBOR
- Umlaufrendite



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Rendite von zehnjährigen irischen Staatspapieren bis zum Jahresende auf über 9 Prozent. Obwohl das Vertrauen der Marktakteure gegenüber Portugal ebenfalls immer stärker nachließ, tätigte die portugiesische Regierung den Schritt unter den Schirm 2010 noch nicht.

Bundesanleihen profitieren von der Unsicherheit der Investoren, ...

Hohe Kursgewinne verzeichneten in diesem Umfeld hingegen Bundesanleihen. Aufgrund der insgesamt hohen Nervosität waren die als besonders sicher geltenden deutschen Staatspapiere 2010 eine willkommene Alternative. So sanken die Renditen von Bundesanleihen bis Ende August kontinuierlich. Erst zum Herbst hin wendete sich die Marschrichtung bei Bundesanleihen, obwohl die Lage um die GIPS-Staaten weiterhin problematisch blieb. Ausschlaggebend war hier ein zunehmender Konjunkturoptimismus. Dieser führte – auch bedingt durch die erneute quantitative Lockerung der Federal Reserve – zu deutlichen Umschichtungen in die Aktienmärkte. Flankiert wurde dieser Trend von einer zunehmenden Skepsis der Märkte gegenüber der finanziellen Belastbarkeit Deutschlands bzw. der Vereinigten Staaten. Diese Skepsis resultierte vor allem aus den anhaltenden Problemen um die Staatsfinanzen im Euro-Raum sowie aus der weiteren zunehmenden Verschuldung der USA. In dieser Gemengelage stiegen die Renditen von Bundesanleihen deutlich. Die Renditerückgänge aus den ersten drei Quartalen wurden dadurch aber nicht kompensiert. Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen mit 2,96 Prozent nur noch knapp unter der 3-Prozent-Marke. Insgesamt war 2010 ein Renditerückgang von 0,42 Prozentpunkten zu verzeichnen.

... während der Euro darunter leidet

Der Euro hat 2010 schwer unter der Schuldenkrise der GIPS-Staaten gelitten. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte belasteten die Turbulenzen um die Staatsfinanzen finanziell angeschlagener Euro-Staaten die Gemeinschaftswährung. Der Euro wertete dadurch massiv gegenüber dem US-Dollar ab. Ein Großteil der Marktakteure befürchtete ein Übergreifen der Schuldenkrise auf den noch von der Finanzmarktkrise geschwächten europäischen Finanz-

sektor. Dies hätte die Stabilität und Funktionsfähigkeit des europäischen Finanzsystems ernsthaft gefährdet. Anfang Juni erreichte der Euro-Dollar-Kurs mit 1,19 US-Dollar den tiefsten Stand seit über vier Jahren. Zu Jahresbeginn hatte der Euro-Dollar-Kurs noch bei rund 1,44 US-Dollar gelegen.

Rettungsaktion der EU und des IWF beruhigt die Märkte, ...

Erst mit der Einigung auf einen Rettungsschirm für finanziell angeschlagene Euro-Staaten entschärfte sich die Lage. Die Refinanzierungsgeschäfte der hoch verschuldeten GIPS-Staaten waren geregelt. Der Euro erholte sich im Jahresverlauf deutlich. Die ausgesprochen hohe Dynamik der deutschen Wirtschaft wie die deutlicher werdenden Problemen der US-Wirtschaft stärkten diesen Trend. Bis Anfang November legte der Euro-Dollar-Kurs von seinem Jahrestiefstand um 23 US-Cent auf 1,42 US-Dollar zu.

... bis die irische Finanzlage wieder für Verunsicherung sorgt

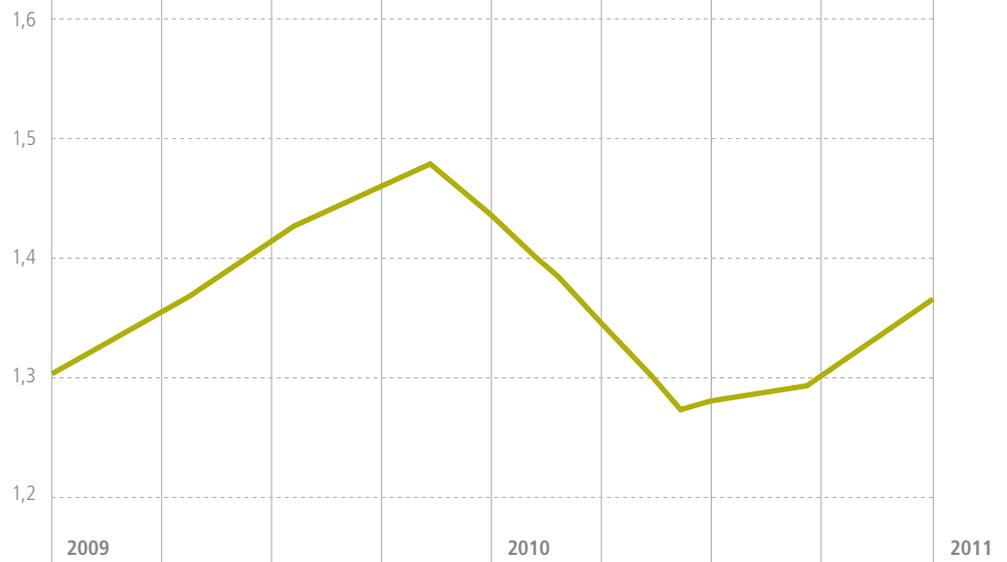
Im Herbst wirkte sich die Schuldenkrise der GIPS-Staaten jedoch erneut belastend aus. Ausschlaggebend: die Probleme um die irischen Staatsfinanzen und den irischen Bankensektor. Der Außenwert des Euro schwächte sich dadurch im November deutlich gegenüber der US-Währung ab. Erst als Irland Ende November seinen Widerstand gegenüber finanziellen Hilfen aus dem Rettungspaket der EU und dem IWF aufgegeben hatte, erholte sich die Gemeinschaftswährung. Mit einem Euro-Dollar-Kurs von 1,336 US-Dollar zum Jahresende pendelte sich der Euro-Dollar-Kurs oberhalb der Marke von 1,30 US-Dollar ein. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Wert des Euro gegenüber dem US-Dollar damit um mehr als 10 US-Cent.

DAX zeigt sich erst wenig dynamisch, ...

Im zweiten Jahr nach der Lehman-Pleite konnten die Aktienmärkte weltweit ihre Gewinne ausbauen. Der DAX trumpfte dabei besonders auf. Allerdings hatte es 2010 zunächst nicht nach einer Kurs-Rallye ausgesehen. Die Furcht vor einem Übergreifen der GIPS-Staaten-Krise auf den Finanzsektor belastete die Kurse am deutschen Aktienmarkt. Erst mit der Implementierung des beispiellosen

Wechselkursentwicklung

US-Dollar pro Euro,
Quartalsdurchschnitt
in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Rettungsschirms durch die EU kehrte Beruhigung ein. Die Skepsis der Anleger – gegenüber einer nachhaltigen Erholung der US-Wirtschaft und einer generellen Gesundung der Finanzmärkte – blieb. Sie verhinderte vorerst eine weitere Erholung des DAX.

... bevor er ein ordentliches Wachstum im vierten Quartal hinlegt, ...

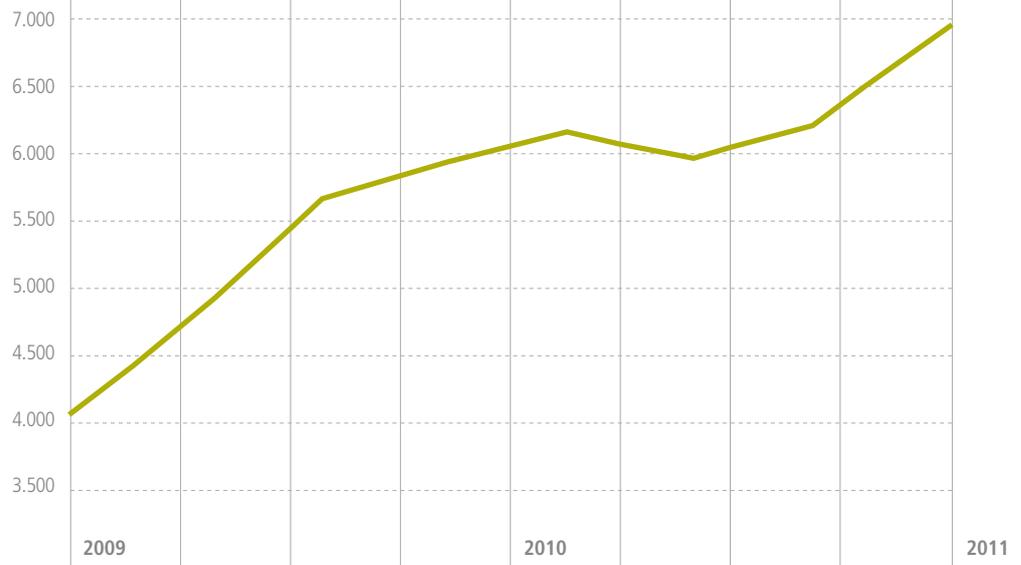
Ende September konnte sich der DAX allerdings dann von der 6.000er-Marke abkoppeln. Ausschlaggebend dafür: die Konjunkturdaten aus Deutschland. Sie ließen eine überraschend kräftige Expansion der deutschen Wirtschaftskraft 2010 erkennen. Zudem löste die Ankündigung und Umsetzung einer zweiten milliardenschweren Geldspritze für die US-Wirtschaft durch die US-Notenbank große Käufe am Dow Jones aber auch am DAX aus. Auch die Verabschiedung eines weiteren Konjunkturpakets in den USA, das die Fortschreibung der Steuervergünstigungen in den USA vorsieht, hob die Stimmung an den Börsen. Viele Anleger erhofften sich von diesen Maßnahmen eine Konjunkturbelebung der US-Wirtschaft, mit positiven Auswirkungen auf das Wachstum der Weltwirtschaft.

... das deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt

Der DAX konnte im vierten Quartal massiv zulegen. Zeitweise stieg er auf über 7.000 Punkte. Kursgewinne verzeichneten dabei Aktien von Unternehmen, deren Anteil am erstarkten Exportgeschäft der deutschen Wirtschaft besonders hoch war. Selbst die erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise im November konnte dem DAX nicht mehr viel anhaben. Vielmehr emanzipierte sich der deutsche Aktienmarkt dank der guten Verfassung der deutschen Wirtschaft vom weiteren Verlauf der Staatsschuldenkrise in Europa. 2010 stieg der DAX um 16,1 Prozent. Damit fiel das Kurswachstum an der deutschen Börse deutlich kräftiger aus als an anderen großen Finanzplätzen, wie etwa New York. Dort verzeichnete der Dow Jones ein Jahreswachstum von 11,0 Prozent. Auch die europäischen Aktienmärkte konnten nicht annähernd mithalten. So schrumpfte der EuroStoxx 50 Index 2010 um 5,8 Prozent. Zum Jahresende lag der deutsche Leitindex bei 6.914 Punkten.

Deutscher Aktienindex

Stand am
Quartalsende



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Unser Jahr in Zahlen

1.138 300.000

deutsche Kreditgenossenschaften agierten 2010 erfolgreich am heimischen Markt. Über 80 Prozent dieser Banken firmierten unter dem Namen „Volksbank“ oder „Raiffeisenbank“, 6,3 Prozent als „Sparda-“ oder „PSD Banken“ sowie 13,7 Prozent unter sonstigen Namen wie „Genossenschaftsbank“ oder „Spar- und Kreditbank“. Die Kreditgenossenschaften unterscheiden sich nicht nur in der Firmierung, sondern auch in ihrer an der Bilanzsumme gemessenen Größe. Das größte Institut hatte 2010 eine Bilanzsumme von fast 40.000 Millionen Euro, während das kleinste Institut 14 Millionen Euro vorweist.

neue Mitglieder konnten die Kreditgenossenschaften im vergangenen Jahr gewinnen. Die seit Jahren kontinuierlich steigenden Mitglieder- und Kundenzahlen beweisen, dass die deutschen Kreditgenossenschaften für ihre mittlerweile über 30 Millionen Kunden und 16,7 Millionen Mitglieder aufgrund ihres wertorientierten Geschäftsmodells in Verbindung mit einem umfangreichen Multikanal- und Allfinanzangebot ungebrochen attraktiv sind. Neben einer Dividende, die im Jahr 2010 durchschnittlich bei 5,5 Prozent pro Jahr lag, bieten die Kreditgenossenschaften den Mitgliedern/Eigentümern zunehmend andere erlebbare Mehrwerte oder Bonusprogramme an.

160.000 36,3

Mitarbeiter beschäftigten die Kreditgenossenschaften bundesweit im abgelaufenen Geschäftsjahr (-0,5 Prozent gegenüber 2009). Davon trugen zwei Drittel in Filialen Verantwortung für eine direkte Kundenbetreuung. Der Anteil dieser Mitarbeiter hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Die positive Entwicklung der Ausbildungszahlen setzte sich auch 2010 weiter fort. Mit rund 11.800 Auszubildenden – dies entspricht einer Ausbildungsquote von 7,7 Prozent – erzielten die Banken den höchsten Wert innerhalb der vergangenen sieben Jahre.

Milliarden Euro haben die Kreditgenossenschaften an bilanzielltem Eigenkapital. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,8 Prozent. Das Eigenkapital ist eine wichtige Orientierungsgröße für die Geschäftsentwicklungsmöglichkeit einer Bank zur Kreditvergabe. Die Kreditgenossenschaften sind mit Eigenkapital gut ausgestattet, um ihr Kreditvolumen auch künftig weiter zu steigern. Zudem verfügen sie über einen von langjährigen Kundenbeziehungen getragenen Einlagenüberschuss von gut 100 Milliarden Euro.

4,1

Prozent: Um diesen Wert stieg das herausgegebene Kreditvolumen der Kreditgenossenschaften. Mit 406 Milliarden Euro liegt es deutlich über dem Marktwachstum. Die Kreditgenossenschaften versorgen damit Privatpersonen und den unternehmerischen Mittelstand ausreichend mit Kreditmitteln. Besonders expandierten die Kredite an Unternehmen und Selbstständige. Mit insgesamt rund 178 Milliarden Euro trugen die Kreditgenossenschaften deutlich mehr zur Kreditversorgung der Unternehmen und Selbstständigen in Deutschland bei als die vier Großbanken. Über 90 Prozent ihrer vergebenen Kredite sind mittel- und langfristige Finanzierungen.

500.000.000.000

Euro – also eine halbe Billion Euro – Einlagen verwalteten die Kreditgenossenschaften per Ende 2010 für ihre Privat- und Firmenkunden. Auch ohne „Lockzinsen“, intransparente Zinsdiskriminierung von „Altkunden“ oder Startguthaben für Neukunden konnten die Volksbanken und Raiffeisenbanken diese mit ihren Einlagenprodukten überzeugen und deutlich über dem Markt wachsen. 2010 sind die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um mehr als 24 Milliarden Euro oder 5,1 Prozent auf 507 Milliarden Euro gestiegen. Sicherheit und die Skepsis gegenüber Wertpapierengagements (insbesondere im Aktien- und Fondsbereich) waren kundenseitig die bedeutenden Faktoren bei der Geldanlage. Dies drückt sich auch in starken Mittelzuflüssen bei den Spareinlagen aus. Per Ende 2010 betrug der Spareinlagenbestand 186 Milliarden Euro. Das ist gegenüber 2009 ein Plus von 6,7 Prozent. Das klassische Sparbuch wird von vielen Anlegern als sichere Geldanlage hoch geschätzt.

13.474 66,6

Bankstellen betreuten die Kreditgenossenschaften am heimischen Markt im Jahr 2010. Diese Zahl errechnet sich als Summe von 1.138 Hauptstellen und 12.336 Zweigstellen. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Zahl der Bankstellen um 97 Einheiten (0,7 Prozent). Dabei sank die Zahl der Hauptstellen um 18 Institute (1,6 Prozent). Die Zahl der Zweigstellen ging um 79 (0,6 Prozent) zurück. Langfristig betrachtet hat sich der Konsolidierungsprozess bei den Kreditgenossenschaften deutlich verlangsamt.

Prozent betrug die Cost-Income-Ratio (CIR) der Kreditgenossenschaften im Jahr 2010. Die CIR stellt den Quotienten aus den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sowie dem Rohertrag, der die Summe des Zinsüberschusses und Provisionsüberschusses abbildet, dar. Die Kennzahl ist ein Rentabilitätsmaß, das sich bei den Kreditgenossenschaften im Jahr 2010 sehr positiv entwickelte. Es blieb deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (70,6 Prozent). Auch im Zeitreihen-Vergleich hat sich die Kennzahl von 73,8 Prozent im Jahr 2005 auf 66,6 Prozent 2010 kontinuierlich verbessert.



Spitzenjahr!

Geschäftsentwicklung 2010:
Kreditgenossenschaften auf Erfolgskurs

Die Geschäftsentwicklung der 1.138 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und sonstigen Kreditgenossenschaften in Deutschland verlief im Jahr 2010 äußerst positiv: Die bilanziellen Kundeneinlagen stiegen auf knapp 507 Milliarden Euro, die Kundenkredite auf 406 Milliarden Euro. Die addierte Bilanzsumme nahm um 16 Milliarden Euro auf 707 Milliarden Euro zu. Die hohe Attraktivität der Kreditgenossenschaften zeigte sich auch im starken Zuwachs der Mitglieder: 300.000 neue Mitglieder kamen im Jahr 2010 hinzu. Somit sind nun 16,7 Millionen Menschen Mitglied einer Genossenschaftsbank.

Auch unter Ertragsgesichtspunkten war das Geschäftsjahr 2010 für die Kreditgenossenschaften ein Spitzenjahr. Viele Institute erzielten Rekordergebnisse. Der um gut 1,5 Milliarden Euro steigende Rohertrag (Zins- und Provisionsüberschuss) erhöhte die Rentabilität und sorgte für einen deutlichen Anstieg des Teilbetriebsergebnisses auf 6,8 Milliarden Euro. Die Vorsorgereserven wurden mit 1,9 Milliarden Euro dotiert. Im Gegensatz zu einigen Wettbewerbern zahlten die Kreditgenossenschaften überdies bundesweit kräftig Steuern. So flossen von Einkommen und Ertrag insgesamt 1,6 Milliarden Euro an den Fiskus.

Die aggregierte Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften betrug zusammen mit der DZ BANK Gruppe, der WGZ BANK-Gruppe und der Münchener Hypothekenbank per Ende 2010 1.226 Milliarden Euro. Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist damit ein überaus bedeutender Akteur im deutschen Kreditwesen.

Kreditwachstum: Deutliches Plus

Die Kreditbestände der Volksbanken und Raiffeisenbanken stiegen – über alle Kundengruppen hinweg – im Jahr 2010 kontinuierlich und stärker als im Markt an. Der Zuwachs im Kreditgeschäft lag bei 4,1 Prozent. Das sind etwas mehr als 16 Milliarden Euro. Es ist der höchste Zuwachs seit über zehn Jahren. Während das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft mit 5,2 Prozent bzw. 0,7 Prozent rückläufig war, erhöhten sich die langfristigen Forderungen um 5,4 Prozent. Sie blieben der Hauptmotor im Kreditgeschäft. Insgesamt gaben die Kreditgenossenschaften 2010 Kredite in Höhe von 406 Milliarden Euro heraus. Die Genossenschaftsbanken trugen damit wesentlich zur Verhinderung einer Kreditklemme in Deutschland bei.

Besonders expandierten die Kredite an Unternehmen und Selbstständige. Hier bauten die Kreditgenossenschaften das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Milliarden Euro (4,9 Prozent) aus. Mit insgesamt rund 178 Milliarden Euro trugen sie Ende 2010 deutlich zur Kreditversorgung der Unternehmen und Selbstständigen in Deutschland bei. Sie kamen damit ihrer großen volkswirtschaftlichen Verantwortung als bedeutender Financier der inländischen mittelständischen Wirtschaft nach. Über 90 Prozent der vergebenen Kredite der Kreditgenossenschaften sind

mittel- und langfristige Finanzierungen. Sie dienen üblicherweise bei privaten Haushalten der Immobilienfinanzierung. Im Firmenkundengeschäft dienen sie dem Ersatz und dem Ausbau der Produktionskapazitäten. Diese Wohnungsbau- und Bruttoanlageinvestitionen leisteten im Jahr 2010 zusammen mit den Lagerinvestitionen einen deutlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Deutschland. Zudem dürften die langfristigen Kredite im Umfeld einer Zinswende auch von weiteren Umschuldungen aus kürzerfristigen Krediten heraus profitiert haben.

Einlagenentwicklung: Ungebrochen hoch

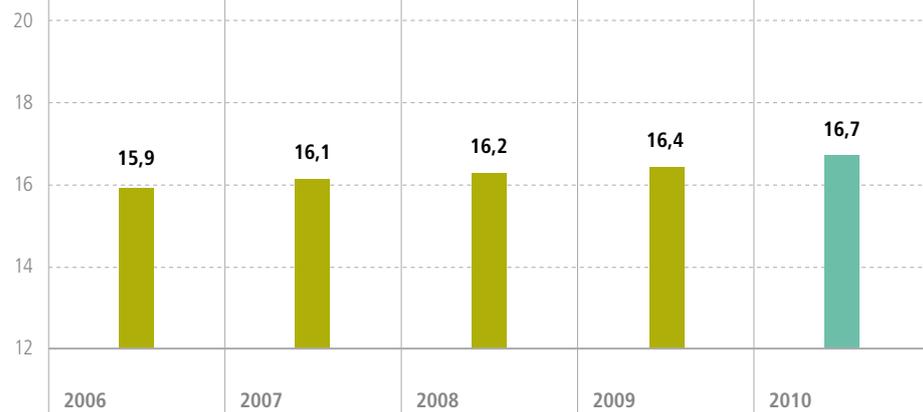
Insbesondere die Einlagenentwicklung war im Jahr 2010 nach wie vor von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise geprägt. Diese bescherte den Kreditgenossenschaften in Deutschland hohe Einlagenzuflüsse. Sicherheit war der bedeutende Faktor bei der Geldanlage vieler Kunden. Die Skepsis vieler Kunden gegenüber Wertpapierengagements (insbesondere im Aktien- und Fondsbereich) wirkte zudem einlagenfördernd. So wuchsen 2010 die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um mehr als 24 Milliarden Euro. Das entspricht einem Zuwachs von 5,1 Prozent auf 50 Milliarden Euro.

Sichtguthaben: Auf Rekordhöhe

Die Kunden bevorzugten dabei vor allem liquide Anlageformen. Ein Grund dafür ist die kundenseitige Erwartung künftig wieder steigender Zinsen. Am höchsten war der Einlagenzuwachs bei täglich fälligen Sichteinlagen. Hier lag er bei 21 Milliarden Euro. Insgesamt betrug der Sichteinlagenbestand knapp 225 Milliarden Euro. Er wuchs damit gegenüber dem Vorjahr um 10,6 Prozent. Mit 44 Prozent bilden die Sichteinlagen den insgesamt höchsten Strukturanteil an den Einlagen. Ein Jahr zuvor betrug dieser noch 42 Prozent. Weitere Ursachen für die weiterhin hohe Liquiditätspräferenz: das niedrige Zinsniveau, die geringen Zinsdifferenzen in den Laufzeitbändern und zwischen den Einlagenarten sowie die Erwartung der Kunden von kurzfristig steigenden Anlagezinssätzen. Termineinlagen und Sparbriefe waren dabei die großen Verlierer. Die Termineinlagen nahmen 2010 um 8,2 Prozent (7 Milliarden Euro) auf 77 Milliarden Euro ab. Auch der Sparbriefbestand verringerte sich. Er sank gegenüber 2009 um 8,7 Prozent auf knapp 19 Milliarden Euro.

Mitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken

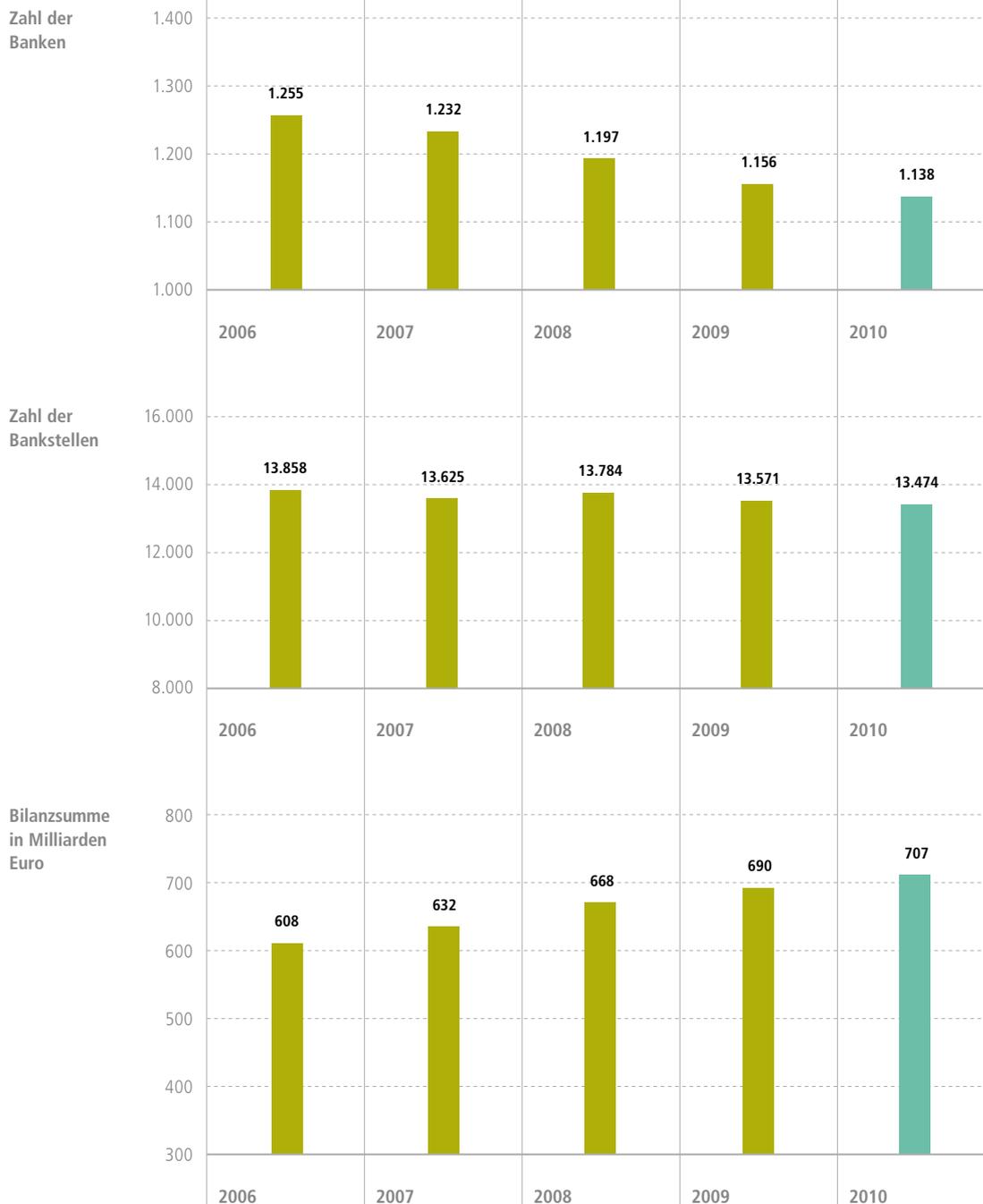
Entwicklung der Mitgliederzahl von 2006 bis 2010 in Millionen



Struktur der Mitglieder nach Berufsgruppen im Jahr 2010

Berufsgruppen	in Prozent
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1,0
Industrie und verarbeitendes Gewerbe	0,8
Baugewerbe	0,7
Groß- und Einzelhandel	1,0
Dienstleistungsunternehmen	1,6
Freie Berufe	0,9
Arbeitnehmer	51,2
Rentner, Pensionäre, Altenteiler	19,8
Körperschaften des öffentlichen Rechts	0,2
Sonstige	22,8

Banken, Bankstellen und Bilanzsummen der Volksbanken und Raiffeisenbanken von 2006 bis 2010



Durchschnittliche Bilanzsumme pro Bank

	Jahr	
Durchschnittliche Bilanzsumme pro Bank in Millionen Euro	1992	121
	1993	140
	1994	158
	1995	173
	1996	190
	1997	206
	1998	232
	1999	264
	2000	298
	2001	341
	2002	376
	2003	407
	2004	432
	2005	458
	2006	484
	2007	513
	2008	558
	2009	597
2010	621	

Fusionen

	Jahr	Fusionen	in Prozent
Veränderungsrate bei der Anzahl der Kreditgenossenschaften in Prozent	1992	236	-7,5
	1993	136	-4,7
	1994	115	-4,1
	1995	69	-2,6
	1996	85	-3,3
	1997	87	-3,5
	1998	168	-7,0
	1999	214	-9,5
	2000	240	-11,8
	2001	173	-9,6
	2002	132	-8,1
	2003	97	-6,5
	2004	57	-4,1
	2005	45	-3,4
	2006	35	-2,7
	2007	23	-1,8
	2008	35	-2,8
	2009	41	-3,4
2010	18	-1,6	

Spareinlagen: Hohe Mittelzuflüsse

Die traditionell hohe Sicherheitsorientierung der Kunden drückt sich in starken Mittelzuflüssen bei den Spareinlagen aus. So betrug Ende 2010 der Spareinlagenbestand 186 Milliarden Euro. Er lag damit um 6,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Das klassische Sparbuch wird von vielen Anlegern also weiterhin als sichere Geldanlage hoch geschätzt.

Kapitalausstattung: Angemessen steigende Bilanzsumme

Die Kreditgenossenschaften zeichnen sich vor allem durch eine hohe Kontinuität ihrer Bilanzstruktur und Kapitalbasis aus. Bilanzsumme und Eigenkapital wachsen stetig und parallel.

Die addierte Bilanzsumme stieg im Gesamtergebnis der Volksbanken und Raiffeisenbanken 2010 um 16 Milliarden Euro (2,3 Prozent) auf 707 Milliarden Euro.

Das **bilanzielle Eigenkapital** betrug Ende 2010 36,3 Milliarden Euro. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,8 Prozent. Die Rücklagen wurden erneut gestärkt (plus 3,6 Prozent). Auch die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) wuchsen um 4,2 Prozent. Mit der seit Langem weitestgehend konstant bleibenden Eigenkapitalquote – berechnet als bilanzielles Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme – verfügen die Kreditgenossenschaften über ausreichende Wachstumsspielräume. Sie liegt bei 5,1 Prozent. Damit bestand kein Anlass zur Bilanzverkürzung.

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind mit Eigenkapital und Liquidität gut ausgestattet, um ihr Kreditvolumen auch zukünftig weiter zu steigern. Sie haben gut 100 Milliarden Euro mehr Einlagen als Kredite im Bestand.

Die **regulatorische Eigenkapitalausstattung** der Volksbanken und Raiffeisenbanken ist ein Beleg für die hohe wirtschaftliche Solidität der genossenschaftlichen Bankengruppe: Das **Kernkapital** wuchs im Jahresvergleich um

4,5 Prozent auf 39,7 Milliarden Euro an. Die Kernkapitalquote verbesserte sich kräftig um 7,5 Prozent auf 11,5 Prozent. Der **Solvabilitätskoeffizient** stieg von 14,3 Prozent im Vorjahr auf 15,7 Prozent Ende 2010. Das ist ein Wachstum von fast 10 Prozent! Damit wurde – wie bereits in den Vorjahren – der Mindeststandard von 8 Prozent deutlich übertroffen. Zugleich wurde eine komfortable Ausgangslage geschaffen, um sich den künftigen Herausforderungen der bankaufsichtlichen Regulierungen – Stichwort „Basel III“ – zu stellen.

Fusionen: Leichte Abnahme

Der seit Jahren anhaltende Konsolidierungsprozess unter den Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich gegenüber den Vorjahren leicht verlangsamt. Im Jahresverlauf ist die Zahl der Kreditgenossenschaften um 18 Institute (1,6 Prozent) auf nun 1.138 Banken gesunken (Stand 31. Dezember 2010). Die Rückgänge in der genossenschaftlichen Finanzgruppe basierten ausschließlich auf Fusionen. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bilanzsumme je Institut auf mehr als 620 Millionen Euro. Die Spannweite bei den Bilanzsummen reicht unter den Kreditgenossenschaften von 14 Millionen Euro für die kleinste bis zu mehr als 39 Milliarden Euro für die größte Kreditgenossenschaft.

Engmaschiges Bankstellennetz

Die regionalen Bankenfusionen hatten keinen nennenswerten Einfluss auf die Anzahl der personenbesetzten Bankstellen, die den Kunden vor Ort für ihre Bankgeschäfte und ihre Fragen rund ums Geld flächendeckend zur Verfügung standen. Insgesamt unterhielten die Volksbanken und Raiffeisenbanken Ende 2010 12.336 Zweigstellen. Das sind 79 weniger als im Vorjahr. Die Gesamtsumme der Bankstellen (= Zweigstellen plus Hauptstellen) von Volksbanken und Raiffeisenbanken belief sich Ende 2010 auf 13.474. Das sind knapp 100 weniger als im Vorjahr. Dem leichten Abbau der Personen-Zweigstellen stand eine etwa gleich hohe Zunahme um 82 auf 3.201 SB-Zweigstellen gegenüber.

Mitgliedschaft: 300.000 neue Mitglieder

Das stabile und solide Geschäftsmodell der Kreditgenossenschaften wird weiterhin von vielen neuen Kunden und Mitgliedern nachgefragt. So steigen die Mitgliederzahlen der Volksbanken und Raiffeisenbanken weiter. Ende 2010 zählten die Volksbanken und Raiffeisenbanken 16,7 Millionen Personen und Unternehmen zu ihren Mitgliedern. Das sind gut 300.000 Personen (1,8 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Mitglieder ist damit fast doppelt so hoch wie die Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer in Deutschland (8,6 Millionen, Quelle: DAI). Der genossenschaftliche Anteilsbesitz ist beliebter als je zuvor. Nicht ohne Grund: Viele Banken bieten ihren Mitgliedern neben einer attraktiven jährlichen Dividende (durchschnittlicher Dividendensatz 2010: 5,5 Prozent) zunehmend auch andere erlebbare Mehrwerte oder Bonusprogramme. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder je Kreditgenossenschaft stieg auf knapp 14.700.

Ertragslage: Rekordniveau

Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland war das Geschäftsjahr 2010 unter Ertragsgesichtspunkten für die Kreditgenossenschaften ein Rekordjahr. Ihr Zinsüberschuss steigerte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Milliarden Euro auf 16,2 Milliarden Euro deutlich. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme stieg die Zinsspanne um 0,10 Prozentpunkte auf 2,33 Prozent. Dabei gingen die Zinsaufwendungen deutlich um 0,44 Prozentpunkte auf 1,74 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme zurück. Die Zinserträge sanken um 0,34 Prozentpunkte auf 4,07 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme.

Die rund zwei Drittel des Zinsüberschusses wurden im Jahr 2010 im Kundengeschäft mit Einlagen und Krediten erwirtschaftet, ein Drittel des Überschusses mit Fristentransformation. Eine steile Zinsstrukturkurve sowie ein auf historischem Tiefstwert von 1 Prozent liegender Leitzinssatz haben im Jahr 2010 die Fristentransformation begünstigt. Sie sicherten einen hohen Strukturbeitrag der Kreditgenossenschaften.

Angesichts einer stetigen konjunkturellen Erholung und der jüngsten Inflationswarnung der EZB dürfte eine mode-

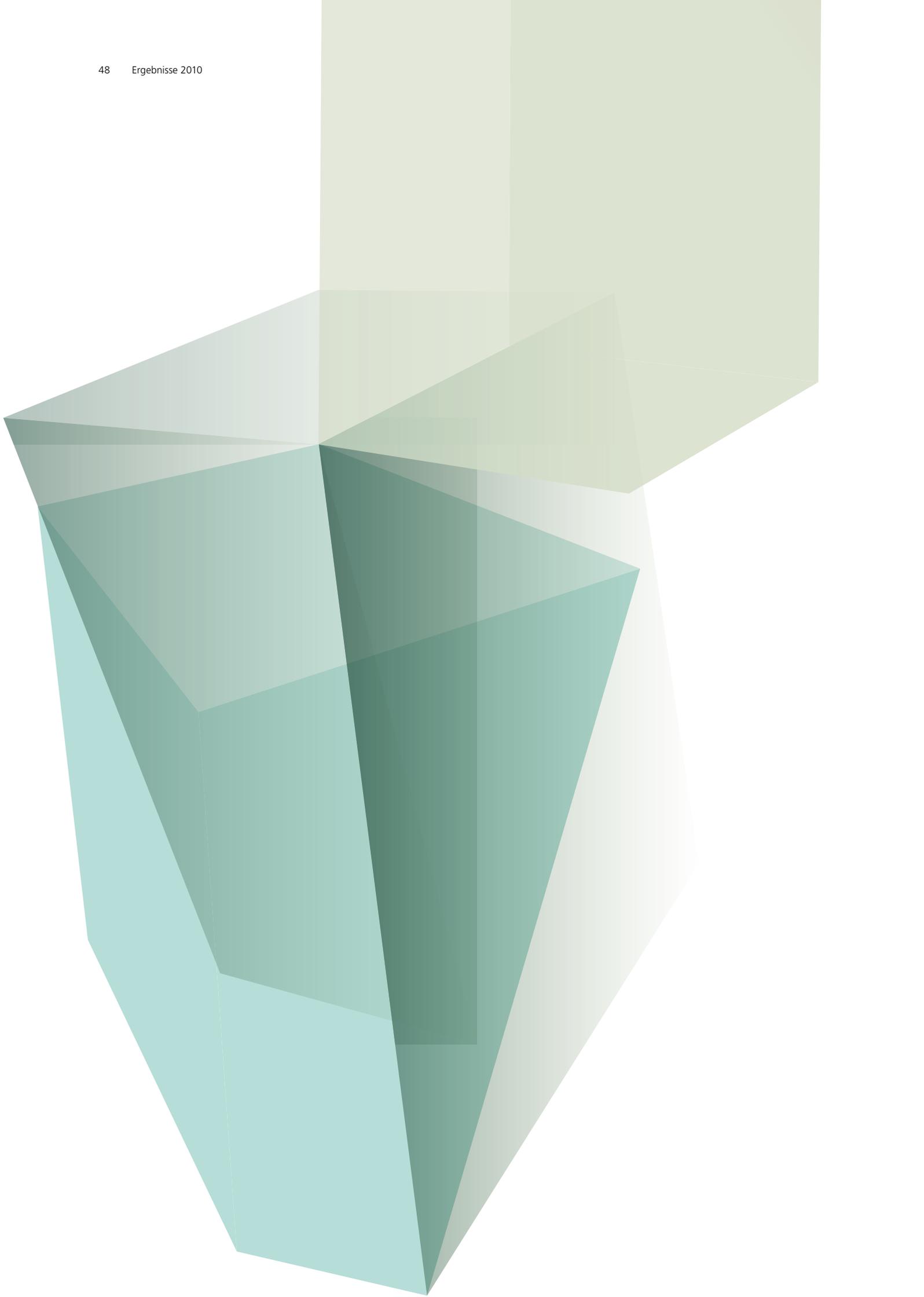
rate Erhöhung des Leitzinses im zweiten Quartal des laufenden Jahres erfolgen. Damit wird es 2011 voraussichtlich zum leichten Anstieg des allgemeinen Zinsniveaus – insbesondere am kurzen Ende der Strukturkurve – und einer sich daraus ergebenden Abflachung der Zinsstrukturkurve kommen. Dies würde die Erträge aus der Fristentransformation schmälern. Auch die geplanten verschärften Liquiditätsregeln werden die Möglichkeiten für Fristentransformation weiter einschränken.

Der Provisionsüberschuss der Kreditgenossenschaften wuchs im Jahr 2010 um 7,4 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro. In Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme stieg der Provisionsüberschuss von 0,58 Prozent für 2009 leicht auf 0,60 Prozent. Wie in den Vorjahren gehörten hier weiterhin die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und den Kontoführungsgebühren sowie aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft zu den größten Ertragsbringern.

Beim Provisionsergebnis ist im Jahr 2011 mit leichten Steigerungen zu rechnen. So wird insbesondere das Wertpapiergeschäft bei den Kunden wieder an Attraktivität gewinnen, um langfristige Anlage- und Renditeziele zu erreichen.

Dem Rohertrag von 20,4 Milliarden Euro standen 2010 allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 13,6 Milliarden Euro bzw. 1,95 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme gegenüber. Trotz der absolut gesehen leicht steigenden Personal- und Sachaufwendungen hat sich die Verwaltungskostenpanne gegenüber dem Vorjahr um 0,03 Prozentpunkte leicht reduziert. Die Personalaufwendungen betragen dabei 1,21 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme, die anderen Verwaltungsaufwendungen 0,76 Prozent.

In der Summe der erfolgsbestimmenden Faktoren lag das Teilbetriebsergebnis mit 6,8 Milliarden Euro (0,98 Prozent) der durchschnittlichen Bilanzsumme um 1,2 Milliarden Euro (0,15 Prozentpunkte) über dem Vorjahresniveau. Die Kosten-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio) entwickelte sich mit 66,6 Prozent im Jahr 2010 nach 70,6 Prozent im Vorjahr positiv.



Ertragsentwicklung der Volksbanken und Raiffeisenbanken Ende 2010

Erträge und
Aufwendungen
absolut und
in Prozent der
durchschnittlichen
Bilanzsumme
(DBS)

	2009 ¹ absolut in Mio. Euro	in Prozent der DBS	2010 ² absolut in Mio. Euro	in Prozent der DBS
Zinserträge	29.846	4,41	28.377	4,07
Zinsaufwendungen	14.785	2,18	12.132	1,74
Zinsüberschuss	15.061	2,23	16.245	2,33
Provisionsüberschuss	3.893	0,58	4.183	0,60
Allg. Verwaltungsaufwendungen	13.375	1,98	13.596	1,95
Teilbetriebsergebnis	5.579	0,83	6.832	0,98

¹ Quelle: Monatsbericht September 2010, Deutsche Bundesbank.

² Vorläufig, hochgerechnet gemäß Meldung der Regionalverbände, IV. Quartal 2010, unterstelltes Wachstum der DBS 3,02 Prozent.

Forderungen an Kunden

Forderungen
an Kunden

	Bestand Ende 2010 in Mio. Euro	Veränderungen zum Vorjahr Mio. Euro	Prozent
Kurzfristige Forderungen und Wechsel	32.097	-1.747	-5,2
Mittelfristige Forderungen	25.676	-179	-0,7
Langfristige Forderungen	348.443	17.969	5,4
Forderungen insgesamt	406.216	16.043	4,1

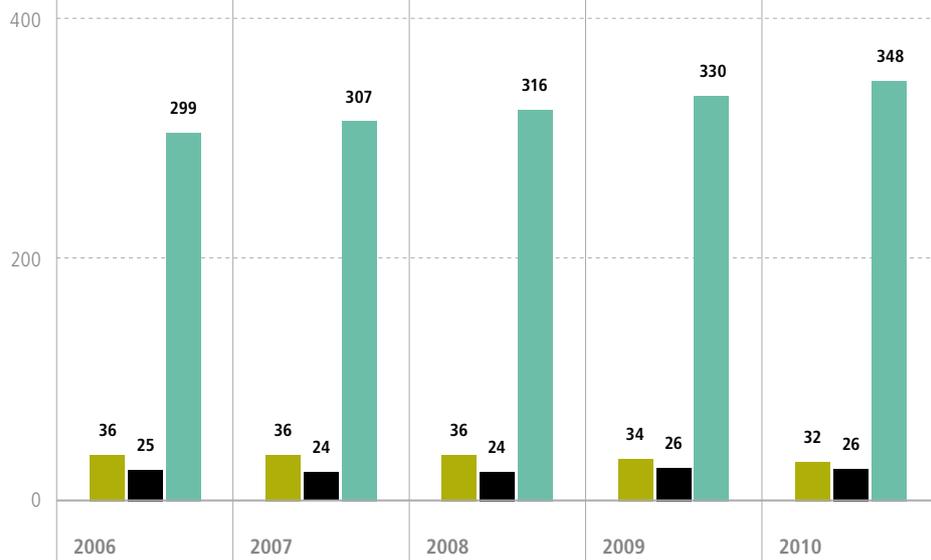
Struktur der
Forderungen
an Kunden
in Prozent

	2006	2007	2008	2009	2010
Kurzfristige Forderungen einschließlich Wechsel	10,1	9,9	9,6	8,7	7,9
Mittelfristige Forderungen	6,9	6,4	6,5	6,6	6,3
Langfristige Forderungen	83,0	83,6	83,9	84,7	85,8
Forderungen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Forderungen an Kunden bei Volksbanken und Raiffeisenbanken 2006 bis 2010

Forderungen an
Kunden bei Volks-
banken und
Raiffeisenbanken
2006 bis 2010
in Milliarden Euro

- Kurzfristige Forderungen einschließlich Wechsel
- Mittelfristige Forderungen
- Langfristige Forderungen



Kundeneinlagen

Einlagen

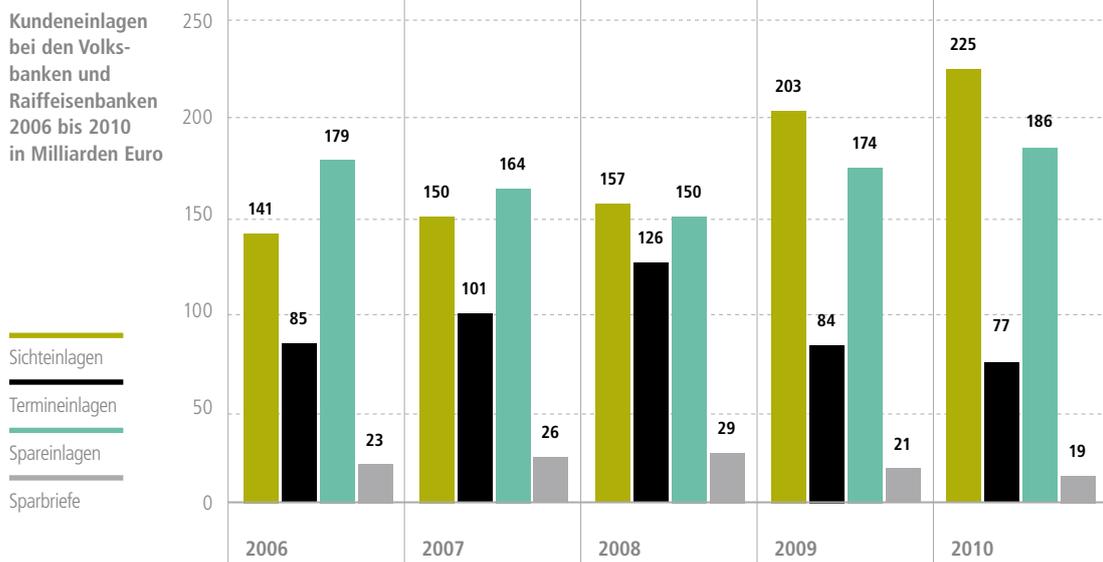
	Bestand Ende 2010 in Mio. Euro	Veränderungen zum Vorjahr Mio. Euro	Prozent
Sichteinlagen	224.691	21.463	10,6
Termineinlagen	77.040	-6.905	-8,2
Spareinlagen	186.034	11.690	6,7
Sparbriefe	18.927	-1.798	-8,7
Kundeneinlagen insgesamt	506.692	24.450	5,1
Inhaberschuldverschreibungen	27.086	-2.522	-8,5
Einlagen und Inhaberschuldverschreibungen	533.778	21.928	4,3

Einlagenstruktur
in Prozent

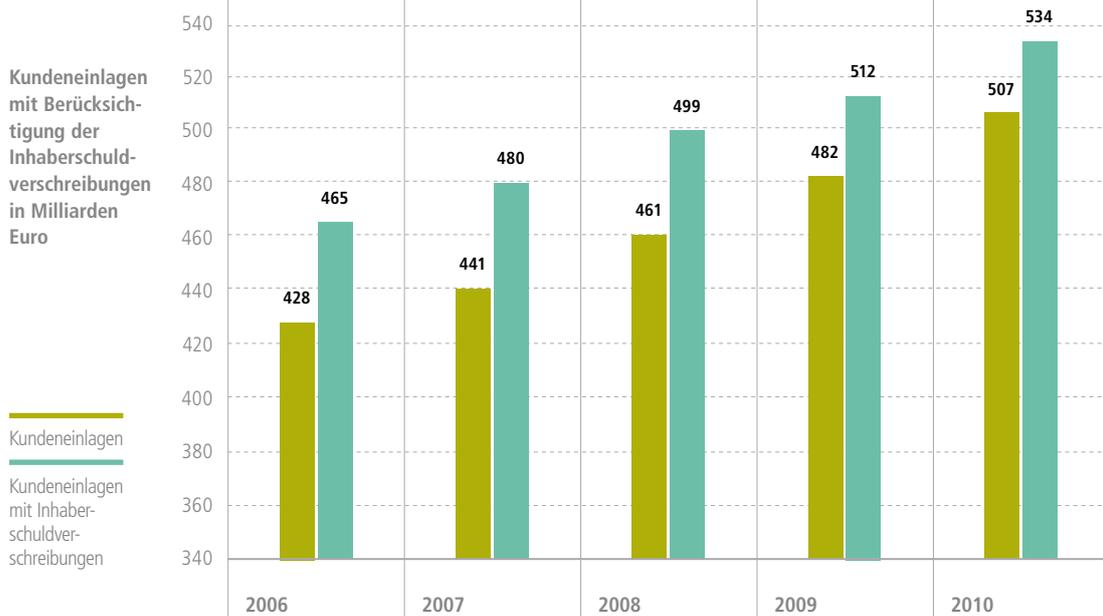
	2006	2007	2008	2009	2010
Sichteinlagen	33,0	34,0	34,0	42,1	44,3
Termineinlagen	19,9	22,9	27,3	17,4	15,2
Spareinlagen	41,8	37,1	32,5	36,2	36,7
Sparbriefe	5,3	6,0	6,2	4,3	3,7
Kundeneinlagen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Kundeneinlagen bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken 2006 bis 2010

Kundeneinlagen bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken 2006 bis 2010 in Milliarden Euro



Kundeneinlagen mit Berücksichtigung der Inhaberschuldverschreibungen in Milliarden Euro



Bilanz der Volksbanken und Raiffeisenbanken 2010

Aktiva	Bestände in Mio. Euro		Veränderung 2009/2010	
	2009	2010	in Mio. Euro	in Prozent
1. Barreserve	14.910	15.237	327	2,2
2. Forderungen an Banken				
insgesamt	75.519	70.781	-4.738	-6,3
a) Täglich fällige Forderungen an Banken (einschließlich Wechsel)	22.950	18.050	-4.900	-21,4
b) Termingelder bei Banken	52.569	52.731	162	0,3
3. Forderungen an Nichtbanken				
insgesamt	390.173	406.216	16.043	4,1
a) Kurzfristige Forderungen (einschließlich Wechsel)	33.844	32.097	-1.747	-5,2
b) Mittelfristige Forderungen	25.855	25.676	-179	-0,7
c) Langfristige Forderungen	330.474	348.443	17.969	5,4
4. Wertpapiere	178.542	183.542	5.000	2,8
5. Beteiligungen	11.471	11.526	55	0,5
6. Sachanlagen	8.624	8.579	-45	-0,5
7. Sonstige Aktiva	11.240	10.691	-549	-4,9
Bilanzsumme	690.479	706.572	16.093	2,3

Passiva

	Bestände in Mio. Euro		Veränderung 2009/2010	
	2009	2010	in Mio. Euro	in Prozent
1. Verbindlichkeiten gegenüber				
Banken insgesamt	108.094	100.668	-7.426	-6,9
a) Bankverbindlichkeiten	106.993	100.106	-6.887	-6,4
b) Verbriefte Verbindlichkeiten gegenüber Banken	1.101	562	-539	-49,0
2. Verbindlichkeiten gegenüber				
Nichtbanken insgesamt	482.242	506.692	24.450	5,1
a) Täglich fällige Verbindlichkeiten	203.228	224.691	21.463	10,6
b) Termineinlagen	83.945	77.040	-6.905	-8,2
c) Spareinlagen	174.344	186.034	11.690	6,7
d) Sparbriefe	20.725	18.927	-1.798	-8,7
3. Inhaberschuldverschreibungen				
im Umlauf	29.608	27.086	-2.522	-8,5
4. Genussrechtskapital	1.325	1.298	-27	-2,0
5. Eigenkapital	34.966	36.280	1.314	3,8
a) Gezeichnetes Kapital	9.385	9.781	396	4,2
b) Rücklagen	25.581	26.499	918	3,6
6. Sonstige Passiva	34.244	34.548	304	0,9
Bilanzsumme	690.479	706.572	16.093	2,3

DZ BANK Gruppe

Das Erfolgsmodell der DZ BANK Gruppe als verbundfokussierte Allfinanzgruppe der Volksbanken und Raiffeisenbanken hat sich auch im Geschäftsjahr 2010 eindrucksvoll bestätigt. Die gute Ergebnisentwicklung stärkt die Wettbewerbsposition der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Privatkundengeschäft, Firmenkundengeschäft, Transaction Banking und im verbundorientierten Kapitalmarktgeschäft.

Intensive Zusammenarbeit

2010 war für die DZ BANK Gruppe ein Jahr intensiver und erfolgreicher Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Die Ausrichtung auf die wichtigsten Kunden und Eigentümer wurde weiter verstärkt. Im Privatkundengeschäft, im Firmenkundengeschäft, im Transaction Banking sowie im verbundorientierten Kapitalmarktgeschäft wurden entscheidende Weichen für die erfolgreiche Zukunft der genossenschaftlichen FinanzGruppe gestellt.

Der intensiveren Einbindung der Genossenschaftsbanken in die Geschäftsstrategie der DZ BANK Gruppe dient auch der Allfinanzbeirat. Er nahm 2010 seine Arbeit auf. Vorstände aus der DZ BANK Gruppe arbeiten hier mit Vorständen der Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Vertretern des BVR an wichtigen Zukunftsthemen – etwa zum Einfluss neuer Medien auf das Bankgeschäft oder zum gemeinsamen Firmenkundengeschäft.

In einem Geschäftsjahr anspruchsvoller gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erzielte die DZ BANK Gruppe ein Ergebnis vor Steuern (IFRS) von rund 1,6 Milliarden Euro. Sie konnte das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr (836 Millionen Euro) fast verdoppeln.

Die positive Ergebnisentwicklung nutzte die DZ BANK Gruppe zu einer umfangreichen Stärkung ihrer Kapitalbasis: Die Kernkapitalquote erreichte 10,6 Prozent (2009: 9,9 Prozent). Mit der Stärkung der Substanz reagiert die DZ BANK Gruppe frühzeitig auf das sich durch Basel III verändernde regulatorische Umfeld, das einen erheblichen Mehrbedarf an Eigenkapital und Liquidität erfordern dürfte. So hat das strikte Kapitalmanagement auch weiterhin hohe Priorität. Die DZ BANK Gruppe wird die Basel-III-Anforderungen aus eigener Kraft bewältigen.

Der im Geschäftsjahr 2010 erzielte Jahresüberschuss der DZ BANK AG in Höhe von 156 Millionen Euro (Vorjahr: 302 Millionen Euro) ermöglicht die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 146 Millionen Euro, somit 0,12 Euro pro Aktie, die der Hauptversammlung vorgeschlagen wird.

Ergebnisse der DZ BANK Gruppe

Die operativen Erträge der DZ BANK Gruppe stiegen von 4 Milliarden (2009) auf 4,5 Milliarden Euro (2010). Die Provisionen und Bonifikationen an die Volksbanken und Raiffeisenbanken erreichten 2010 ein Rekordniveau.

In der DZ BANK AG konnte das Mittelstandskreditgeschäft 2010 deutlich ausgeweitet werden. Die Zahl der Neuansträge stieg um 17 Prozent. Im Förderkreditgeschäft erhöhte sich das Neugeschäftsvolumen um fast 50 Prozent. Es erzielte einen neuen Rekordwert. Auch das Privatkundengeschäft entwickelte sich sehr erfolgreich. So war 2010 auch der Absatz der Qualitätsmarke „AKZENT Invest“ ein starker Beleg für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Das Absatzvolumen bei Anlagezertifikaten erhöhte sich von 3,3 Milliarden auf 3,7 Milliarden Euro. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken stellt die DZ BANK AG mit „AKZENT Invest“ rund ein Sechstel des Marktes für Zertifikate in Deutschland. Im Segment der Kapitalschutzzertifikate lag der Marktanteil der DZ BANK AG sogar bei mehr als 43 Prozent.

Bei den Tochtergesellschaften wuchs das Bausparneugeschäft der Bausparkasse Schwäbisch Hall um fast 14 Prozent auf 28,7 Milliarden Euro. Es wurden mehr als 900.000 Verträge und damit 100.000 mehr als im Vorjahr abgeschlossen.

DZ BANK Gruppe (nach IFRS)

Kennzahlen
in Mio. Euro

	2010	2009
Ertragslage		
Operatives Ergebnis ¹	1.876	1.519
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-258	-683
Konzernergebnis vor Steuern	1.618	836
Konzernergebnis	1.125	346
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	58,0	62,0
Vermögenslage		
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	73.614	61.100
Forderungen an Kunden	116.275	112.796
Handelsaktiva	68.047	91.190
Finanzanlagen	58.732	61.429
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	57.996	53.426
Übrige Aktiva	8.800	8.584
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	104.156	55.556
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84.935	77.146
Verbriefte Verbindlichkeiten	55.189	65.532
Handelspassiva	57.691	113.468
Versicherungstechnische Rückstellungen	56.216	52.351
Übrige Passiva	14.550	14.239
Eigenkapital	10.727	10.233
Bilanzsumme	383.464	388.525
Geschäftsvolumen²	588.909	581.292
Bankaufsichtsrechtliche Kennziffern gemäß SolvV		
Gesamtkennziffer (in Prozent)	12,7	12,4
Kernkapitalquote (in Prozent)	10,6	9,9
Derivative Finanzinstrumente		
Nominalvolumen (in Mio. Euro)	1.040.585	1.087.260
Positive Marktwerte (in Mio. Euro)	24.533	24.660
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (Anzahl)	26.800	25.636

¹ Operative Erträge (Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Handelsergebnis + Ergebnis aus Finanzanlagen + Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten + Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft + Sonstiges betriebliches Ergebnis) abzüglich Verwaltungsaufwendungen.

² Bilanzsumme einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen, Treuhandgeschäft und Assets under Management der Union Investment Gruppe.

Der Marktanteil erhöhte sich von 28,1 auf 28,6 Prozent. Auch der R+V Versicherung Teilkonzern setzte seinen Wachstumskurs in allen Versicherungssparten mit einem Anstieg der Beiträge um 5,5 Prozent auf 11,1 Milliarden Euro fort. Union Investment steigerte die Assets under Management von knapp 166 Milliarden Euro (2009) auf den neuen Höchststand von mehr als 177 Milliarden Euro (2010). Die TeamBank weitete mit ihrem Konsumentenkredit „easyCredit“ den Darlehensbestand um rund 10 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro aus und verzeichnete ein deutlich über dem Markt liegendes Wachstum. Auch die DZ PRIVATBANK Gruppe entwickelte sich in ihren Geschäftsfeldern im Jahr 2010 ausgesprochen erfreulich, insbesondere im Hinblick auf die ihr seit dem Berichtsjahr zukommende Funktion als Center of Competence für das Private Banking. Sie konnte ihre verwalteten Anlagemittel um 0,4 Milliarden Euro auf 10,5 Milliarden Euro steigern.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich in der DZ BANK Gruppe gegenüber 2009 um 14,0 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro. Dies ist maßgeblich auf die Entwicklung des Zinsergebnisses ohne Beteiligungserträge in der DZ BANK AG zurückzuführen. Es legte um rund 37 Prozent auf 415 Millionen Euro zu. Darüber hinaus verzeichneten die TeamBank, DG HYP sowie die DZ PRIVATBANK Gruppe substantielle Steigerungen des Zinsergebnisses.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich in der DZ BANK Gruppe auf 258 Millionen Euro (Vorjahr: 683 Millionen Euro). Sie spiegelt die wirtschaftliche Erholung sowie eine konsequente Risikopolitik wider.

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich in der DZ BANK Gruppe deutlich um 26,6 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 879 Millionen Euro). Haupttreiber dafür war der kräftige Anstieg bei der Union Investment Gruppe aufgrund der deutlich gestiegenen Assets under Management. Des Weiteren nahm das Provisionsergebnis vor allem im DVB-Teilkonzern und in der DZ BANK AG zu.

Das Handelsergebnis der DZ BANK Gruppe erreichte mit 1,02 Milliarden Euro annähernd das Niveau des Vorjahres (1,07 Milliarden Euro). Es wurde wesentlich vom Handelsergebnis der DZ BANK AG in Höhe von 990 Millionen Euro bestimmt.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit –708 Millionen Euro rund 12 Prozent unter dem Vorjahreswert von –635 Millionen Euro. In dem Ergebnis sind Wertberichtigungen auf ABS-Bestände enthalten, mit denen eine umfassende Bevorratung des ABS-Portfolios vorgenommen wurde.

Das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft erhöhte sich gegenüber 2009 von 314 Millionen Euro auf 406 Millionen Euro. Der Anstieg resultiert insbesondere aus einem deutlich verbesserten Ergebnis aus Kapitalanlagen des R+V Versicherung Teilkonzerns.

Die Verwaltungsaufwendungen lagen in der DZ BANK Gruppe mit 2,6 Milliarden Euro um 4,3 Prozent höher als im Vorjahr (2,5 Milliarden Euro). Bei einer gleichbleibend hohen Kostensensibilität in der DZ BANK Gruppe ist der Anstieg auf gezielte Investitionen in Wachstumsfelder zurückzuführen, wie etwa die Anlaufkosten für den Ausbau der Private-Banking-Aktivitäten.

Die Aufwand-Ertrags-Relation des Geschäftsjahres belief sich in der DZ BANK Gruppe auf 58,0 Prozent (Vorjahr: 62,0 Prozent).

Nach Ertragsteuern in Höhe von –493 Millionen Euro (Vorjahr: –490 Millionen Euro) beläuft sich das Konzernergebnis der DZ BANK Gruppe auf 1.125 Millionen Euro (Vorjahr: 346 Millionen Euro).

Die Bilanzsumme der DZ BANK Gruppe verringerte sich zum 31. Dezember 2010 um 1,3 Prozent auf 383,5 Milliarden Euro (31. Dezember 2009: 388,5 Milliarden Euro).

WGZ BANK

Die WGZ BANK hat sich auch im Geschäftsjahr 2010 in einem schwierigen und wettbewerbsintensiven Umfeld gut behauptet. Die Rücklagen wurden abermals kräftig gestärkt. Die Eigentümer erhalten eine Dividende auf unverändert hohem Niveau.

WGZ BANK: Jahresüberschuss mit neuem Höchstwert

Der Jahresüberschuss vor Steuern der WGZ BANK erreichte mit 174,1 Millionen Euro einen neuen Höchstwert. Aufgrund des erheblich gestiegenen Steueraufwandes sank der Jahresüberschuss nach Steuern leicht um 0,8 Prozent auf 89,8 Millionen Euro. Das IFRS-Ergebnis der Gruppe nahm aufgrund der Wertberichtigungen des Staatsanleihenportfolios um 145,9 Millionen Euro auf 142,0 Millionen Euro ab. Die Cost-Income-Ratio der Bank lag mit 39,0 Prozent deutlich unter dem bankinternen Zielwert von 50 Prozent. In der Gruppe beträgt die Cost-Income-Ratio 58,1 Prozent.

Das bilanzielle Eigenkapital der WGZ BANK-Gruppe beläuft sich auf 3,1 Milliarden Euro. Die Gesamtkennziffer nach der SolvV stieg von 12,3 Prozent auf 13,9 Prozent. Die Kernkapitalquote legte von 9,2 Prozent auf 10,3 Prozent zu. Unverändert handelt es sich dabei ausschließlich um hartes Kernkapital: Grundkapital, Gewinnrücklagen, Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Der Zinsüberschuss – inklusive der laufenden Erträge der WGZ BANK – sank nach der HGB-Rechnungslegung um 12,5 Prozent auf 323,4 Millionen Euro. Gründe dafür:

ein Sondereffekt bei laufenden Erträgen im Vorjahr und eine veränderte Bilanzierung nach dem BilMoG. In den Vorjahren ausgewiesene Ergebnisse aus Handelsbeständen in Höhe von 78,1 Millionen Euro sind nunmehr im Nettoertrag des Handelsbestands verbucht. Der Provisionsüberschuss stieg aufgrund einer starken Ausweitung des Kundengeschäftes um 27,7 Prozent. Im Nettoertrag des Handelsbestands zeigt sich wiederum die veränderte Bilanzierung nach dem BilMoG. Das ausgewiesene Ergebnis verdreifachte sich nahezu. Auch ohne den BilMoG-Effekt läge das Handelsergebnis noch über dem Vorjahreswert. Zinsüberschuss und Nettoertrag des Handelsbestands legten zusammen gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Prozent zu.

Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich um 7,4 Prozent. Während die Personalkosten aufgrund der tariflichen Lohnerhöhungen und einer gestiegenen Mitarbeiterzahl leicht zunahmen, gingen die Sachaufwendungen merklich zurück. Sowohl gesunkene DV- als auch niedrigere Projektkosten waren hierfür verantwortlich. Das gute operative Ergebnis erlaubte eine weitere erhebliche Stärkung der Reserven gemäß §340f HGB in Höhe von 135 Millionen Euro.

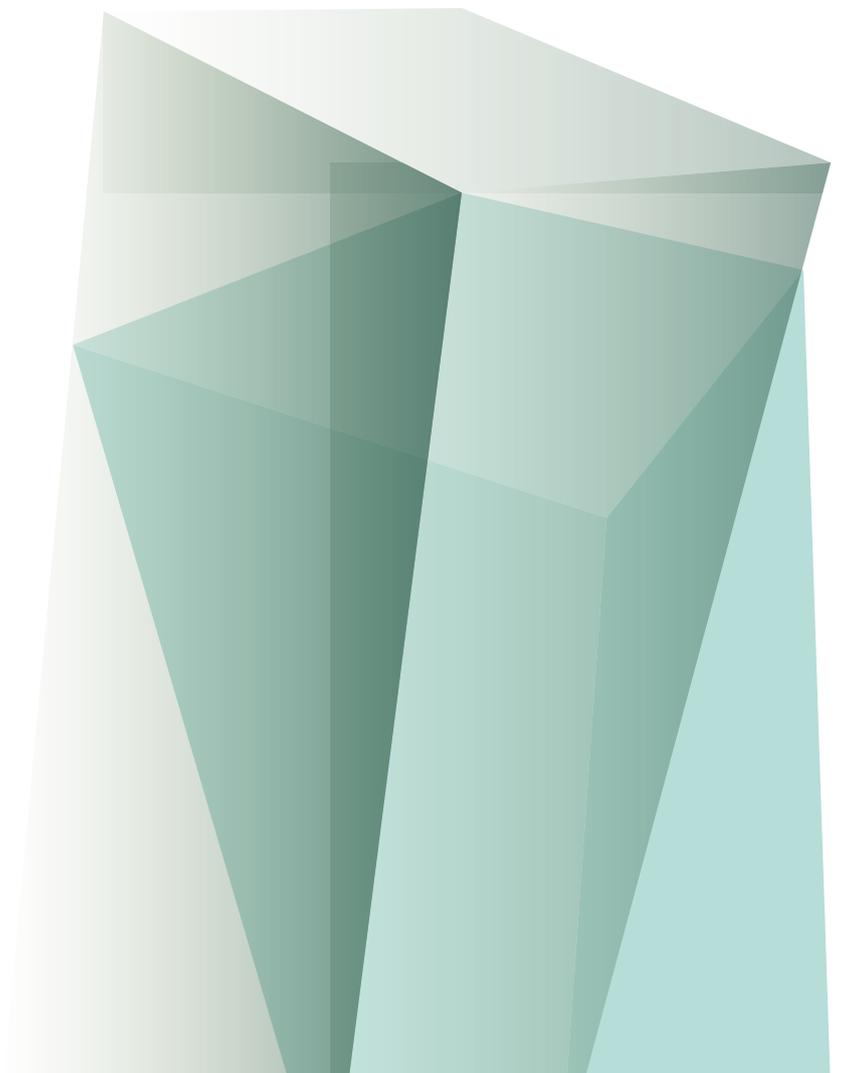
WGZ BANK-Gruppe: Leistungsfähigkeit bewiesen

Der Zinsüberschuss nach IFRS in der Gruppe stieg um 20 Prozent bzw. 69,1 Millionen Euro. Dazu haben alle Unternehmen der Gruppe beigetragen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft nahm um 98,9 Millionen Euro ab. Dies ist ein Effekt der guten konjunkturellen Entwicklung. Zugleich ist der Rückgang ein Beleg für die Qualität der Kreditportfolios der WGZ BANK-Gruppe.

Der Provisionsüberschuss legte um 13,7 Prozent zu. Auch hierin zeigt sich die operative Leistungsfähigkeit der Gruppe. Der Anstieg betrifft nahezu alle Geschäftsbereiche. Lediglich bei der WL BANK ist der Provisionsüberschuss aufgrund des Vermittlungsgeschäftes der Primärbanken traditionell negativ.

Das Handelsergebnis hat unter den Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise gelitten. Das negative Ergebnis ist auf Wertbeeinträchtigungen des Staatsanleihenportfolios der WL BANK zurückzuführen. Diese sind eine Folge der in der WL BANK vorgenommenen strengen Einordnung der Staatsanleihen nach Fair Value. Bei einer als branchenüblich anzusehenden anderen Bewertung hätte sich ein deutlich positives Handelsergebnis ergeben. Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist wieder positiv. Der Verwaltungsaufwand in der Gruppe hat abgenommen.

Das Ergebnis vor Steuern zeigt sich mit 163,6 Millionen Euro aufgrund des negativen Handelsergebnisses gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 142,0 Millionen Euro.



Ertragslage der WGZ BANK nach HGB

	31.12.2009 Mio. Euro	31.12.2010 Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	369,3	323,3	-12,4
Provisionsüberschuss	68,5	87,5	27,7
Nettoertrag des Handelsbestands	36,5	108,1	>+100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,2	4,4	-60,7
Verwaltungsaufwand	-220,1	-203,9	-7,4
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	265,4	319,5	20,4
Risikovorsorge	-170,0	-170,0	0,0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	95,4	149,5	56,7
Saldo sonstiges Geschäft	17,7	24,6	39,0
Steuern	-22,6	-84,3	>+100
Jahresüberschuss nach Steuern	90,5	89,8	-0,8
Cost-Income-Ratio	45,3	39,0	

Ertragslage der WGZ BANK-Gruppe nach IFRS

	31.12.2009 Mio. Euro	31.12.2010 Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	345,8	414,9	20,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-127,0	-28,1	-77,9
Provisionsüberschuss	69,5	79,0	13,7
Handelsergebnis	364,4	-38,7	<-100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-10,9	7,4	<-100
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-5,0	-11,0	>+100
Verwaltungsaufwand	-280,4	-266,0	-5,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1,8	6,1	>+100
Ergebnis vor Steuern	358,2	163,6	-54,3
Steuern	-70,3	-21,6	-69,3
Ergebnis nach Steuern	287,9	142,0	-50,7
Cost-Income-Ratio	36,6	58,1	

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall hat 2010 mit einem überdurchschnittlichen Wachstum ihre Marktführerschaft eindrucksvoll bestätigt. Das Bausparneugeschäft der größten deutschen Bausparkasse ist um 13,6 Prozent auf eine Bausparsumme von 28,7 Milliarden Euro gewachsen. 902.000 Verträge wurden bei Schwäbisch Hall abgeschlossen. Das sind 100.000 mehr als im Vorjahr. Der Marktanteil verbesserte sich um einen halben Prozentpunkt auf 28,6 Prozent.

Das Neugeschäft verzeichnete dabei einen besonders starken qualitativen Zuwachs. Die Sparleistungen der Kunden sind um 17 Prozent auf 8,3 Milliarden Euro gestiegen. Der Bestand an Bauspareinlagen erreichte mit 35,7 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Neben dem hohen Spargeldeingang gab es 2010 eine weit überdurchschnittliche Einlösequote der Verträge. Bei Schwäbisch Hall lag dieser Wert im Durchschnitt der vergangenen Jahre bei mehr als 95 Prozent. Als beispielhaft für die gesamte Branche gilt ferner das von Schwäbisch Hall eingeführte Produktinformationsblatt.

Ausgezeichnete Wohn-Riester-Angebote

Im Wohn-Riester-Geschäft verzeichnete Schwäbisch Hall mit 112.000 Verträgen gegenüber 2009 ein Plus von knapp 14 Prozent. Die Wohn-Riester-Angebote wurden 2010 mehrfach ausgezeichnet. Allein die Zeitschrift Finanztest kürte Schwäbisch Hall zweimal zum Testsieger.

Gemeinsam mit der genossenschaftlichen FinanzGruppe betreut Schwäbisch Hall in Deutschland 6,7 Millionen Bausparer mit 7,2 Millionen Verträgen, deren Bausparsumme

sich auf 225 Milliarden Euro beläuft – deutlich wurden dabei alle Vorjahreswerte übertroffen.

Baufinanzierung: Wachstum gegen den Trend

Im zweiten Kerngeschäftsfeld, der Baufinanzierung, hat Schwäbisch Hall 2010 mit einem Plus von 9 Prozent ein Rekordvolumen von 10,8 Milliarden Euro erreicht. Während der gesamte Baufinanzierungsmarkt rückläufig war, konnte Schwäbisch Hall deutlich wachsen. Hinzu kamen noch 4,8 Milliarden Euro an Baufinanzierungen der genossenschaftlichen Banken, die mit einem Bausparvertrag von Schwäbisch Hall verbunden sind.

Ausland: Kreditvolumen wächst zweistellig

Im Ausland betreuen 7.600 Mitarbeiter rund 3,4 Millionen Kunden. Insgesamt wurden 730.000 Verträge in den ausländischen Beteiligungsgesellschaften abgeschlossen, ein Plus von 4,8 Prozent. Das Vertragsvolumen in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und China wuchs 2010 um 5,3 Prozent auf 8,7 Milliarden Euro. Das vermittelte Baufinanzierungsgeschäft erhöhte sich um 17,1 Prozent auf 2,1 Milliarden Euro. Das kumulierte Ergebnis vor Steuern verbesserte sich um 39 Millionen auf 159 Millionen Euro. Die Beteiligungsgesellschaften erwirtschafteten 34 Millionen Euro an Dividendenerträgen.

Neubauten: Weiterer Anstieg erwartet

Auch künftig gibt es große Potenziale für das Bausparen. Nach dem historischen Tief im Wohnungsneubau mit 159.000 Neubauten im Jahr 2009 stieg die Zahl der Neubauten 2010 auf rund 180.000. Für 2011 rechnet die Bausparkasse Schwäbisch Hall mit einem Anstieg auf 200.000 Neubauten. Zusätzliche Impulse gehen vom Renovierungsmarkt aus. Branchenerhebungen zufolge liegt das Modernisierungsvolumen in den kommenden Jahren bei rund 60 Milliarden Euro – und Bausparen ist mit rund 75 Prozent die meistgenutzte Finanzierungsform für Modernisierungen.

DG HYP

Die DG HYP – der Spezialist für gewerbliche Immobilienfinanzierungen der genossenschaftlichen FinanzGruppe – steigerte ihr Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung 2010 erneut. Bei der Auswahl ihrer Engagements konzentrierte sich die DG HYP auf qualitativ gutes Geschäft mit ausgewogenem Risiko-Ertrags-Profil. Mit 4,6 Milliarden Euro übertrifft das Neugeschäftsvolumen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung den bereits hohen Vorjahreswert um 10,5 Prozent. Mit diesem Neugeschäftsergebnis hat sie sich als einer der führenden deutschen Immobilienfinanzierer am Markt etabliert.

Mit Blick auf seine Größe und Stabilität ist der deutsche Gewerbeimmobilienmarkt attraktiv. Er bietet sowohl für die genossenschaftliche FinanzGruppe als auch für die weitere Entwicklung der DG HYP gute Perspektiven. Auch bei internationalen Anlegern steht der deutsche Markt derzeit im Fokus. So wird die DG HYP auch 2011 ihre gute Position im Heimatmarkt konsequent ausbauen.

Zusammenarbeit intensiviert

Besonders erfolgreich ist das Geschäft innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe verlaufen. Für diese entwickelte die DG HYP ihr Produkt- und Dienstleistungsangebot 2010 konsequent weiter. Das Volumen des gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken dargestellten Geschäftes stieg 2010 um 54 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro. Ziel für die kommenden Jahre ist es, die Markterschließung und den Kompetenzaufbau in der

gewerblichen Immobilienfinanzierung sowie die partnerschaftliche Kreditvergabe weiter auszubauen.

Angebot weiterentwickelt

Nach einer erfolgreichen Pilotphase wurde Anfang 2010 mit dem IMMO META REVERSE+ eine neue Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Markt eingeführt. Dieses neue, schlanke Produkt bietet Banken die Möglichkeit, einzelne Abschnitte einer abgeschlossenen Finanzierung der DG HYP zu übernehmen. Dies stieß bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken auf großes Interesse. Ein weiteres Produkt ist der IMMO META. Hier beteiligt sich die DG HYP gleichrangig an gewerblichen Finanzierungen der Volksbanken und Raiffeisenbanken für mittelständische Immobilienkunden in der Region. Der IMMO META REVERSE bietet Genossenschaftsbanken die Möglichkeit, sich bereits in der Valutierungsphase an ausgewählten großvolumigen gewerblichen Finanzierungen der DG HYP in ihrer Region zu beteiligen. Mit dem IMMO VR RATING hat die DG HYP ergänzend zu ihrem Produktangebot ein webbasiertes Ratingverfahren entwickelt, mit dem die Volksbanken und Raiffeisenbanken verbundeneinheitlich die Ausfallrisiken gewerblicher Immobilien messen können.

Die DG HYP betreibt die gewerbliche Immobilienfinanzierung mit Investoren und als Partner der über 1.100 Volksbanken und Raiffeisenbanken. Mit ihren sechs Immobilienzentren in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München ist die DG HYP in Deutschland flächendeckend präsent. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Kreditvergabe an Körperschaften des öffentlichen Rechts.

VR Kreditwerk AG

Die Kreditwerk-Gruppe ist in der genossenschaftlichen FinanzGruppe der strategische Partner für Banken, Bausparkassen und weitere Finanzdienstleister, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Effizienz ihrer Kreditprozesse zu erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Mit einem Portfolio von rund 8 Millionen Darlehens- und Bausparverträgen und 2.200 Mitarbeitern an neun Standorten ist die VR Kreditwerk AG (Schwäbisch Hall) zusammen mit ihren Unternehmenstöchtern Hypotheken Management GmbH (Mannheim) und VR Kreditservice GmbH (Hamburg) Marktführer in der industriellen Bearbeitung von Krediten und Bausparprodukten.

Immobilienfinanzierung gefragt

Kundenseitig gefragt waren im zurückliegenden Geschäftsjahr vor allem Angebote rund um die private Immobilienfinanzierung. Davon profitierten viele Auftraggeber des Kreditwerks innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Gründe für diese positive Entwicklung sind die stabile Wirtschaftsentwicklung, das für Bauherren attraktive Zinsniveau und nicht zuletzt der deutliche Vertrauenszuwachs, den die genossenschaftliche Idee seit Beginn der Finanzkrise verzeichnet hat.

Der größte Auftraggeber des Kreditwerks, die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (siehe Seite 62), konnte im Jahr 2010 dank einer überdurchschnittlichen Neugeschäftsentwicklung seinen Marktanteil erneut ausbauen. Im Auftrag der Bausparkasse bearbeitete das Kreditwerk rund 895.000 Bausparneuanträge und 191.000 Neukredite. Dabei konnte das Kreditwerk die für die Bausparkasse erzielten Effizienzvorteile weiter ausbauen. Seit der Kreditwerk-Gründung im Jahr 2000 wurden etwa die Kosten für die

Neuanlage eines Bausparvertrags um 56 Prozent gesenkt. Auch das Kunden-Service-Center (KUC) des Kreditwerks steigerte 2010 sein Geschäftsaufkommen. So wurden etwa rund 2,6 Millionen Anrufe von Kunden und Außendienstmitarbeitern der Bausparkasse beantwortet.

Förderkreditgeschäft wächst

Auch das Förderkreditgeschäft, das vom Kreditwerk im Auftrag der DZ BANK AG bearbeitet wird, verzeichnete weiteres Wachstum. Im Neugeschäft wurden knapp 105.000 Kredite bearbeitet. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 24 Prozent. Erneut hat der Bereich „Processing Förderkredite“ 2010 das Prüfzeichen „Service-Qualität“ der TÜV SÜD Management Service GmbH erhalten. Diese bescheinigte dem Kreditwerk eine ausgeprägte Servicekultur und die stetige Weiterentwicklung von Servicegedanken und Prozessen.

Marktstellung ausgebaut

Als flexibler, auf den speziellen Bedarf der Genossenschaftsbanken ausgerichteter Dienstleister innerhalb der Kreditwerk-Gruppe hat die VR Kreditservice im Geschäftsjahr 2010 ihre Marktstellung weiter ausgebaut. An den Processing- und Beratungsangeboten und auch der Softwarelösung BauFi FastLane zeigten sich 2010 viele Banken besonders interessiert. Die VR Kreditservice stellt die Anwendung BauFi FastLane für die automatisierte Bearbeitung von Baudarlehen Genossenschaftsbanken auch unabhängig von einer Zusammenarbeit im Processing zur Verfügung.

Münchener Hypothekbank eG

Die für das Geschäft der Münchener Hypothekbank (MünchenerHyp) relevanten Immobilienmärkte zeigten sich 2010 in guter Verfassung – zumindest waren deutliche Anzeichen einer Erholung erkennbar. Allen voran entwickelte der deutsche Markt für Wohnimmobilien eine erfreuliche Dynamik. Die Chancen, die sich aus dem verbesserten Marktumfeld ergaben, nutzte die Münchener Hypothekbank: Das Neugeschäft im Jahr 2010 wurde ausgeweitet.

Hypothekenneugeschäft deutlich gesteigert

Insgesamt hat die MünchenerHyp Hypothekendarlehen mit einem Volumen von 3,6 Milliarden Euro zugesagt. Damit wurde der durch die Finanzmarktkrise und Rezession bedingte Rückgang im Jahr 2009 weitgehend ausgeglichen. Der überwiegende Teil der Zuwächse entfiel dabei – wie geplant – auf die private Immobilienfinanzierung. Zentraler Vertriebspartner waren auch im vergangenen Jahr die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Das Produktangebot der MünchenerHyp mit langfristiger Zinssicherheit und hoher Flexibilität verschaffte den genossenschaftlichen Partnerbanken klare Wettbewerbsvorteile. Darüber hinaus profitierte die MünchenerHyp in der privaten Immobilienfinanzierung von der großen Nachfrage nach Baufinanzierungen in Deutschland. Gründe dafür waren das im langjährigen Vergleich sehr niedrige Zinsniveau in Verbindung mit den aufkeimenden Inflations Sorgen.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung boten sich – nach einer deutlichen Reduzierung des Neugeschäftes im Jahr 2009 – wieder verstärkt attraktive Geschäftsmöglichkeiten. Diese wurden sukzessive und risikobewusst wahr-

genommen. Hier konzentriert sich die MünchenerHyp auf den deutschen Markt sowie das westeuropäische Ausland – insbesondere Großbritannien und Frankreich.

Pfandbrief als Qualitätsprodukt

Der Pfandbrief behauptete sich 2010 an den Kapitalmärkten als Qualitätsprodukt. Er entwickelte sich besser als andere Covered Bonds. Auch die Pfandbriefe der MünchenerHyp waren im vergangenen Jahr sehr gefragt. Das traf vor allem auf die Jumbo-Pfandbriefemissionen zu, die für großes Aufsehen an den Kapitalmärkten sorgten. Sie konnten zu sehr attraktiven Bedingungen platziert werden. Ausschlaggebend für den guten Absatz der Pfandbriefe sind die gute Vernetzung der Bank im Kapitalmarkt, die kontinuierliche Pflege der Kontakte zu den Investoren und ihr hohes Ansehen als Mitglied der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dadurch hat sich die MünchenerHyp eine hohe Reputation erarbeitet. Als geschätzter Partner im Kapitalmarkt genießt sie das Vertrauen vieler Investoren.

Bestände ausgeweitet

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 35,2 Milliarden Euro nach 35,7 Milliarden Euro im Vorjahr. Aufgrund des guten Neugeschäftes konnten die Bestände an Hypotheken- und sonstigen Baufinanzierungsdarlehen deutlich um 1,8 Milliarden Euro auf 18,4 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Das positive Marktumfeld hat es der MünchenerHyp ermöglicht, den Zinsüberschuss und das Betriebsergebnis zu steigern.

Im aktuellen Geschäftsjahr will die MünchenerHyp den eingeschlagenen nachhaltigen Wachstumspfad fortsetzen. Dazu will die Bank in ihren Kerngeschäftsfeldern sukzessive und organisch wachsen. Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin auf der privaten inländischen Immobilienfinanzierung. Strategisches Ziel ist der Ausbau der Marktposition – insbesondere im Geschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken.

WL BANK

Das Geschäftsjahr 2010 verlief für die WL BANK trotz Staatenkrise und der Nachwirkungen der Finanzkrise zufriedenstellend. Vor allem im Geschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken entwickelte sich das Neugeschäftsvolumen sehr gut. Die Partnerinstitute vermittelten bundesweit Darlehenszusagen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro. Das entspricht einer Steigerung von rund 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Erhöhung der Provisionen

Mit der positiven Entwicklung des Volumens war eine signifikante Erhöhung der vor allem an Volksbanken und Raiffeisenbanken gezahlten Provisionen um 25 Prozent auf 23,9 Millionen Euro verbunden.

Wohnungswirtschaft: Direktgeschäft ausgebaut

Das Direktgeschäft mit der institutionellen Wohnungswirtschaft und Investoren wurde im Jahr 2010 trotz zunehmendem Wettbewerb kontinuierlich ausgebaut. Das Geschäftsvolumen erreichte mit gut 1,3 Milliarden Euro (Neuzusagen) etwa das gleiche Niveau wie im Geschäftsjahr 2009. Gute Resonanz erfuhren die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung innerhalb der Wohnungswirtschaft, die im Frühjahr 2010 im Auftrag der WL BANK durchgeführt wurde.

Rückläufige Staatsfinanzierung

Auswirkungen der Staatsschuldenkrise machten natürlich auch dem Staats- und Kommunalfinanzierungsgeschäft der WL BANK zu schaffen. Dennoch gelang es der Bank, die innerhalb des WGZ BANK Konzerns als Kompetenzzentrum für öffentliche Kunden operiert, deutschlandweit mehr als 100 Kommunen und kommunale Unternehmen als

Neukunden zu gewinnen. Damit konnte die Marktdurchdringung im gesamten Bundesgebiet weiter erhöht werden. Aufgrund der sich im Zuge der Staatsschuldenkrise unterschiedlich entwickelnden Kreditspreads wurde das kapitalmarktnahe Staatskreditgeschäft zurückhaltend und selektiv betrieben. Hier standen Umstrukturierungen und Optimierungen des Portfolios – auch in Verbindung mit Rückkäufen von eigenen Inhaber- und Namensschuldverschreibungen – im Vordergrund.

Weniger Refinanzierungsmittel

Entsprechend dem geringeren Neugeschäftsvolumen im Staatskreditgeschäft wurden mit 6,2 Milliarden Euro insgesamt weniger Refinanzierungsmittel als im Vorjahr platziert. Während das Volumen der emittierten Hypothekendarlehen und der ungedeckten Schuldverschreibungen gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich blieb, sanken Anteil und Volumen der abgesetzten öffentlichen Darlehen. Gründe dafür waren die Konzentration auf das inländische Kommunalgeldgeschäft sowie der teilweise Abbau des Auslandsportfolios.

Um einem erhöhten Vorsorgebedürfnis Rechnung zu tragen, ist neben der Dotierung der Vorsorgereserve nach § 340f HGB auch die erstmalige Zuführung zum Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 10 Millionen Euro erfolgt. Das Betriebsergebnis vor Dotierung nach § 340g beträgt 35,3 Millionen Euro.

Bilanzsumme auf Vorjahresniveau

Die Bilanzsumme der WL BANK lag am 31. Dezember 2010 mit 43,9 Milliarden Euro etwa auf dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die WL BANK 278 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 15 Auszubildende.

Das aktuelle Geschäftsjahr zeigt der Pfandbriefbank ein freundliches, aber kapriziöses Gesicht. Staatenkrise und Verschärfung der Bankenvorschriften sind nur zwei der Themen, mit denen sich auch die WL BANK weiterhin auseinandersetzen muss.

Union Investment Gruppe

Die Union Investment Gruppe ist das Kompetenz-Zentrum für Asset Management in der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dank der konsequenten Ausrichtung auf die Kundenbedürfnisse und dem Rückenwind der Kapitalmärkte steigerte Union Investment die Assets under Management 2010 auf ein Rekordniveau von 177,4 Milliarden Euro. Damit behauptet sie auch 2010 ihren Platz als viertgrößte Fondsgesellschaft in Deutschland.

Riester-Sparen: Erneut Marktführer

Mit der UniProfiRente in die rund 1,8 Millionen Anleger investiert sind, bleibt Union Investment unverändert Marktführer in der fondsbasierten Riester-Altersvorsorge. Eine zentrale Rolle für die Stärke des Vorsorgegeschäftes spielte die Zusammenarbeit mit Partnern in der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Gefragt waren auch sicherheitsorientierte Anlagen. So verzeichneten Garantiefonds im Berichtsjahr rund 2,4 Milliarden Euro Nettomittelzuflüsse. Mit einem Bestand von rund 16,7 Milliarden Euro bleibt Union Investment damit ebenfalls unverändert Marktführer bei wertgesicherten Anlagen. Insgesamt verwaltete Union Investment Ende 2010 in 634 Publikumsfonds ein Vermögen von 104 Milliarden Euro.

Institutionelles Geschäft: Erneut Rekordergebnis

Auch im institutionellen Geschäft konnte der genossenschaftliche Fondsmanager überzeugen: 2010 gewann Union Investment 48 neue Mandate im institutionellen Bereich. Insgesamt verzeichnete die Fondsgesellschaft im Berichtsjahr 11,3 Milliarden Euro Nettomittelzuflüsse und übertraf damit das bislang beste Resultat der Unternehmensgeschichte aus dem Vorjahr.

Offene Immobilienfonds: Starke Nachfrage

Eine intakte Struktur und ein professionelles Fondsmanagement machten die Offenen Immobilienfonds von Union Investment im vergangenen Jahr trotz des schwierigen Marktumfeldes sehr erfolgreich. Gegen den Trend konnten Nettomittelzuflüsse von insgesamt 1,5 Milliarden Euro sowie Assets under Management von rund 18 Milliarden Euro erzielt werden.

Kundenorientierung

Mit der im Juli 2010 aufgelegten PrivatFonds-Reihe reagierte Union Investment auf das gestiegene Sicherheitsbedürfnis der Anleger und auf die veränderten Kapitalmarktbedingungen. Ein Lösungskonzept, das Kunden schätzen. So stieg der Absatz der PrivatFonds 2010 auf ein Volumen von 350 Millionen Euro.

Ausgezeichnet

Mit ihrem erfahrenen Team, einem bewährten Investmentprozess und einer konsistenten, risikoadjustierten Anlagepolitik im Portfoliomanagement zählte Union Investment auch 2010 zu den führenden Vermögensverwaltern in Deutschland. So überzeugte sie erneut in renommierten Leistungsvergleichen: Beim KAG-Ranking der Agentur Feri EuroRating Services Ende 2010 verteidigte Union Investment zum sechsten Mal in Folge die führende Position. Darüber hinaus bestätigte die Zeitschrift Capital im Februar 2011 den genossenschaftlichen Fondsmanager als beste deutsche Fondsgesellschaft in der Gesamtwertung von Produktqualität, Performance des Managements und Service. Die Höchstnote „Fünf Sterne“ erhielt Union Investment als einziger deutscher Asset Manager zum neunten Mal in Folge.

R+V Versicherung

Die R+V Versicherung hat ihren stabilen Wachstumskurs auch 2010 fortgesetzt. Sie verzeichnete in allen Segmenten ein exzellentes Neugeschäft. Zugleich konnte sie den Versicherungsbestand um 240.000 neue Kunden ausbauen. Zur weiteren Stärkung des hohen Serviceniveaus stellte R+V mehr als 400 Mitarbeiter ein. Die Beschäftigtenzahl in der R+V Gruppe erhöhte sich damit auf rund 13.300 Personen.

Die gebuchten Bruttobeiträge der R+V Gruppe (HGB) stiegen um 4,9 Prozent auf 11,5 Milliarden Euro. Der R+V Konzern verzeichnete nach IFRS ein Beitragsplus von 5,5 Prozent auf 11,1 Milliarden Euro. R+V verfügt weiterhin über eine hohe Solvabilität und eine gute Risikotragfähigkeit. Von der Rating-Agentur Standard & Poor's erhielt die R+V Versicherung AG zum sechsten Mal in Folge die Note „sehr gut“: A+ (stable).

Lebensversicherer: Neugeschäft stabil auf Rekordniveau

Die R+V Lebens- und Pensionsversicherungen wiederholten 2010 das Rekord-Neugeschäft des Vorjahres. Der Neubeitrag lag bei insgesamt 2,74 Milliarden Euro. Er setzte sich aus laufenden Beiträgen in Höhe von 499 Millionen Euro (+14,7 Prozent gegenüber 2009) sowie aus Einmalbeiträgen von 2,24 Milliarden Euro (-3,6 Prozent) zusammen. R+V verzichtete dabei bewusst auf kurzfristige Anlagegeschäfte mit Laufzeiten von wenigen Jahren oder unter einem Jahr. Stattdessen setzte sie auf nachhaltiges und langfristiges Wachstum. So konnte R+V ihren Marktanteil bei laufenden Neubeiträgen weiter ausbauen.

Die R+V Lebens- und Pensionsversicherer hielten ihre gebuchten Beiträge im Inland mit 5,6 Milliarden Euro stabil

auf dem hohen Vorjahresniveau. Die laufenden Beiträge wuchsen – gegen den Markttrend – um 2,4 Prozent. In zahlreichen Ratings erzielten die R+V Lebensversicherer 2010 erneut Bestnoten. Die Neubeiträge in der klassischen privaten Altersvorsorge stiegen um 13,3 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro. Bei den Kunden waren weiterhin sichere und renditestarke Lebensversicherungsprodukte gefragt. Trotz der lang anhaltenden Niedrigzinsphase bietet R+V ihren Kunden auch 2011 eine über dem Kapitalmarkt liegende Gesamtverzinsung von mindestens 4,65 Prozent. Erfolgreich gestartet ist am 1. Juli 2010 die neue R+V-RiesterRente. Sie erhielt sofort Top-Ratings.

Starkes Wachstum verzeichnete R+V erneut in der betrieblichen Altersversorgung. Die laufenden Beiträge im Bestand stiegen um 12,3 Prozent auf 924 Millionen Euro. Für das „ChemieVersorgungswerk“ der R+V entschieden sich über 100.000 Beschäftigte der chemischen Industrie. Das ist in etwa jeder fünfte Mitarbeiter und jeder dritte Arbeitgeber.

Krankenversicherung: Höchstes Neugeschäft der Unternehmensgeschichte

Die R+V Krankenversicherung gehörte auch 2010 zu den Gewinnern auf dem Krankenversicherungsmarkt. Erneut gelang ein zweistelliger Wachstumssprung. R+V war damit deutlich besser als der Markt. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen auf 254 Millionen Euro. Das hohe Beitragswachstum resultierte überwiegend aus der Neukundengewinnung: Zum Wachstum trugen die Attraktivität des neuen Tarifwerks AGIL in der Krankenvollversicherung, die bewährten Zusatztarife sowie das neue Pflegekonzept bei. Das Neugeschäft wuchs um 45 Prozent. Zum Jahresende 2010 waren 495.500 Personen bei R+V krankenversichert. Dies ist gegenüber 2009 ein Plus von 8,3 Prozent.

Schaden-/Unfallversicherung: Wachstum in schwierigem Umfeld

Im nur leicht wachsenden Schaden-/Unfallversicherungsmarkt konnte R+V erneut Marktanteile gewinnen. Sie steigerten sich von 6,7 Prozent auf rund 7,0 Prozent. Insgesamt legte das R+V-Ergebnis hier um 6,0 Prozent auf 3,9 Milliarden Euro zu. In ihrer umsatzstärksten Kompositsparte, der Kfz-Versicherung, legte R+V 2010 um 7,9 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro zu. R+V hat damit die

Position als drittgrößter Kfz-Versicherer gefestigt und weiter ausgebaut.

Die Sachversicherung verzeichnete ein Beitragsplus von 8,5 Prozent auf rund 1,3 Milliarden Euro. Deutliche Zuwächse erzielten sowohl die privaten Sachversicherungen als auch die für mittelständische Firmen. Besonders erfolgreich verkaufte R+V Produkte der Technischen Versicherung und der Transportversicherung. Damit hat der Spezialversicherer KRAVAG seine Marktführerschaft weiterhin gesichert. Im Jahr des 50-jährigen Bestehens wuchs die R+V Kreditversicherung dank breiter Risikostreuung und sorgfältiger Risikoauswahl erneut zweistellig um 17,4 Prozent auf 261 Millionen Euro. Der Markt legte nach der Finanzkrise lediglich um 5 Prozent zu. R+V ist zweitgrößter deutscher Kreditversicherer. In der Kautionsversicherung ist sie seit Jahren Marktführer.

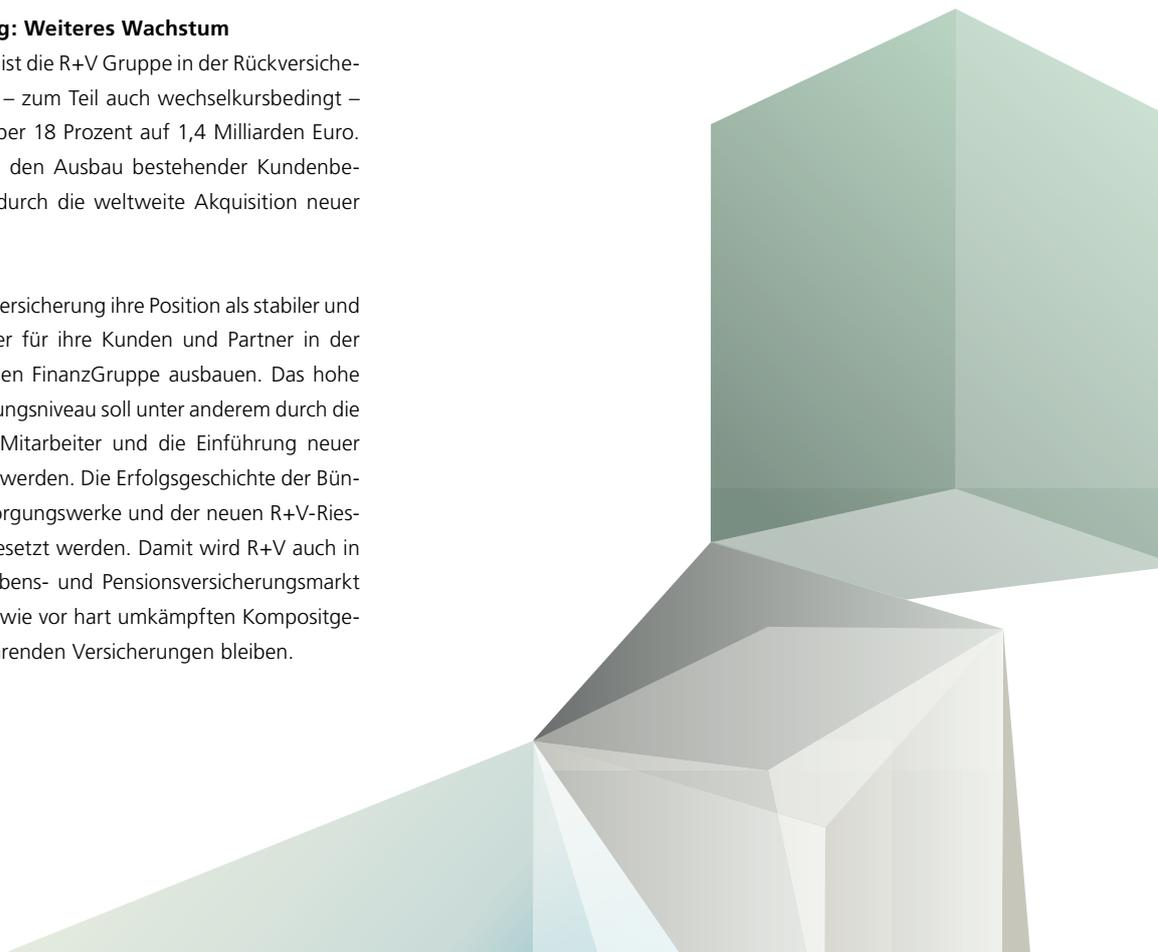
Dank des erfolgreichen Mittelstandsgeschäftes legte die Allgemeine Haftpflichtversicherung um 5,7 Prozent auf 425 Millionen Euro zu. In der Rechtsschutzversicherung kletterten die Beiträge ebenfalls um 5,7 Prozent.

Rückversicherung: Weiteres Wachstum

Erneut gewachsen ist die R+V Gruppe in der Rückversicherung. Hier stiegen – zum Teil auch wechsellkursbedingt – die Beiträge um über 18 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro. Dies gelang durch den Ausbau bestehender Kundenbeziehungen sowie durch die weltweite Akquisition neuer Kunden.

2011 will die R+V Versicherung ihre Position als stabiler und verlässlicher Partner für ihre Kunden und Partner in der genossenschaftlichen FinanzGruppe ausbauen. Das hohe Service- und Beratungsniveau soll unter anderem durch die Einstellung neuer Mitarbeiter und die Einführung neuer Technik gesteigert werden. Die Erfolgsgeschichte der Bündelprodukte, Versorgungswerke und der neuen R+V-Rieserrente soll fortgesetzt werden. Damit wird R+V auch in einem volatilen Lebens- und Pensionsversicherungsmarkt sowie einem nach wie vor hart umkämpften Kompositgeschäft eine der führenden Versicherungen bleiben.

	2010	2009	
	Mio. Euro	Mio. Euro	in Prozent
Gebuchte Bruttobeiträge			
R+V Gruppe (HGB)	11.490	10.952	4,9
Erstversicherer Inland (HGB)	9.692	9.448	2,6
davon:			
Lebensversicherung inkl.			
Pensionskasse, -fonds	5.576	5.580	-0,1
Krankenversicherung	254	223	13,7
Schaden-/Unfallversicherung	3.862	3.644	6,0
Rückversicherung	1.434	1.214	18,2
R+V Konzern (IFRS)	11.105	10.521	5,5
davon:			
Schaden-/Unfallversicherung	4.099	3.896	5,2
Lebens-/Krankenversicherung	5.931	5.737	3,4
Übernommene Rückversicherung	1.074	888	20,9



VR-LEASING AG

Die VR LEASING – die Spezialanbieterin für mittelstandsorientierte Finanzierungen in der genossenschaftlichen FinanzGruppe – hat im Geschäftsjahr 2010 ein positives Ergebnis vor Steuern erwirtschaftet. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag bei 5,0 Millionen Euro (2009: –16,7 Millionen Euro). Wesentliche Ursache dafür: die positive Entwicklung der Risikovorsorge. Sie konnte gegenüber dem Vorjahr von 117,1 Millionen Euro auf 82,3 Millionen Euro zurückgeführt werden.

Das Zinsergebnis betrug 190,3 Millionen Euro (2009: 201,3 Millionen Euro). Der Jahresfehlbetrag lag 2010 bei 14,4 Millionen Euro (2009: 7,9 Millionen Euro). Das Eigenkapital inklusive Kapital von Personengesellschaften betrug 362 Millionen Euro (2009: 397 Millionen Euro). Trotz des auf 171,4 Millionen Euro reduzierten Verwaltungsaufwands (2009: 176,3 Millionen Euro) stieg die Cost-Income-Ratio auf 68,1 Prozent (2009: 63,7 Prozent). Die Ratingagentur Standard & Poor's bestätigte das Unternehmensrating „A mit stabilem Ausblick“ für den VR LEASING-Teilkonzern.

Umsichtige Risikopolitik

Die VR LEASING legt den Schwerpunkt auf ertragreiches Wachstum. Das Neugeschäft der VR LEASING reduzierte sich 2010 gegenüber 2009 um 15,5 Prozent auf insgesamt 2,9 Milliarden Euro (2009: 3,5 Milliarden Euro). Insgesamt wurden 108.651 Neuverträge abgeschlossen (2009: 126.601). Diese Entwicklung hatte zwei Ursachen: Zum einen verfolgte die VR LEASING angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage bei neuen Engagements eine konservative Risikopolitik, was im Interesse des Unternehmens die Messlatte für Neuabschlüsse höher legte.

Gleichzeitig hielt sich der Mittelstand mit Investitionen in der ersten Jahreshälfte noch zurück, was sich in einer geringeren Nachfrage nach Finanzierungsverträgen niederschlug. Der Rückgang im Neugeschäft fiel im Inland (2010: 1,8 Milliarden Euro; 2009: 2,2 Milliarden Euro) deutlicher aus als im Ausland (2010: 1,1 Milliarden Euro; 2009: 1,3 Milliarden Euro).

Genossenschaftliche FinanzGruppe als Stabilitätsgarant

Die Volksbanken und Raiffeisenbanken bilden die wichtigste Säule des Geschäftes der VR LEASING. Im vergangenen Geschäftsjahr erreichte das über die Volksbanken und Raiffeisenbanken abgeschlossene Neugeschäft einen Umfang von 1,2 Milliarden Euro (2009: 1,5 Milliarden Euro). Damit wurde das Inlandsneugeschäft zu zwei Dritteln von den Volksbanken und Raiffeisenbanken getragen.

Factoring und Zentralregulierung legen zu

Factoring leistet einen dynamischen Beitrag zur Mittelstandsfinanzierung. An diesem Trend partizipiert die VR FACTOREM – die Spezialistin für Factoring in der VR LEASING-Gruppe – spürbar. Ihr Umsatz kletterte mit rund 2,3 Milliarden Euro auf ihr bislang höchstes Niveau (2009: 1,8 Milliarden Euro). Das genossenschaftliche Factoringinstitut wurde im Dezember 2010 zu 100 Prozent von der VR LEASING übernommen. Auch die Zentralregulierung der VR DISKONTBANK konnte ihren Umsatz steigern – und zwar auf 7,4 Milliarden Euro (2009: 6,9 Milliarden Euro).

TeamBank AG

Die TeamBank – der Ratenkreditexperte der genossenschaftlichen FinanzGruppe – wuchs im Berichtsjahr deutlicher als der Gesamtmarkt. Während der Ratenkreditmarkt in Deutschland 2010 gegenüber 2009 nur um 2,3 Prozent auf 145 Milliarden Euro zulegte, wuchs der Kreditbestand von „easyCredit“ um 10 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro. Die TeamBank profitierte also überdurchschnittlich vom Wirtschaftsboom 2010. Zugleich gewann sie Marktanteile für die genossenschaftlichen Partnerbanken hinzu.

Über 500.000 Kunden

Gemeinsam mit der TeamBank AG stärkten die Genossenschaftsbanken ihre Position im deutschen Ratenkreditmarkt 2010. Ihr Marktanteil erhöhte sich auf 17,6 Prozent (Vorjahr: 16,8 Prozent). Dazu trug auch die TeamBank bei. Sie baute ihren Marktanteil auf 3,3 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent) aus.

Neben dem Wachstum beim Kreditbestand gelang es der TeamBank ihren Kundenstamm um rund 5 Prozent zu vergrößern. Die Marke von 500.000 Kunden wurde damit erstmals überschritten. Mittlerweile setzen drei von vier genossenschaftlichen Instituten im Ratenkreditgeschäft auf den easyCredit – Tendenz steigend.

Bilanzsumme auf Höchststand

2010 überwies die TeamBank mithilfe des easyCredit-Ratenkredits Provisionen in Höhe von 148,5 Millionen Euro an die Partnerbanken. Das ist gegenüber 2009 ein Anstieg von 9,2 Prozent. Insgesamt stiftete easyCredit der genossenschaftlichen FinanzGruppe einen Nutzen von 239 Millionen Euro (Vorjahr: 198 Millionen Euro).

Dank günstiger Marktbedingungen konnte die TeamBank ihr Betriebsergebnis auf 85 Millionen Euro nahezu verdoppeln. Die Bilanzsumme stieg zugleich um 9 Prozent auf 6,2 Milliarden Euro (2009: 5,7 Milliarden Euro). Sie erreichte den höchsten Stand in der Geschichte der TeamBank und ihrer Vorgängerinstitute.

Zweimal top

Die erfolgreiche Geschäftsentwicklung der TeamBank in 2010 wurde durch zahlreiche Auszeichnungen flankiert. So erhielt easyCredit vom Wirtschaftsmagazin Focus Money den Preis „TOP Ratenkredit“. Zugleich wurde die TeamBank von TOP JOB mit der Auszeichnung „Arbeitgeber des Jahres“ im Mittelstand belohnt.

Seit Langem setzt sich die TeamBank für den Verbraucherschutz ein. Sie widmet sich neben dem Engagement für die Stiftung „Deutschland im Plus“ zahlreichen Corporate-Social-Responsibility-Aktivitäten.

Anlässlich ihres 60-jährigen Jubiläums startete die TeamBank 2010 die Aktion „Finanzielle Bildung fördern“. Einbezogen waren dabei auch sämtliche Partnerbanken.

Neuheit: easyCredit-Card Funktion

Eine Produktinnovation war 2010 die easyCredit-Card Funktion. Sie basiert auf der 2009 zusammen mit den genossenschaftlichen Partnerbanken eingeführten easyCredit-Card. Die Kreditkarte mit integrierter Ratenkreditfunktion kann nun – durch Berücksichtigung im VR-KartenConcept – individuell an die Bedürfnisse der Kunden in den Volksbanken und Raiffeisenbanken angepasst werden.

Für den digitalen Raum hat die TeamBank die Arbeitsgruppe „Social Media“ ins Leben gerufen. Daraus hervorgegangen ist bei der TeamBank bereits ein eigener Twitter-Kanal, ein eigenes Profil auf dem Business-Portal „Xing“ sowie ein Unternehmensporträt auf der Arbeitgeberbewertungsplattform „kununu“.

BAG Bankaktiengesellschaft

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist trotz der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 noch nicht vollends überwunden. Die BAG Bankaktiengesellschaft in Hamm hat diese Zeit genutzt, um ihre Produkte noch stärker an den Bedürfnissen der zur genossenschaftlichen FinanzGruppe gehörenden Unternehmen auszurichten und so künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Ausgeglichenes Ergebnis

Die BAG ist im Geschäftsjahr 2010 erneut ihrem Ziel gerecht geworden, auf das vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) zur Verfügung gestellte Kapital eine angemessene Verzinsung zu leisten. Diese entspricht dem besonderen Unternehmenszweck der BAG. Im Übrigen zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Bilanzsumme ist planmäßig von 2,7 auf 2,4 Milliarden Euro zurückgegangen. Dies ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der Immobilienbestände aus Rettungserwerben und die Abarbeitung der in den Vorjahren erworbenen Problemkredite zurückzuführen. Die bearbeiteten Kundenforderungen machen einen bilanziellen Wert in Höhe von 1,4 Milliarden Euro aus. Die Refinanzierung erfolgt weiterhin fast ausschließlich über die genossenschaftlichen Zentralbanken.

Fokus: Rechtzeitige Sanierung von Unternehmen

Gemeinsam mit der VR-Mittelstandsberatung GmbH lieferte die BAG-Gruppe Lösungsansätze für die rechtzeitige Sanierung in Schieflage geratener mittelständischer Unternehmen. Sie steigerte so die Chance vieler Betriebe für eine erfolgreiche Sanierung. Anhand einer standardisierten Analyse wird überprüft, ob für einen Kreditnehmer eine Fortführungsprognose gegeben ist. Fällt die Analyse positiv

aus, steht die BAG zur Verfügung. Sie liefert dabei mit ihren Tochtergesellschaften alle erforderlichen Dienstleistungen aus einer Hand. Dabei entscheidet die Primärbank, in welchem Umfang die Unterstützung durch die BAG-Gruppe in Anspruch genommen werden soll. Viele Primärbanken haben diesen Handlungsbedarf bereits identifiziert und sind auf die BAG zugegangen. Auch aus diesem Grund wurde die Sanierungskompetenz der BAG durch zusätzliche Sanierungsberater erweitert.

Vorbereitungen für Portfoliobereinigungen bei Primärbanken

Ob die Fristentransformation im wettbewerbsintensiven Umfeld der deutschen Kreditwirtschaft weiterhin im jetzigen Umfang betrieben werden kann, ist aktuell fraglich. Sinkende Margen im Zins- und Provisionsgeschäft erhöhen den Ertragsdruck. Einige Primärbanken haben daher bereits die guten Ergebnisse der vergangenen beiden Jahre genutzt, um sich von ihren Problemkrediten zu trennen. Die BAG hat sich frühzeitig auf das erwartete Problemkreditvolumen eingestellt: Unterschiedliche Ankaufmodelle ermöglichen die Übertragung sowohl von Einzelfällen als auch von größeren Portfolien. Das seit dem Ankauf von Lehman-Papieren bekannte Genussrechtsmodell steht nun auch für den Ankauf von Problemkrediten zur Verfügung und bietet den Primärbanken nicht nur die Möglichkeit, nach dem Verkauf über die Wertentwicklung des veräußerten Portfolios informiert zu bleiben, sondern auch die Chance, ohne besondere Besserungsabreden an Übererlösen zu partizipieren.

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Der Deutsche Genossenschafts-Verlag eG (DG VERLAG) ist das Medien-, Handels- und Systemhaus der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Sein Gesamtumsatz lag im Geschäftsjahr 2010 – vor Erlösschmälerungen und genossenschaftlicher Rückvergütung – bei 145,4 Millionen Euro (2009: 183,4 Millionen Euro). Diese geplante Umsatzentwicklung ergibt sich aus den typischen Vierjahreszyklen der Karten-Hauptausstattung. Hier war das Jahr 2010 das umsatzschwächste.

Zum Jahresende 2010 beschäftigte der DG VERLAG 424 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wurde von 1.231 Mitgliedern getragen. Der DG VERLAG plant, eine genossenschaftliche Rückvergütung in Höhe von 3 Prozent sowie – vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung – eine Dividende in Höhe von 6 Prozent auf die Geschäftsanteile auszuschütten.

Als Karten-Kompetenz-Center der genossenschaftlichen FinanzGruppe stützt der DG VERLAG über seinen Geschäftsbereich „Cards“ Genossenschaftsbanken mit den Produkten der genossenschaftlichen Kartenfamilie aus. Der DG VERLAG ist dabei seit Jahren als Lösungspartner bei der Umsetzung innovativer Kartenprojekte auf Basis der kreditwirtschaftlichen Chip-Plattform erfolgreich. Dies sind etwa Lösungen zur Kundenbindung, Mitarbeiterausweis-Projekte oder E-Ticketing-Lösungen für Unternehmen im ÖPV.

Das Geschäftsfeld „Office“ bündelt alle Handelsprodukte – etwa Werbematerial, Bürobedarf, Büro- und Banktechnik, Ausstattung, Hard- und Software – sowie die innovativen

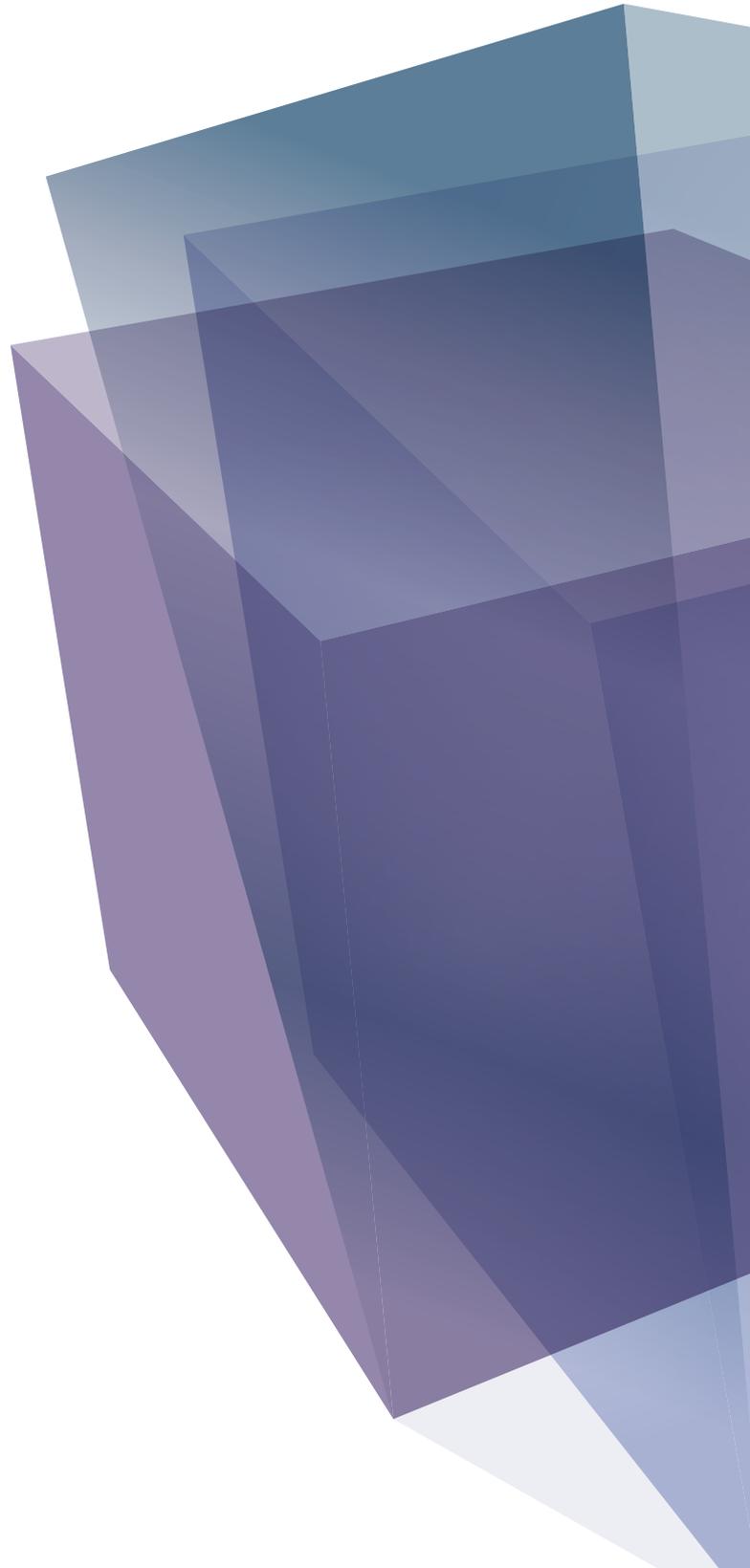
Lösungskonzepte, wie GenoLogistik®, PageManagement® und verschiedene Web-Print-Angebote.

Ein immer wichtigeres Thema wird in der genossenschaftlichen FinanzGruppe die „Filiale der Zukunft“. Moderne Bankfilialen fördern den Dialog. Der DG VERLAG bietet als zukunftsfähige Lösung das Konzept GenoMax®. Es setzt vor allem auf eine emotionale, dialogische, höchst flexible Ausgestaltung von Filialräumen und erfreute sich 2010 steigender Beliebtheit. Ergänzend dazu wurde das Filial-TV-Konzept Geno-InfoMonitor mit einem breiten, individualisierbaren Content-Angebot – kombiniert mit aktuellen BVR-Spots – entwickelt.

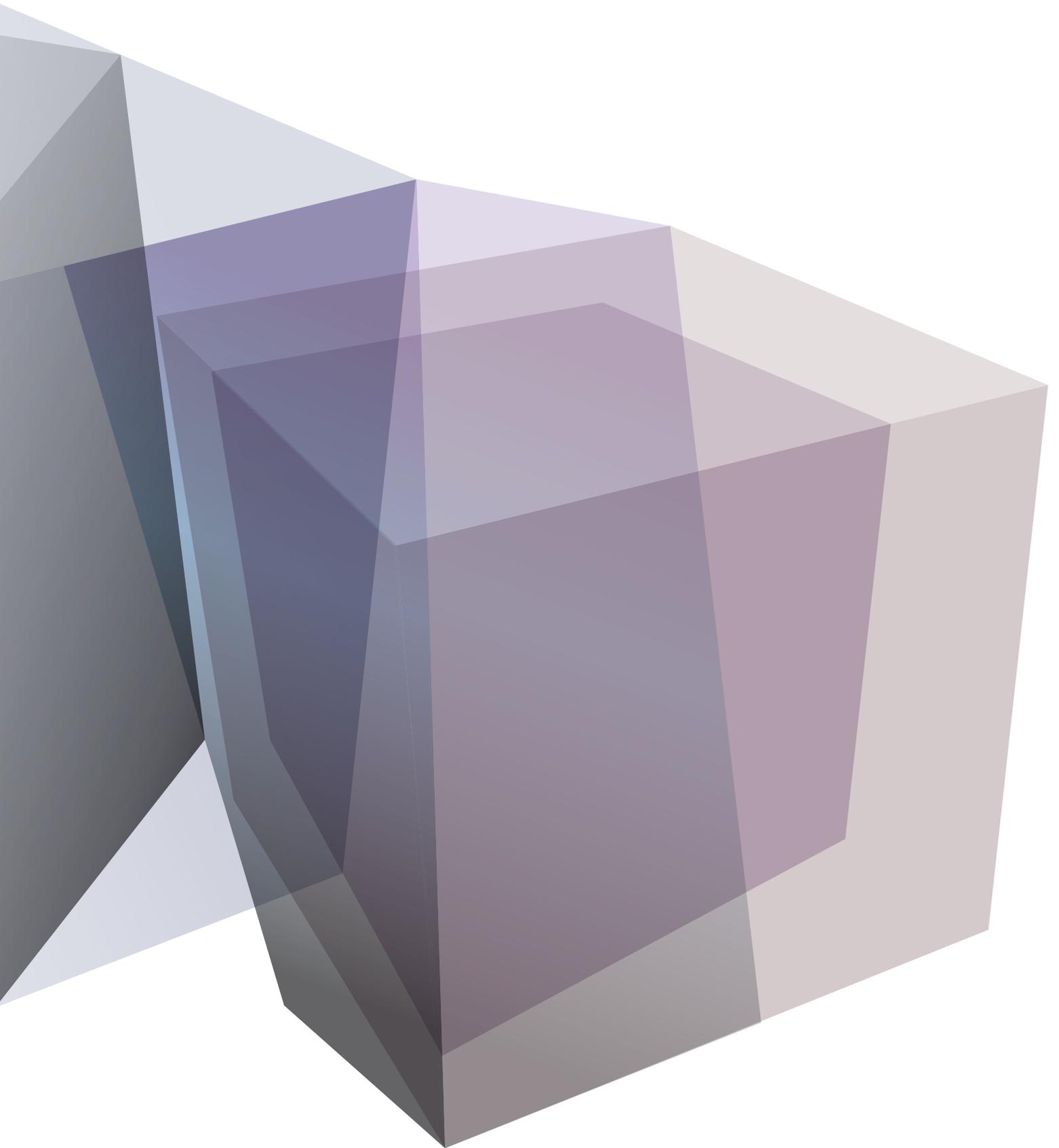
Kompetenz im Vertrieb, Marketing und in der Werbung wird im Geschäftsbereich „MarktService“ konzentriert. Zielsetzung: die Bedürfnisse der genossenschaftlichen Bankengruppe bündeln und daraus zielgruppenorientierte, produktübergreifende Komplettlösungen entwickeln. Das „MarktService-Portal“ im Einkaufs- und Serviceportal www.genobuy.de ist nach Zielgruppen, Bedarfsfeldern und Kampagnen strukturiert. Es stellt Tools für optimale Prozessketten bereit, die jedes einzelne Institut unterstützen, das Verhältnis von Kosten und Ertrag signifikant zu verbessern.

Die klassischen Verlagserzeugnisse wie Formulare, Fachveröffentlichungen und Kundeninformationen – sowohl in gedruckter als auch in elektronischer Form – werden im Geschäftsbereich Medien angeboten. Ab Mitte 2010 wurde „BankInformation plus“ entwickelt – eine Kombination des etablierten Fachmagazins „BankInformation“ mit dem erweiterten Internetportal „www.bankinformation.de“. „BI plus“ ist im Januar 2011 gestartet.

Um seinen Mitgliedern ergänzende Dienstleistungen und Services anbieten zu können, hält der DG VERLAG unter anderem an folgenden Unternehmen eine wesentliche Beteiligung: Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied, GenoLog GmbH, Idstein, VR-Marketing GmbH, Wiesbaden, SRC Security Research & Consulting GmbH, Bonn, VR-NetWorld GmbH, Bonn, CardProcess GmbH, Karlsruhe, und Service-Direkt Telemarketing Verwaltungsgesellschaft mbH (SDT), Weinheim.







Gremien und Mitarbeiter

78

Organe des BVR

Vorstand

Verbandsrat

Verwaltungsrat

87

Die Fachräte des BVR

Fachrat Markt

Fachrat Informationstechnologie

Fachrat Produkte

Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss

Fachrat Steuerung

Fachrat Personal

Fachrat Bankrecht

112

Organigramm des BVR

Vorstand des BVR

Vorstand

Uwe Fröhlich, Präsident

Gerhard Hofmann

Dr. Andreas Martin

BVR-Verbandsrat

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Carsten Graaf

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. h.c. Stephan Götzl

Ordentliche Mitglieder

Wolfgang Altmüller

Vorsitzender des Vorstandes
VR meine Raiffeisenbank eG, Altötting

Rainer Backenköhler

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Claus-Rüdiger Bauer

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Baunatal

Dr. Manfred Biehal

Vorsitzender des Vorstandes
Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Dr. Ulrich Bittihn

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG

Michael Bockelmann

Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband e.V.

Dr. Richard Böger

Vorsitzender des Vorstandes
Bank für Kirche und Caritas eG

Werner Böhnke

Vorsitzender des Vorstandes
WGZ BANK AG

Persönliche Stellvertreter

Albert Wankerl

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Deggendorf-Plattling eG

Georg Litmathe

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Peter Schmitt

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Großenlüder

Theophil Graband

Vorsitzender des Vorstandes
VR-LEASING

Paul Löneke

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bad Driburg-Brakel-Steinheim eG

Horst Kessel

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband e.V.

Jürgen Manegold

Sprecher des Vorstandes
EDEKABANK AG

Karl-Heinz Moll

Mitglied des Vorstandes
WGZ BANK AG

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder

Dr. Friedrich Caspers

Vorsitzender des Vorstandes

R+V Versicherung AG

Rudolf Conrads

Vorsitzender des Vorstandes

Verband der PSD Banken e.V.

Henning Deneke-Jöhrens

Sprecher des Vorstandes

Volksbank eG Lehrte-Springe-Pattensen-Ronneberg

Dr. h.c. Stephan Götzl

Vorsitzender des Vorstandes

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Helmut Gottschalk

Sprecher des Vorstandes

Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Carsten Graaf

Vorsitzender des Vorstandes

Volksbank Meerbusch eG

Dr. Peter Hanker

Mitglied des Vorstandes

Volksbank Mittelhessen eG

Bernhard Heinlein

Mitglied des Vorstandes

Münchener Hypothekenbank eG

Andreas Heinze

Mitglied des Vorstandes

Volksbank Rietberg eG

Georg Hellwege

Mitglied des Vorstandes

Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Kurt Hepp

Vorsitzender des Vorstandes

Raiffeisenbank Schifferstadt eG

Persönliche Stellvertreter

Heinz-Jürgen Kallerhoff

Mitglied des Vorstandes

R+V Versicherung AG

Dr. Karl-Friedrich Walter

Mitglied des Vorstandes

Verband der PSD Banken e.V.

Stephan Schack

Sprecher des Vorstandes

Volksbank Raiffeisenbank Itzehoe eG

Erhard Gschrey

Mitglied des Vorstandes

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Dr. Peter Aubin

Mitglied des Vorstandes

Volksbank Göppingen eG

Franz Hardy

Vorsitzender des Vorstandes

VR-Bank eG Bergisch Gladbach

Hans-Peter Born

Vorsitzender des Vorstandes

Groß-Gerauer Volksbank eG

Helmut Rausch

Mitglied des Vorstandes

WL BANK AG

Rolf Weishaupt

Vorsitzender des Vorstandes

Volksbank Oelde-Ennigerloh-Neubeckum eG

Silke Falkenhain

Mitglied des Vorstandes

Volksbank Elsterland eG

Uwe Abel

Vorsitzender des Vorstandes

Mainzer Volksbank eG

Ordentliche Mitglieder**Karl Hippeli**

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Ochsenfurt eG

Heinz Hüning

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Heiden eG

Axel Kehl

Vorsitzender des Vorstandes
Akademie Deutscher Genossenschaften ADG

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstandes
DZ BANK AG

Willy Köhler

Vorsitzender des Vorstandes
VR Bank Rhein-Neckar eG

Dr. Laurenz Kohlleppel

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Michael Krings

Vorsitzender des Vorstandes
FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

Vorsitzender des Vorstandes
GAD eG

Heiner Löhl

Mitglied des Vorstandes
Bank 1 Saar eG

Dr. Matthias Metz

Vorsitzender des Vorstandes
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Lambert Meyer

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Jever eG

Persönliche Stellvertreter**Maximilian Zepf**

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Schwandorf-Nittenau eG

Jens Brinkmann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Siegerland eG

Arno Marx

Mitglied des Vorstandes
Akademie Deutscher Genossenschaften ADG

Wolfgang Köhler

Mitglied des Vorstandes
DZ BANK AG

Erhard Stoll

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Staufen eG

Dr. Rüdiger Renk

Mitglied des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Klaus-Peter Bruns

Stv. Vorsitzender des Vorstandes
FIDUCIA IT AG

Dr. Elmar Pritsch

Stv. Vorsitzender des Vorstandes
GAD eG

Hans-Joachim Meyer

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Dillingen eG

Gerhard Hinterberger

Mitglied des Vorstandes
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ludger Ellert

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Vechta eG

Ordentliche Mitglieder

Thomas Müller

Sprecher des Vorstandes
Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG

Walter Müller

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Fürstfeldbruck eG

Dr. Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes
BBBank eG

Manfred Nüssel

Präsident
Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Dr. Eckhard Ott

Vorsitzender des Vorstandes
DGRV – Deutscher Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e.V.

Hans Pfeifer

Vorsitzender des Vorstandes
Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Michael Reinig

Mitglied des Vorstandes
Erfurter Bank eG

Hans Joachim Reinke

Vorsitzender des Vorstandes
Union Asset Management Holding AG

Hans-Werner Reuter

Vorsitzender des Vorstandes
Dithmarscher Volks- und Raiffeisenbank eG

Dr. Georg Reutter

Sprecher des Vorstandes
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG

Persönliche Stellvertreter

Tilman Römpp

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Bautzen eG

Dietmar Küsters

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Straubing eG

Klaus Holderbach

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Franken eG

Dr. Rolf Meyer

Generalsekretär
Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Dirk J. Lehnhoff

Mitglied des Vorstandes
DGRV – Deutscher Genossenschafts- und
Raiffeisenverband e.V.

Moritz Krawinkel

Mitglied des Vorstandes
Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Oskar Dieter Epp

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Saaletal eG

Jens Wilhelm

Mitglied des Vorstandes
Union Asset Management Holding AG

Kai Schubert

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Südstormarn eG

Manfred Salber

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG

Ordentliche Mitglieder**Gerhard Roßwog**

Vorsitzender des Vorstandes
Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Rainer Schaidnager

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kempten eG

Eugen Schlachter

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Dellmensingen eG

Hans Schmitt

Sprecher des Vorstandes
Volks- und Raiffeisenbank Neuwied-Linz eG

Joachim Schorling

Mitglied des Vorstandes
Volksbank in Schaumburg eG

Claudius Seidl

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Rottal-Inn eG

Siegfried Seitz

Vorsitzender des Vorstandes
VBU Volksbank im Unterland eG

Michael Siegers

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hildesheim eG

Jürgen Thureau

Vorsitzender des Vorstandes
Sparda-Bank West eG

Hans Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Rhein-Ruhr eG

Persönliche Stellvertreter**Herbert Schindler**

Mitglied des Vorstandes
Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Manfred Geyer

Vorsitzender des Vorstandes
RaiffeisenVolksbank eG Gewerbebank, Ansbach

Werner Schmidgall

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Backnang eG

Rainer Berlingen

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Eifel Mitte eG

Jürgen Wache

Sprecher des Vorstandes
Hannoversche Volksbank eG

Karl-Heinz Kipke

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Coburg eG

Hans-Peter Weber

Mitglied des Vorstandes
VR-Bank Aalen eG

Jürgen Brinkmann

Sprecher des Vorstandes
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg

Dieter Mackrodt

Vorsitzender des Vorstandes
PSD Bank Hessen-Thüringen eG

Dr. Veit Luxem

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Erkelenz-Hückelhoven-
Wegberg eG

BVR-Verwaltungsrat

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Carsten Graaf

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. h.c. Stephan Götzl

Ordentliche Mitglieder

Claus-Rüdiger Bauer

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Baunatal

Michael Bockelmann

Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband e.V.

Werner Böhnke

Vorsitzender des Vorstandes
WGZ BANK AG

Helmut Gottschalk

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Dr. h.c. Stephan Götzl

Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Carsten Graaf

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Meerbusch eG

Wolfgang Kirsch

Vorsitzender des Vorstandes
DZ BANK AG

Willy Köhler

Vorsitzender des Vorstandes
VR Bank Rhein-Neckar eG

Persönliche Stellvertreter

Heiner Löhl

Mitglied des Vorstandes
Bank 1 Saar eG

Dr. Laurenz Kohlleppel

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Karl-Heinz Moll

Mitglied des Vorstandes
WGZ BANK AG

Eugen Schlachter

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Dellmensingen eG

Gerhard Roßwog

Vorsitzender des Vorstandes
Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Andreas Heinze

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Rietberg eG

Wolfgang Köhler

Mitglied des Vorstandes
DZ BANK AG

Dr. Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes
BBBank eG

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder**Hans Pfeifer**

Vorsitzender des Vorstandes
Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Rainer Schaidnager

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kempten eG

Hans Schmitt

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Neuwied-Linz eG

Dipl.-Kfm. Michael Siegers

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hildesheim eG

Persönliche Stellvertreter**Rainer Backenköhler**

Mitglied des Vorstandes
Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Karl Hippeli

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Ochsenfurt eG

Dr. Ulrich Bittihn

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG

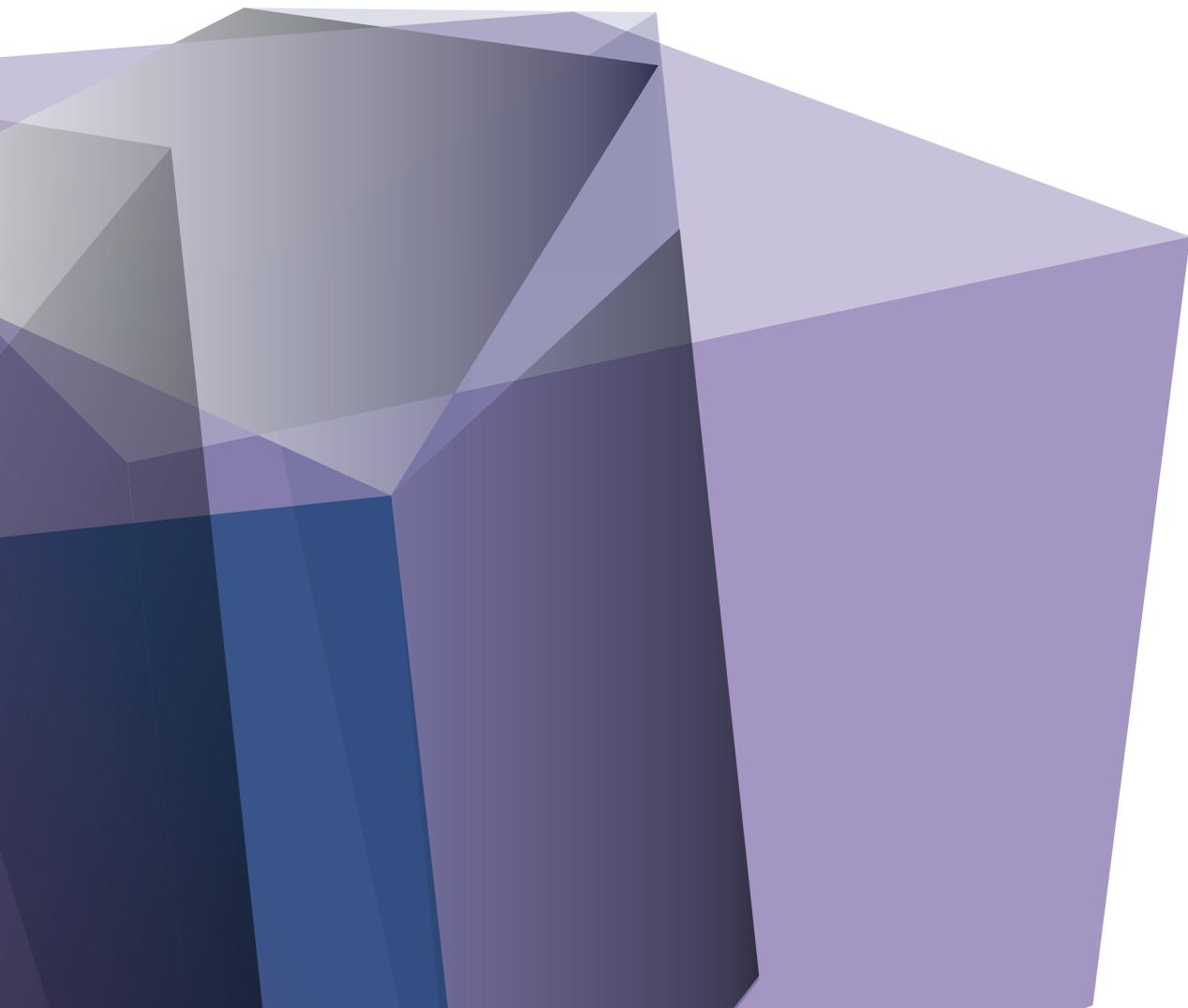
Hans-Werner Reuter

Vorsitzender des Vorstandes
Dithmarscher Volks- und Raiffeisenbank eG





Die Fachräte des BVR



Fachrat Markt

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Horst Schreiber

Stellvertretender Vorsitzender

Horst Weyand

Ordentliche Mitglieder

Friedhelm Beuse

Vereinigte Volksbank eG, Telgte

Hubert Greve

Volksbank eG Bad Laer-Borgloh-Hilter-Melle

Werner Grossmann

Volksbank Breisgau-Süd eG

Hans Höglauer

VR Bank Rosenheim-Chiemsee eG

Karsten Kahlcke

VR Bank Ostholstein Nord-Plön eG

Wolfgang Keunecke

Volksbank eG, Seesen/Harz

Rosemarie Miller-Weber

Leutkircher Bank Raiffeisen- und Volksbank eG

Claus Preiss

Volksbank Bühl eG

Heinz Schneider

Raiffeisenbank München Süd eG

Horst Schreiber

Volksbank Trier eG

Horst Weyand

Volksbank Rhein-Nahe-Hunsrück eG

Persönliche Stellvertreter

Manfred Habrunner

Bensberger Bank eG

Frank Ostertag

Volksbank Wildeshauser Geest eG

Andreas Böhler

Volksbank Kraichgau Wiesloch-Sinsheim eG

Otto Wengenmayer

Raiffeisenbank Krumbach/Schwaben eG

Elgin Stündel

Volks- und Raiffeisenbank eG, Güstrow

Holger Franz

Ostfriesische Volksbank eG

Bernd-Dieter Reusch

Volksbank Metzingen-Bad Urach eG

Jürgen Neidinger

Heidelberger Volksbank eG

Wolfgang Völkl

Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG

Dr. Klaus Kalefeld

Volksbank Hamm eG

Lothar Jünemann

Raiffeisenbank eG Flieden

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Prüfungsverbände

Bernd Braun

Genossenschaftsverband e.V.

Ralf Pauli

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Rainer Eisgruber

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Harald Lesch

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Vertreter der Zentralbanken

Uwe Berghaus

WGZ BANK AG

Dr. Christian Brauckmann

WGZ BANK AG

Lars Hille

DZ BANK AG

Dr. Luis-Esteban Chalmovsky

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Gerhard Hinterberger

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Jochen Maier

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Heinz-Jürgen Kallerhoff

R+V Versicherung AG

Dr. Norbert Rollinger

R+V Versicherung AG

Hans Joachim Reinke

Union Asset Management Holding AG

Alexander Schindler

Union Asset Management Holding AG

Vertreter der Rechenzentralen

Michael Krings

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Permanenter Gaststatus

Alexander Boldyreff

TeamBank AG

Christian Polenz

TeamBank AG

Peter Erlebach

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

sowie die Vertreter der Prüfungsverbände, soweit sie
ordentliche Mitglieder des Fachrates Produkte sind:

Rainer Backenköhler

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Herbert Schindler

Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.



Fachrat Informationstechnologie

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Wolfgang Klotz

Stellvertretender Vorsitzender

Jürgen Brinkmann

Ordentliche Mitglieder

Winfried Blecking

Sparda-Bank Hannover eG

Jürgen Brinkmann

Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg

Richard Bruder

Volksbank Offenburg eG

Wolfgang Eckert

VR-Bank eG, Regen

Heiko Frohnwieser

Raiffeisenbank Oldenburg eG

Wilfried Guttman

Volksbank eG Osterholz-Scharmbeck

Karl A. Heinz

Volksbank Trier eG

Wolfgang Klotz

Vereinigte Volksbank AG, Sindelfingen

Dieter Steffan

Volksbank Alzey eG

Erhard Stoll

Volksbank Staufen eG

Werner Termersch

Volksbank Baumberge eG

Persönliche Stellvertreter

Dr. Heinz Wings

Sparda-Bank Hamburg eG

Guido Raulin

Volksbank Börde-Bernburg eG

Jürgen Neidinger

Heidelberger Volksbank eG

Alfred Schoßböck

VR-Bank Rottal-Inn eG

André Kasten

Raiffeisen-Volksbank eG, Aurich

Herbert Köster

Volks- und Raiffeisenbank Mölln eG

Franz-Jürgen Lacher

VR-Bank Neuwied Linz eG

Paul Anton Huber

Volksbank Friedrichshafen eG

Frank Mackenroth

Raiffeisenbank Vogelsberg eG

Bernhard Schlageter

VR-Bank eG, Schopfheim

Klaus-Dieter Knecht

Mendener Bank eG

¹ Stand: 1. April 2011

 Ordentliche Mitglieder

 Persönliche Stellvertreter

 Vertreter der Prüfungsverbände

 mit permanentem Gastrecht

Rudolf Conrads

Verband der PSD Banken e.V.

Bernhard Pompl

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Moritz Krawinkel

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Georg Litmathe

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Gerhard Roßwog

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Edgar Schneider

Genossenschaftsverband e.V.

 Vertreter der Zentralbanken

Dr. Christian Brauckmann

WGZ BANK AG

Alfons Kuhlmann

WGZ BANK AG

Thomas Ullrich

DZ BANK AG

Alfred Leicht

DZ BANK AG

 Vertreter der Verbundunternehmen

Peter Weiler

R+V Versicherung AG

Bernhard Heinlein

Münchener Hypothekenbank eG

 Vertreter der Rechenzentralen

Michael Krings

FIDUCIA IT AG

Klaus-Peter Bruns

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Dr. Elmar Pritsch

GAD eG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

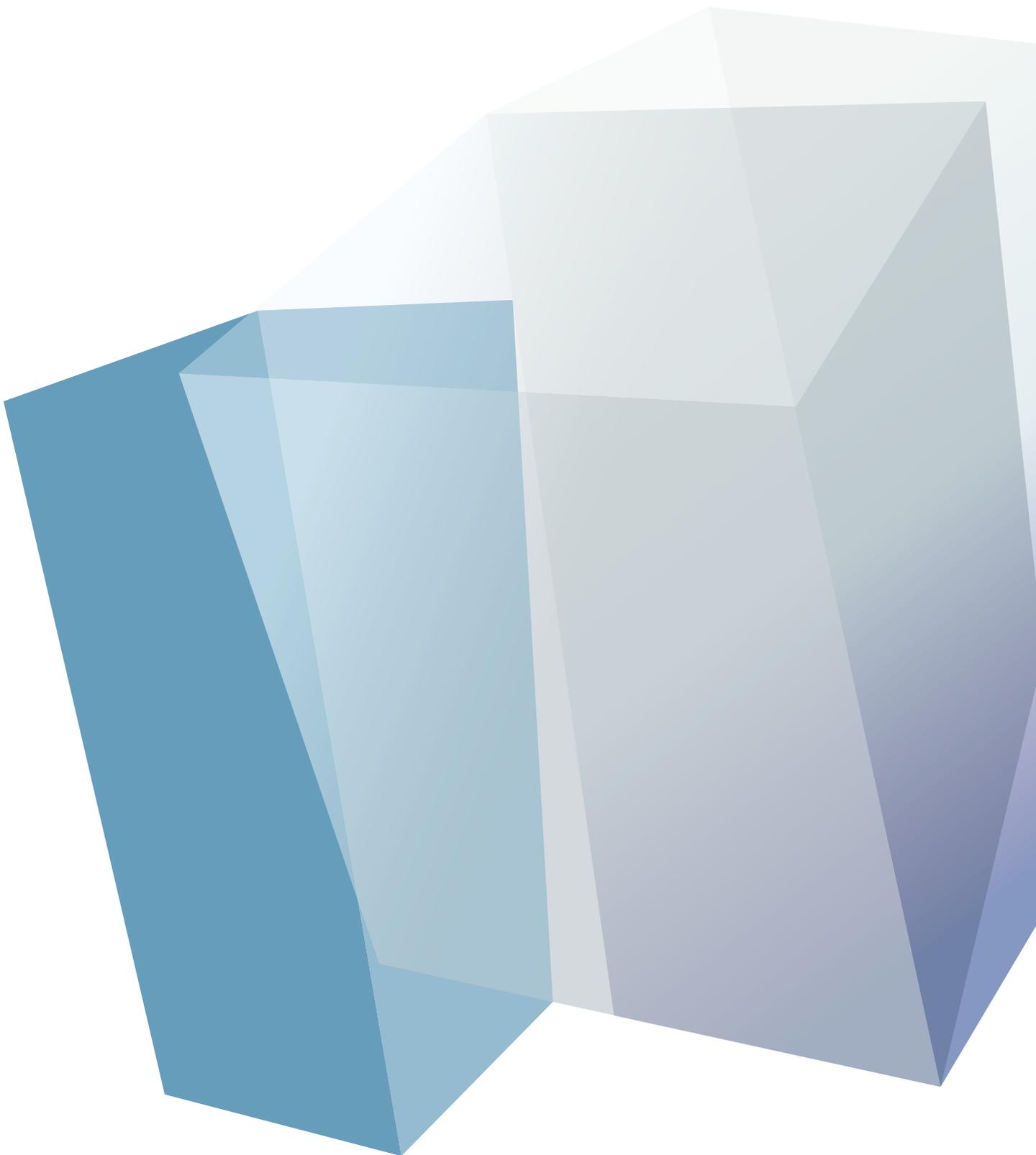
Permanenter Gaststatus

Alexander Lichtenberg

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Ludwig Oberhammer

Sparda-Datenverarbeitung eG



Fachrat Produkte

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Thomas Müller

Stellvertretender Vorsitzender

Günter Vogt

Ordentliche Mitglieder

Reinhard Krumm

Volksbank Lahr eG

Thomas Müller

Dresdener Volksbank Raiffeisenbank eG

Frank Ostertag

Volksbank Wildeshauser Geest eG

Richard Riedmaier

Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG

Siegfried Schön

Stuttgarter Volksbank AG

Anton Sproll

Bad Waldseer Bank eG

Thomas Sterthoff

Volksbank Gütersloh eG

Günter Vogt

Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG

Jürgen Wache

Hannoversche Volksbank eG

Klaus-Peter Wildburger

Allgäuer Volksbank eG Kempten-Sonthofen

Dieter Zeiß

VR-Bank Südpfalz eG

Persönliche Stellvertreter

Ekkehard Saueressig

Volksbank Neckartal eG

Werner Wilhelm Braun

VR Bank HessenLand eG

Hubert Greve

Volksbank eG Bad Laer-Borgloh-Hilter-Melle

Wolfgang Gremmelmaier

VR-Bank Coburg eG

Fritz-Ulrich Herter

Raiffeisenbank Vordere Alb eG

Rainer Schwab

Volksbank Möckmühl-Neuenstadt eG

Andreas Theis

Volksbank Bitburg eG

Martin Ließem

VR-Bank Bonn eG

Ramona Roggan

Raiffeisen-Volksbank Oder-Spree eG

Bernd Jacobs

Raiffeisenbank Main-Spessart eG

Udo Wrackmeyer

Volksbank Heuchelheim eG

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Prüfungsverbände

Rainer Backenköhler

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Thomas Kronenberg

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Herbert SchindlerBaden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.**Gerhard Schorr**Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.**Vertreter der Zentralbanken**

Lars Hille

DZ BANK AG

Peter Schirmbeck

DZ BANK AG

Karl-Heinz Moll

WGZ BANK AG

Claus-Andreas Fliegner

WGZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Peter Dieckmann

VR-LEASING AG

Dieter Behrens

VR-LEASING AG

Giovanni Gay

Union Asset Management Holding AG

Klaus Riester

Union Asset Management Holding AG

Heinz-Jürgen Kallerhoff

R+V Versicherung AG

Frank-Henning Florian

R+V Versicherung AG

Vertreter der Rechenzentralen

Anno Lederer

GAD eG

Michael Krings

FIDUCIA IT AG

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter des BVR

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Permanenter Gaststatus

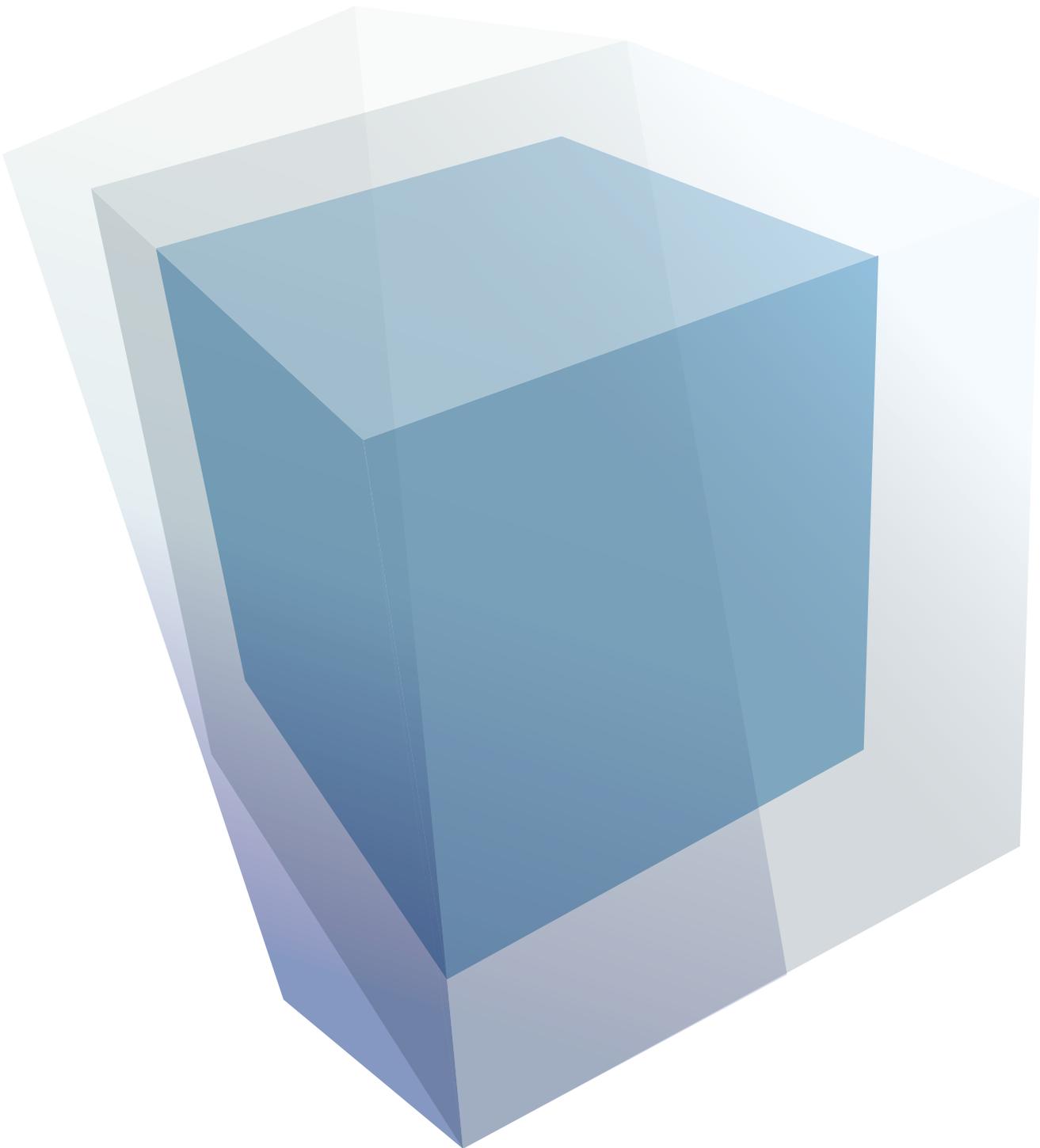
Die Vertreter der Prüfungsverbände, soweit sie
ordentliche Mitglieder des Fachrates Markt sind:

Bernd Braun

Genossenschaftsverband e.V.

Rainer Eisgruber

Genossenschaftsverband Bayern e.V.



Fachrat Zahlungsverkehr – Ringausschuss

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Michael Siegers

Stellvertretender Vorsitzender

Olaf Kilimann

Ordentliche Mitglieder

Donat Asbach

Allgäuer Volksbank eG Kempten-Sonthofen

Konrad Burk

Sparda-Bank Baden-Württemberg eG

Klaus Holderbach

Volksbank Franken eG

Manfred Hoyer

Dortmunder Volksbank eG

André Kasten

Raiffeisen-Volksbank eG, Aurich

Olaf Kilimann

Volksbank Marl-Recklinghausen eG

Adelheid Raff

Volksbank Zuffenhausen eG

Walter Schmitt

Mainzer Volksbank eG

Michael Siegers

Volksbank Hildesheim eG

Rudolf Winter

Volksbank Nordoberpfalz eG

Persönliche Stellvertreter

Walter Knoll

Raiffeisenbank Stauden eG

Volker Köhler

Sparda-Bank Nürnberg eG

Rainer Kehl

Volksbank Franken eG

Heinrich Lages

Volksbank Selm-Bork eG

Heiko Frohnwieser

Raiffeisenbank Oldenburg eG

Hermann Lastring

Volksbank Ochtrup eG

Andreas Feinauer

VR-Bank Weinstadt eG

Ralph Kehl

VR Bank HessenLand eG

Matthias Schröder

Hamburger Volksbank eG

Michael Beham

Volksbank Raiffeisenbank Dingolfing eG

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Vertreter der Zentralbanken

Dr. Christian Brauckmann

WGZ BANK AG

Helmut Sandkaulen

WGZ BANK AG

Thomas Ullrich

DZ BANK AG

Gregor Roth

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Franz-J. Köllner

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Peter Erlebach

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG

Vertreter der Rechenzentralen

Michael Krings

FIDUCIA IT AG

Martin Hose

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Steffen Jentsch

GAD eG

Vertreter des BVR

Dr. Andreas MartinBundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.**Uwe Fröhlich**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Permanenter Gaststatus

Udo-Peter Ullmann

CardProcess GmbH

Fachrat Steuerung

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Klaus Saffenreuther

Stellvertretender Vorsitzender

Peter Geuß

Ordentliche Mitglieder

Ulrike Badura

KD-Bank eG, Dortmund

Hans-Peter Born

Groß-Gerauer Volksbank eG

Klaus Geurden

Volksbank Krefeld eG

Peter Geuß

Volksbank Raiffeisenbank Starnberg-Herrsching-Landsberg eG

Jürgen Kikker

Volksbank Ganderkesee-Hude eG

Michael Mengler

Vereinigte Volksbank Maingau eG

Martin Polle

VR-Bank Uckermark-Randow eG

Klaus Saffenreuther

Volksbank eG Mosbach

Gerhard Schaaf

VR-Bank Asperg-Markgröningen eG

Dr. Stephan Schmitz

PSD Bank Rhein-Ruhr eG

Persönliche Stellvertreter

Roland Krebs

Volksbank im Märkischen Kreis eG

Friedhelm Mette

Raiffeisenbank eG Baunatal

Gerd Hüsken

Volksbank Rhein-Lippe eG

Gregor Scheller

Volksbank Forchheim eG

Reinhard Koldehoff

VR BANK Dinklage-Steinfeld eG

Thomas Völker

VR-Bank Chattengau eG

Matthias Benkstein

Volksbank Eutin eG

Joachim Straub

Volksbank eG, Villingen-Schwenningen

Stefan Bosch

Volksbank Brenztal eG

Johann Kapl

Sparda-Bank Münster eG

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder
Erwin Schoch

Volksbank Regensburg eG

Kai Schubert

Raiffeisenbank Südstormarn eG

Persönliche Stellvertreter
Michael Kruck

Raiffeisen-Volksbank Donauwörth eG

Heinz-Walter Wiedbrauck

Volksbank Hameln-Stadthagen eG

Vertreter der Prüfungsverbände
Wolfgang Ebert

Verband der Sparda-Banken e.V.

Horst Kessel

Genossenschaftsverband e.V.

Siegfried Mehring

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Dr. Karl-Friedrich Walter

Verband der PSD Banken e.V.

Erhard Gschrey

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Monika van Beek

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Vertreter der Zentralbanken
Bernhard Holtmann

WGZ BANK AG

Albrecht Merz

DZ BANK AG

Karl-Heinz Nolte

WGZ BANK AG

Dr. Martin Knippschild

DZ BANK AG

Vertreter der Rechenzentralen
Michael Krings

FIDUCIA IT AG

Anno Lederer

GAD eG

Patrick Yousefian

FIDUCIA IT AG

Claus-Dieter Toben

GAD eG

Vertreter des BVR
Dr. Andreas MartinBundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.**Gerhard Hofmann**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Fachrat Personal

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vorsitzender

Dr. Wolfgang Baecker

Stellvertretender Vorsitzender

Dietmar Petermann

Ordentliche Mitglieder

Dr. Wolfgang Baecker

VR-Bank Westmünsterland eG

Lübbo Creutzenberg

Raiffeisen-Volksbank Fresena eG

Friedrich Ewald

Volksbank Kurpfalz H+G Bank eG

Reinhard Koldehoff

VR BANK Dinklage-Steinfeld eG

Axel Lekies

Volksbank Herrenberg-Rottenburg eG

Randolf Menna

Raiffeisen-Volksbank Bad Staffelstein eG

Dietmar Petermann

Vereinigte Volksbank Griesheim-Weiterstadt eG

Christian Scheinert

Volksbank eG, Elmshorn

Reinhard Schlottbom

PSD Bank Westfalen-Lippe eG

Michael Zeuch

Raiffeisenbank Main-Spessart eG

Persönliche Stellvertreter

Manfred Wortmann

Volksbank Hellweg eG

Jan Schüldink

Volksbank Niedergrafschaft eG

Manfred Kuner

Volksbank Triberg eG

Jürgen Kikker

Volksbank Ganderkesee-Hude eG

Josef Mayer

Volksbank Flein-Talheim eG

Josef Pölt

Raiffeisenbank südöstlicher Starnberger See

Roland Trageser

VR Bank Main-Kinzig-Büdingen eG

N. N.

Norbert Atzler

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG

Michael Hösle

Raiffeisenbank Ichenhausen eG I

¹ Stand: 1. April 2011

Ordentliche Mitglieder**Persönliche Stellvertreter**

Vertreter der Prüfungsverbände

Klaus Bellmann

Genossenschaftsverband e.V.

Dr. Gerhard Kroon

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

Dr. h. c. Stephan Götzl

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Ralph Müller

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Dr. Rüdiger Renk

Verband der Sparda-Banken e.V.

Dr. Werner Stork

Verband der Sparda-Banken e.V.

Gerhard Schorr

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Udo Urner

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Vertreter der Zentralbanken

Oliver Best

DZ BANK AG

N. N.

Dr. Andreas Fülbier

WGZ BANK AG

N. N.

Ordentliche Mitglieder

Persönliche Stellvertreter

Besondere Vertreter

Annette Kaiser

Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e.V.

Ralph Kaufhold

Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e.V.

Axel Kehl

Akademie Deutscher
Genossenschaften ADG

Arno Marx

Akademie Deutscher
Genossenschaften ADG

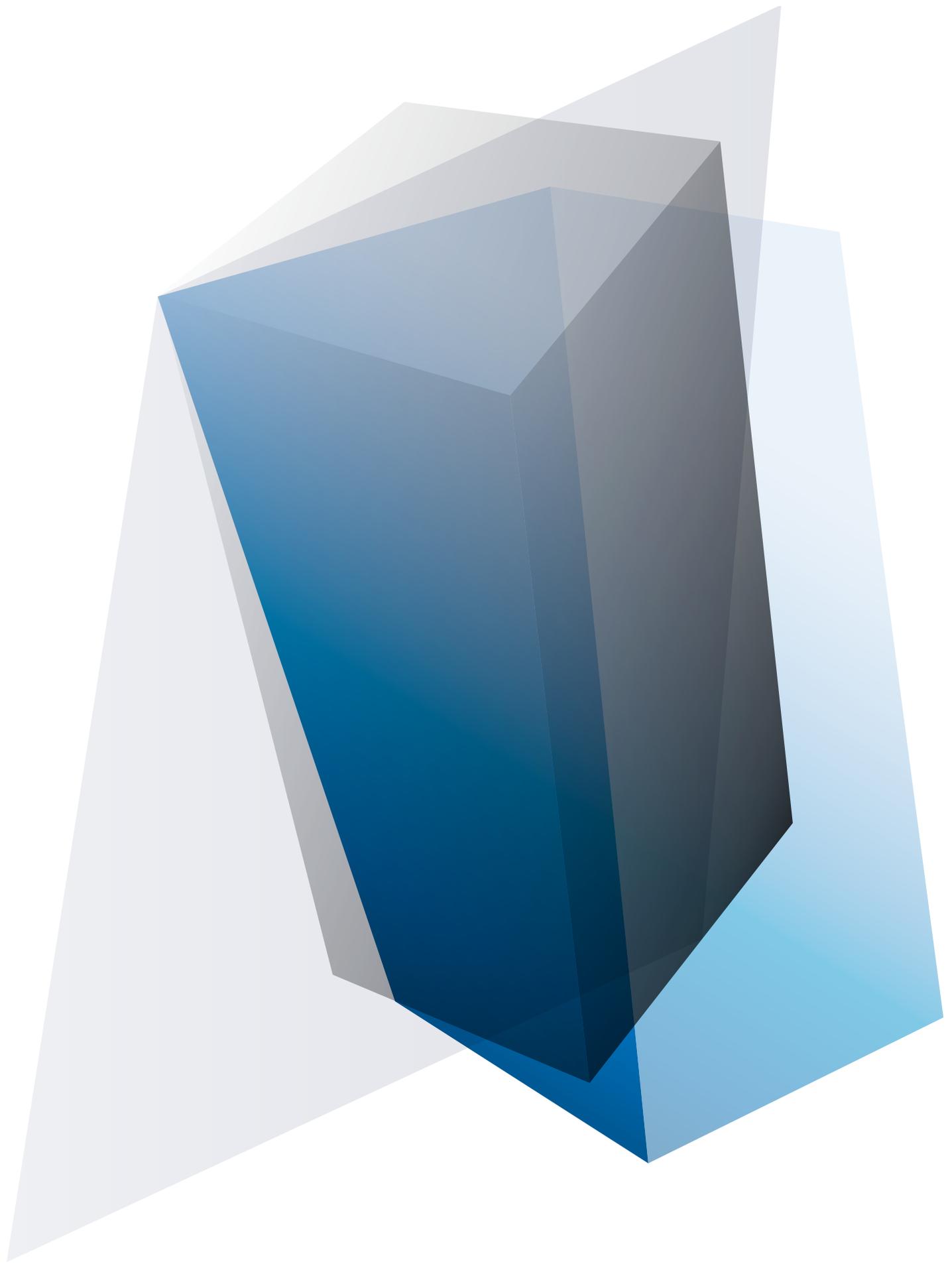
Vertreter des BVR

Dr. Andreas Martin

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.

Uwe Fröhlich

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.



Fachrat Bankrecht

Mandatsperiode 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2013¹

Vertreter der Ortsbanken

Uwe Fabig

Volksbank Magdeburg eG

Wolfgang Hammel

Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG

Alexander Jall

Raiffeisen-Volksbank Dillingen eG

Klaus Krömer

Emsländische Volksbank eG

Martin Kühkamp

VR-Bank Westmünsterland eG

Klaus Medebach

Volksbank Mittelhessen eG

Christian Neitzel

Berliner Volksbank eG

Astrid Piela

Volksbank Ulm-Biberach eG

Vertreter der Prüfungsverbände

Dr. Andrea Althanns

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Kathrin Berberich

Genossenschaftsverband e.V.

Rolf Carspecken

Genossenschaftsverband Weser-Ems e.V.

¹ Stand: 1. April 2011

Vertreter der Prüfungsverbände

Bernd Gräser

Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V.

Hartmut Leonard

Verband der Sparda-Banken e.V.

Ulrich Schnittker

Rheinisch-Westfälischer Genossenschaftsverband e.V.

Dirk Tanzeglock

Verband der PSD-Banken e.V.

Vertreter der Zentralbanken

Claudia Klein

WGZ BANK AG

Dr. Alfred Locklair

WGZ Immobilien + Treuhand GmbH

Reinhard Nützel

DZ BANK AG

Vertreter der Verbundunternehmen

Clemens Gaebel

Union Asset Management Holding AG

Dr. Andreas Hasse

R+V Versicherung AG

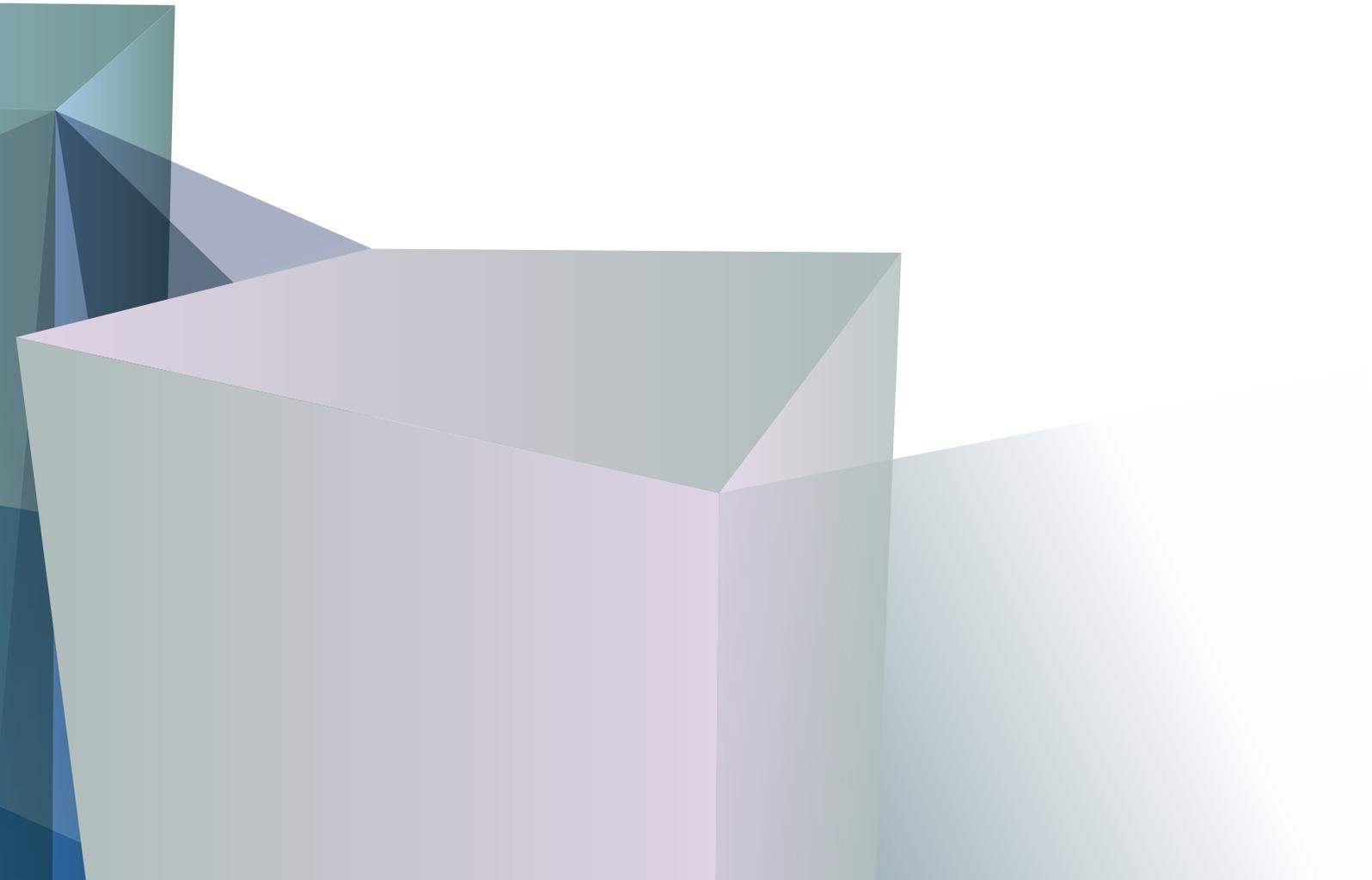
Dr. Volker Kreuziger

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Eckhard Wulff

DG HYP AG





Organigramm des BVR

Präsident	Uwe Fröhlich			
Büro	Sonja Roeder	-1101	Berlin	
Geschäftspolitik/Kommunikation				
Abteilungsleiter	Dr. Möller, Klaus	-1600	Berlin	
Sekretariat	Jerke, Bettina	-1601	Berlin	
Gruppe Geschäftspolitik				
Gruppenleiter	Selle, Daniel (Dipl.-Vw.)	-1611	Berlin	
Referenten	Helbig, Harold (Dipl.-Vw.)	-1612	Berlin	
	Dr. Lange, Diedrich (Dipl.-Vw.)	-1610	Berlin	
	Stolberg, Volker (Dipl.-Kfm.)	-1621	Berlin	
Sekretariat	Büyüksahin, Nicole	-1602	Berlin	
Gruppe Presse/Kommunikation				
Gruppenleiterin/ Pressesprecherin	Schmergal, Melanie	-1320	Berlin	
Referenten	Laube, Andrea	-1336	Berlin	
	Schulz, Cornelia (M.A.)	-1330	Berlin	
	Stedel, Steffen (Dipl.-WK-W/FH)	-1333	Berlin	
Redakteur	Zuchiatti, Tim	-1335	Berlin	
Sekretariat	Mieke-Boldt, Claudia	-1301	Berlin	
	BankInformation			
Ltd. Redakteur	Krüger, Markus (Dipl.-Kfm.)	-1340	Berlin	
Redakteure	Becker, Erik (Dipl.-Soz.Wiss.)	-1342	Berlin	
	Dr. Kruska, Simone	-1341	Berlin	
Gruppe Verbindungsstelle Parlament/Europapolitik				
Gruppenleiter	Stammen, Thomas	-1660	Berlin	
Referenten	Dr. Heegemann, Volker	0032 2 2869848	Brüssel	
	Weinmann, Anja	-1661	Berlin	
Sekretariat	Marker, Monika	-1605	Berlin	
Gruppe Vorstandsstab				
Gruppenleiterin	Holzhaue, Silke (M.A.)	-1312	Berlin	
Referenten	Buth, Martin (RA)	-1332	Berlin	
	Henrichs, Ramona (Dipl.-Bw./FH)	-1302	Berlin	
	Strowik, Silke (RAin)	-1313	Berlin	
Sekretariat	Kathmann, Denise	-1315	Berlin	
Stiftung GIZ	Dr. Gleber, Peter (M.A.)	2850-1894	Berlin	
Service/Personal				
Abteilungsleiter	Berner, Karl-Heinz	-243	Bonn	
Personalwesen	Jakobs, Andreas	-167	Bonn	
	Mainz, Silke	-111	Bonn	
Produktkoordination				
Abteilungsleiterin	Ohlsen-Goronzy, Birgit (Dipl.-Kffr.)	-1620	Berlin	
Referent	Künzl, Mario (Dipl.-Bw./BA)	-1614	Berlin	
Gruppenleiter	Götze, Jörg (Dipl.-Kfm./FH)	-1613	Berlin	
Referent	Janzen, Matthias (Dipl.-Kfm./FH)	-1616	Berlin	
Sekretariat	Heier-Schulz, Birgit	-1603	Berlin	
Markt				
Abteilungsleiterin	Zimmermann, Yvonne (Dipl.-Bankbetriebsw./ADG, M.A.)	-1700	Berlin	
Referentin	Ramin, Jutta (Dipl.-Kffr.)	-1710	Berlin	
Gruppe Kundengeschäft				
Gruppenleiter	Weskamp, Thomas (Dipl.-Bankbetriebsw./ADG)	-1716	Berlin	
Referenten	Berhorst, Ute (Dipl.-Kffr.)	-1717	Berlin	
	Bookhagen, Bettina (Dipl.-Kffr.)	-1711	Berlin	
	Lehmann, Stefan (Dipl.-Kfm.)	-1715	Berlin	
	Müller, Heinz-Rudolf (Dipl.-Exportw./EA, M.A., MBA)	-1714	Berlin	
	Spannagl, Andrea (Dipl.-Kffr.)	-1719	Berlin	
Gruppe Markenkommunikation				
Gruppenleiter	Weegen, Marc (Dipl.-Kfm./FH)	-1720	Berlin	
Referenten	Arns, Stephan (Dipl.-Kfm.)	-1713	Berlin	
	Dobe, Carolin (Dipl.-Kffr./FH)	-1704	Berlin	
	Koch, Marika (Dipl.-Kffr./FH)	-1721	Berlin	
Sekretariat	Bollenbach, Beate	-1702	Berlin	
	Nix, Bianca (Mktg.-Komm.-Ök./VWA)	-1718	Berlin	
	Stubbemann, Jana (Dipl.-Agr.-Ing.)	-1701	Berlin	

Statistik 2010

Die Deutschen Kreditgenossenschaften
in Zahlen

116

Regionale Struktur

Kreditgenossenschaften insgesamt

118

Regionale Struktur

Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft

120

Regionale Statistik

Dreijahresvergleich

Regionale Struktur Kreditgenossenschaften insgesamt

Zahl der Kreditgenossenschaften, der Zweigstellen und der Mitglieder nach Regionalverbänden	Kreditgenossenschaften		Zweigstellen		Mitglieder	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Baden-Württemberg	234	232	2.863	2.895	3.303.323	3.354.473
Bayern	307	300	2.831	2.799	2.388.463	2.416.352
Frankfurt/Norddeutschland	324	320	3.868	3.819	3.884.838	3.942.944
Rheinland/Westfalen	206	202	1.946	1.929	2.588.760	2.635.583
Weser-Ems	55	54	381	375	450.987	455.744
Zwischensumme	1.126	1.108	11.889	11.817	12.616.371	12.805.096
Sparda-Banken	12	12	417	420	3.121.031	3.227.281
PSD Banken	15	15	39	39	652.536	656.837
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	3	3	70	60	0	0
Endsumme	1.156	1.138	12.415	12.336	16.389.938	16.689.214

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG.

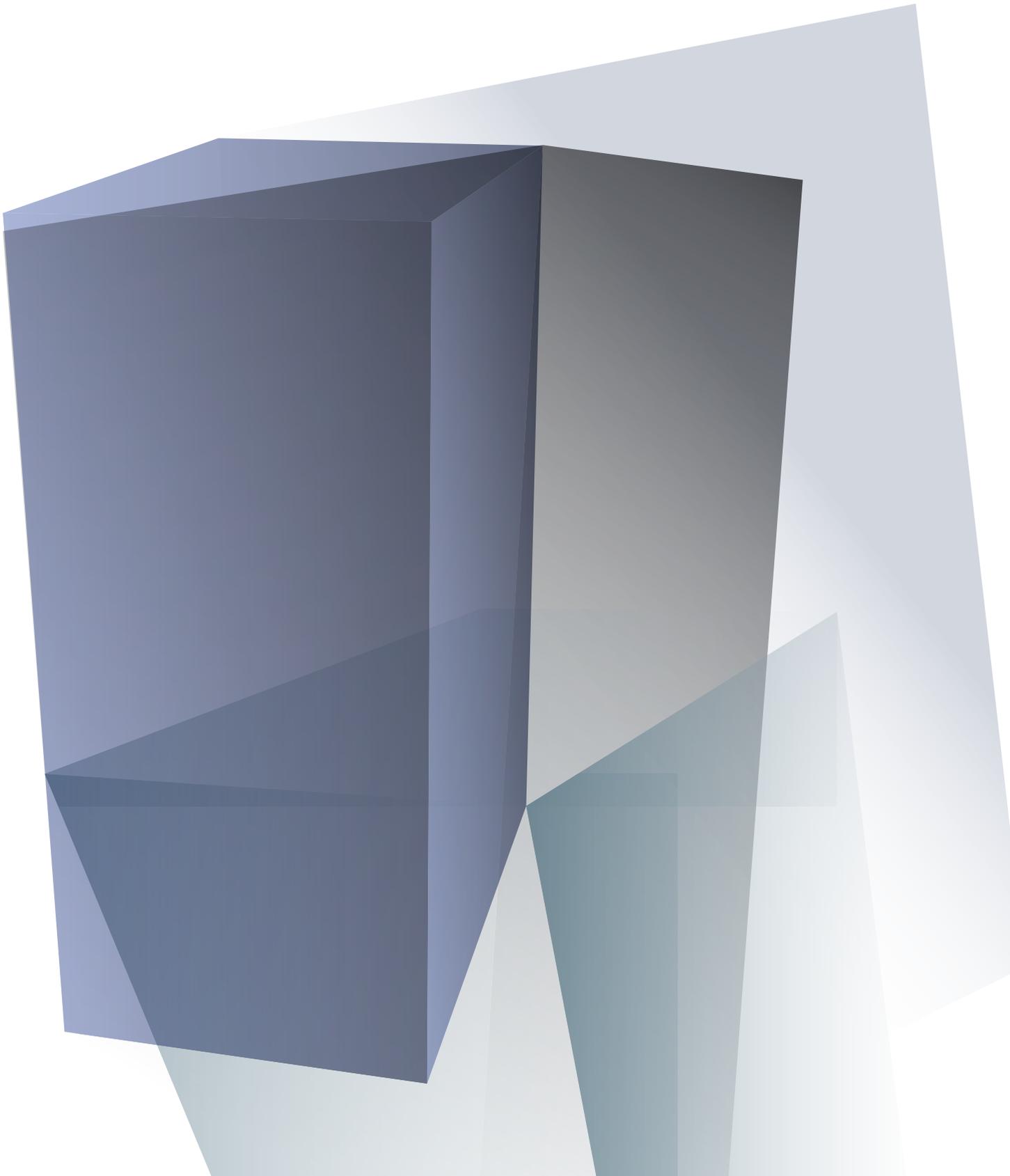
Gliederung aller Kreditgenossenschaften nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2010		Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt	
Anzahl der Kreditgenossenschaften	Baden-Württemberg	17	32	60	44	43	35	1	232	
	Bayern	16	39	87	77	55	26	0	300	
	Frankfurt/Norddeutschland	24	28	83	89	60	32	4	320	
	Rheinland/Westfalen	7	25	55	34	40	39	2	202	
	Weser-Ems	2	2	22	16	9	3	0	54	
	Zwischensumme	66	126	307	260	207	135	7	1.108	
	Sparda-Banken	0	0	0	0	0	6	6	12	
	PSD Banken	0	0	0	1	4	10	0	15	
	Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	0	0	0	0	1	1	1	3	
	Endsumme	66	126	307	261	212	152	14	1.138	
	Gliederung aller Kreditgenossenschaften nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2010		Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
	Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften in Mio. Euro	Baden-Württemberg	616	2.386	9.048	14.860	29.389	62.468	7.304	126.071
Bayern		601	2.816	15.411	27.031	38.128	39.644	0	123.631	
Frankfurt/Norddeutschland		873	2.105	13.996	32.190	40.801	58.838	27.656	176.458	
Rheinland/Westfalen		313	1.893	9.503	12.511	28.436	72.902	45.183	170.741	
Weser-Ems		77	140	3.917	5.293	5.648	3.474	0	18.550	
Zwischensumme		2.480	9.340	51.875	91.886	142.402	237.326	80.143	615.451	
Sparda-Banken		0	0	0	0	0	16.232	44.763	60.995	
PSD Banken		0	0	0	469	2.942	18.214	0	21.625	
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹		0	0	0	0	809	1.376	6.316	8.501	
Endsumme		2.480	9.340	51.875	92.355	146.153	273.148	131.222	706.572	

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG.

Regionale Struktur Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft

Gliederung aller Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2010		Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Anzahl der Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft	Baden-Württemberg	5	3	11	3	7	2	0	31
	Bayern	7	10	32	22	6	4	0	81
	Frankfurt/Norddeutschland	5	7	2	8	5	1	0	28
	Rheinland/Westfalen	0	4	3	0	2	0	0	9
	Weser-Ems	1	0	2	0	0	0	0	3
	Zwischensumme	18	24	50	33	20	7	0	152
	Sparda-Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	PSD Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	0	0	0	0	0	0	0	0
	Endsumme	18	24	50	33	20	7	0	152
Gliederung aller Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft nach Größenklassen und Regionalverbänden Ende 2010		Bilanzsumme unter 50 Mio. Euro	Bilanzsumme von 50 bis unter 100 Mio. Euro	Bilanzsumme von 100 bis unter 250 Mio. Euro	Bilanzsumme von 250 bis unter 500 Mio. Euro	Bilanzsumme 500 Mio. bis unter 1 Mrd. Euro	Bilanzsumme von 1 bis unter 5 Mrd. Euro	Bilanzsumme mehr als 5 Mrd. Euro	Gesamt
Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften mit Warengeschäft in Mio. Euro	Baden-Württemberg	162	226	1.574	1.157	4.192	5.838	0	13.149
	Bayern	235	729	5.681	7.398	3.483	5.606	0	23.132
	Frankfurt/Norddeutschland	192	508	337	2.747	3.696	1.075	0	8.554
	Rheinland/Westfalen	0	318	371	0	1.136	0	0	1.825
	Weser-Ems	32	0	458	0	0	0	0	490
	Zwischensumme	621	1.781	8.421	11.302	12.507	12.519	0	47.151
	Sparda-Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	PSD Banken	0	0	0	0	0	0	0	0
	Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	0	0	0	0	0	0	0	0
	Endsumme	621	1.781	8.421	11.302	12.507	12.519	0	47.151

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG.



Regionale Statistik Dreijahresvergleich

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Bilanzsummen nach Regionalverbänden	Bestand in Mio. Euro	2008		2009		2010	
		Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	
Baden-Württemberg	121.238	6,4	124.170	2,4	126.071	1,5	
Bayern	114.280	5,5	119.584	4,6	123.631	3,4	
Frankfurt/Norddeutschland	169.106	4,3	173.336	2,5	176.458	1,8	
Rheinland/Westfalen	164.158	7,0	168.701	2,8	170.741	1,2	
Weser-Ems	16.254	6,1	17.266	6,2	18.550	7,4	
Zwischensumme	585.036	5,8	603.057	3,1	615.451	2,1	
Sparda-Banken	56.554	6,2	58.701	3,8	60.995	3,9	
PSD Banken	19.890	3,1	20.975	5,5	21.625	3,1	
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	6.993	7,9	7.746	10,8	8.501	9,7	
Endsumme	668.473	5,7	690.479	3,3	706.572	2,3	

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Kredite an Kunden nach Regionalverbänden	Bestand in Mio. Euro	2008		2009		2010	
		Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	
Baden-Württemberg	66.477	1,6	67.846	2,1	69.657	2,7	
Bayern	61.863	1,6	64.506	4,3	67.986	5,4	
Frankfurt/Norddeutschland	95.148	2,0	98.246	3,3	101.131	2,9	
Rheinland/Westfalen	93.641	4,6	96.447	3,0	100.476	4,2	
Weser-Ems	11.088	4,7	11.788	6,3	13.143	11,5	
Zwischensumme	328.217	2,7	338.833	3,2	352.393	4,0	
Sparda-Banken	30.682	2,6	32.126	4,7	33.522	4,3	
PSD Banken	11.686	1,6	11.944	2,2	12.376	3,6	
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	6.327	8,7	7.270	14,9	7.925	9,0	
Endsumme	376.912	2,7	390.173	3,5	406.216	4,1	

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG

	2008		2009		2010	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Gliederung der Kundeneinlagen nach Regionalverbänden						
Baden-Württemberg	82.012	5,7	85.880	4,7	90.453	5,3
Bayern	85.121	5,4	89.226	4,8	93.943	5,3
Frankfurt/Norddeutschland	119.418	2,5	125.392	5,0	131.035	4,5
Rheinland/Westfalen	99.593	6,3	105.246	5,7	111.200	5,7
Weser-Ems	10.920	5,1	11.594	6,2	12.162	4,9
Zwischensumme	397.064	4,8	417.338	5,1	438.793	5,1
Sparda-Banken	46.902	4,1	47.587	1,5	49.973	5,0
PSD Banken	15.994	-0,3	16.592	3,7	17.193	3,6
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	748	-1,7	725	-3,1	733	1,1
Endsumme	460.708	4,5	482.242	4,7	506.692	5,1
Gliederung der Sichteinlagen nach Regionalverbänden						
Baden-Württemberg	29.581	7,3	38.024	28,5	41.349	8,7
Bayern	26.191	6,1	34.698	32,5	38.490	10,9
Frankfurt/Norddeutschland	46.987	2,7	59.152	25,9	63.919	8,1
Rheinland/Westfalen	32.750	4,5	40.821	24,6	45.462	11,4
Weser-Ems	3.754	4,6	4.659	24,1	5.077	9,0
Zwischensumme	139.263	4,8	177.354	27,4	194.297	9,6
Sparda-Banken	14.877	1,7	21.815	46,6	25.639	17,5
PSD Banken	2.057	-0,4	3.628	76,4	4.301	18,6
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	358	-3,2	431	20,4	454	5,3
Endsumme	156.555	4,4	203.228	29,8	224.691	10,6

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG.

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Regionale Statistik Dreijahresvergleich

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Termineinlagen nach Regionalverbänden	2008		2009		2010	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	24.645	28,0	14.177	-42,5	12.618	-11,0
Bayern	24.151	20,6	15.160	-37,2	13.816	-8,9
Frankfurt/Norddeutschland	29.075	19,0	19.396	-33,3	18.013	-7,1
Rheinland/Westfalen	36.033	20,3	28.753	-20,2	27.332	-4,9
Weser-Ems	2.660	28,4	1.901	-28,5	1.774	-6,7
Zwischensumme	116.564	21,7	79.387	-31,9	73.553	-7,3
Sparda-Banken	5.996	88,4	2.659	-55,7	2.295	-13,7
PSD Banken	2.961	71,5	1.823	-38,4	1.143	-37,3
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	220	8,9	76	-65,5	49	-35,5
Endsumme	125.741	24,7	83.945	-33,2	77.040	-8,2

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Spareinlagen nach Regionalverbänden	2008		2009		2010	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	25.052	-10,9	31.823	27,0	34.811	9,4
Bayern	28.348	-6,2	34.716	22,5	37.348	7,6
Frankfurt/Norddeutschland	35.712	-9,7	41.658	16,6	44.518	6,9
Rheinland/Westfalen	25.786	-6,7	31.425	21,9	34.245	9,0
Weser-Ems	4.144	-5,8	4.757	14,8	5.054	6,2
Zwischensumme	119.042	-8,4	144.379	21,3	155.976	8,0
Sparda-Banken	23.731	-7,1	21.593	-9,0	20.920	-3,1
PSD Banken	6.857	-15,1	8.178	19,3	8.944	9,4
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	129	-14,6	194	50,4	194	0,0
Endsumme	149.759	-8,5	174.344	16,4	186.034	6,7

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG

Stand:
jeweils zum
31. Dezember

Gliederung der Sparbriefe nach Regionalverbänden	2008		2009		2010	
	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent	Bestand in Mio. Euro	Zuwachs in Prozent
Baden-Württemberg	2.734	4,0	1.856	-32,1	1.675	-9,8
Bayern	6.431	9,7	4.652	-27,7	4.289	-7,8
Frankfurt/Norddeutschland	7.644	12,9	5.186	-32,2	4.585	-11,6
Rheinland/Westfalen	5.024	5,0	4.247	-15,5	4.161	-2,0
Weser-Ems	362	9,7	277	-23,5	257	-7,2
Zwischensumme	22.195	8,9	16.218	-26,9	14.967	-7,7
Sparda-Banken	2.298	36,7	1.520	-33,9	1.119	-26,4
PSD Banken	4.119	-1,4	2.963	-28,1	2.805	-5,3
Genossenschaftliche Spezialinstitute ¹	41	7,9	24	-41,5	36	50,0
Endsumme	28.653	9,0	20.725	-27,7	18.927	-8,7

¹ VR DISKONTBANK GmbH, EDEKABANK AG Hamburg, TeamBank AG.

Aktivitäten 2010

Berichte aus dem BVR und den BVR-Fachräten

Detaillierte Berichte aus den Abteilungen und den Fachräten des BVR finden Sie im Internet unter www.bvr.de > Verband > Jahresberichte.

Herausgeber



**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR**

Geschäftspolitik/Kommunikation

Schellingstraße 4 · 10785 Berlin

Telefon: 030 2021-1300

Telefax: 030 2021-1905

E-Mail: presse@bvr.de

www.bvr.de



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern,
kontrollierten Herkünften und
Recyclingholz oder -fasern

Zert.-Nr. GFA-COC-001494
www.fsc.org
©1996 Forest Stewardship Council

